

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 8. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Rüstungsverständigung und Wettrüsten!

Es ist noch in aller Erinnerung, daß seinerzeit England Deutschland den Vorschlag gemacht hatte, sich mit ihm über die Marinerrüstungen zu verständigen. Während die Sozialdemokratie diesen Vorschlag, ohne seine Bedeutung irgendwie zu überschätzen, entschieden befürwortete, war es der Reichsfazler von Bethmann Hollweg, der sich in einer langen Rede geradezu lustig machte über die naiven Optimisten, die sich einbildeten, daß zwischen den im Marinerrüsten untereinander wetteifernden Mächten eine Verständigung zu erzielen sei. Die ganze Weisheit des deutschen Reichslanzlers hing schließlich in dem Sprüchlein: Wer nicht mehr mit Kanne, dessen finanzieller Atem zu kurz sei, der mehr eben in sinnlosen Wettrüsten auf der Straße bleibe!

Inzwischen hat sich in Deutschland eine Wandlung vollzogen. Der Staatssekretär von Tirpitz hat in der Budgetkommission Erklärungen abgegeben, die sich nicht unwesentlich von dem Standpunkt des Herrn von Bethmann Hollweg unterscheiden. Offiziös wird darüber berichtet:

Die Budgetkommission des Reichstags setzte heute die Beratung des Marineetat fort. Dabei gab der Staatssekretär des kaiserlichen Amtes, v. Jagow, über die auswärtige Lage Erklärungen ab und betonte, daß die Beziehungen zu den Mächten, namentlich auch zu England gute seien, eine Erklärung, die mit Friedfertigkeit aufgenommen wurde, und die geistigen Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts bestätigte.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral Tirpitz, ging auf die Ausführungen des englischen Marine Ministers vom März vorigen Jahres näher ein, daß ein Verhältnis von 10:16 zwischen der deutschen und der englischen Schiffsflotte für die nächsten Jahre als zweckmäßig sei und verteilte seinerseits den Standpunkt, daß auch er als Leiter seines Ressorts hiergegen keinerlei Bedenken haben würde.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts ist also nunmehr der Auffassung, daß tatsächlich eine Verständigung zwischen England und Deutschland über die marinistischen Rüstungen möglich und empfehlenswert ist. Allerdings muß er bemerkt werden, daß die Verständigung, von der Herr von Tirpitz sprach, keineswegs einen Stillstand auch der marinistischen Rüstungsschraube bedeutet. Um das Verhältnis von 10:16 würde ja auch dann noch gehalten sein, wenn England und Deutschland ihre Flotten um das Doppelte hätten! Handelt es sich doch nur um ein Proportionalverhältnis, aber keineswegs um die Festlegung einer bestimmten Rüstungsstärke. Aber selbst wenn man annehmen wollte, daß das von Herrn von Tirpitz als möglich hingestellt, aber noch keineswegs vereinbarte Übereinkommen die Festlegung des Status quo dem Sinne bedeuten sollte, daß ein Hinübergang über die jetzt erreichten Flottenstärken beider Länder nicht beabsichtigt sei, so würde das noch keineswegs ausschließen, daß auf technischem Gebiete ein Wettrüsten entstände, in bezug auf Stärke und Qualität der Panzerungen, Größe des Kalibers und Durchschlagskraft der Geschosse jener Art, die fortgesetzt werden würde, der den weiterrückenden Nationen Deutschland und England bis jetzt so viel Mühen gekostet hat! Aber wenn das auch nicht der Fall ist, so müßte doch konstatiert werden, daß zurzeit ein Zustand bei uns in Deutschland erreicht ist, der es als ganz ausgeschlossen erscheinen läßt, daß sich infolge einer Verständigung zwischen England und Deutschland die rund eine halbe Milliarde sich belaufenden Marineausgaben vermindern würden! Denn allein die Ersatzarbeiten werden schon in ein paar Jahren den rein arbeitsmäßigen jährlichen Neubau von drei Schlachtschiffen bedingen, dazu den Ersatzbau zahlreicher kleinerer Kampfschiffe!

Nichtdestoweniger sei hier betont, daß die Sozialdemokratie diesem ersten und noch dazu so unzureichenden Versuch, eine Verständigung zwischen Deutschland und England herbeizuführen, keineswegs abweisend gegenübersteht. Ja, wir möchten es wohl mit Recht auch als einen Erfolg des rücksichtslosen proletarischen Drängens, daß endlich auch die herrschenden Klassen in England und Deutschland wenigstens zu einem ersten tastenden Versuch des Gegenkommens und der Verständigung genötigt seien!

Auf der anderen Seite freilich kann uns nichts ferner liegen, als diesen ersten, unter dem Druck schwerer politischer und ökonomischer Notwendigkeiten zustande gekommenen Verständigungsversuch sofort herauszustreichen. Die Dinge liegen doch speziell für Deutschland so, daß in dem Augenblick, wo von der deutschen Regierung unter Zustimmung aller bürgerlichen Parteien die Rüstungen für den Land- und für den Luftmilitarismus gefordert werden, die sich auf annähernd 15 Millionen Mark jährlich belaufen, natürlich keine Mittel vorhanden sind, um auch für den Luftmilitarismus weitere Kredite zu fordern. Schon die abwegigsten finanzpolitische und militärpolitische Lenomie bedingt es, daß nicht zu gleicher Zeit alle militärpolitischen Forderungen bewilligt werden können,

die unsere Weltpolitiker erstreben. Schon deshalb liegt es für die Regierung sehr nahe, im Interesse des Ausbaus des Land- und Luftmilitarismus die Forderungen unserer Panzerplattenpatrioten zu vertagen. Ob und wann auch unser Luftmilitarismus wieder einmal den Zeitpunkt gekommen glaubt, um besonders exorbitante Forderungen zu erheben und über alle derzeitigen Verständigungen hinaus seine Ansprüche geltend zu machen, ist eine Frage der Zukunft. Allerdings auch eine Frage, die ganz wesentlich von der Stimmung der Nation selbst abhängt! Die Sozialdemokratie wird in einer solchen Situation natürlich erst recht ihren sicherlich dann nicht leichter in die Wagschale fallenden Einfluß ausbieten, um einen Rückfall in das öde maßlose Wettrüsten um jeden Preis zu verhüten!

Außer der Nachricht über das in den Bereich der Möglichkeit gerückte Abkommen über die Marinepolitik sind auch Nachrichten verbreitet, die ein Entgegenkommen Englands gegenüber den deutschen kolonialpolitischen Plänen in Zentralafrika in Aussicht stellen. Insbesondere habe England nichts dagegen, wenn Deutschland in Zentralafrika seine „Interessen“ wahrzunehmen und zum mindesten eine Verkehrsverbindung zwischen seinem west- und ostafrikanischen Kolonialbesitz herzustellen suche. Diese Meldung würde nichts anderes besagen, als daß dem deutschen Volke wahrscheinlich neue erhebliche Ausgaben für seine afrikanischen Kolonien und neue afrikanische Spekulationseisenbahnbauten bevorstünden, daß also unsere Kolonialpolitik erneut erhebliche Forderungen an die Steuerzahler stellen würde, deren wirtschaftliche Vorteile für die Volksgesamtheit mehr als zweifelhaft wäre!

Das Fazit der ganzen diplomatischen Verlautbarungen wäre also kurz in folgende Sätze zusammenzufassen: Eine vorläufige Erhöhung der Marinekosten ist nicht beabsichtigt. Es soll fürs erste bei der runden halben Milliarde jährlicher Ausgaben verbleiben. Dagegen soll der Ausbau des Land- und Luftmilitarismus in um so beschleunigterem Tempo betrieben werden. Die Kosten dafür werden sich bei der dem Reichstag demnächst zugehenden Vorlage auf 120 bis 150 Millionen Mark jährlich belaufen. Außerdem ist es wahrscheinlich, daß auch in nicht zu ferner Zeit die Kolonialpolitik erhöhte Ansprüche an den Reichssäckel stellen wird.

Wie diese kolossalen militärischen Neuforderungen gedeckt werden sollen, steht noch dahin. Aber selbst in dem aller günstigsten Falle, daß die besitzlose Klasse vor neuen Belastungen bewahrt bliebe, bräute es die Defizitpolitik unseres Reichsetats mit Naturnotwendigkeit mit sich, daß bei einem Nachlassen der wirtschaftlichen Konjunktur entweder die alte uferlose Pumpwirtschaft von neuem mit Hochdruck aufgenommen wird, oder aber daß neue Ufer-

lässe an der nichtbesitzenden Klasse durch neue indirekte Steuern unausbleiblich sind!

## Singelheiten über die neue Militärvorlage.

Die „Kögl. Rundschau“ hat erfahren, daß die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nach den Vorschlägen des Generalstabs in der Form erfolgen soll, daß eine jährliche Mehrreinstellung von 45 000 bis 50 000 Mann in das stehende Heer festgesetzt wird. Das ist nach genauen statistischen Berechnungen die Zahl derjenigen Tauglichen, die derzeit nicht zur Einstellung gelangen. Diese Vermehrung des stehenden Heeres an Mannschaften soll dazu verwendet werden, die noch fehlenden dritten Bataillone bei 18 Regimentern aufzustellen. Ferner ist beabsichtigt, den niederen Mannschaften der 73 Bataillone des Heeres, der ohne Unteroffiziere nur 482 Mann beträgt, vollständig fallen zu lassen und alle Bataillone des deutschen Heeres auf den hohen und mittleren Etat zu bringen. Endlich wird die Erhöhung der Artilleriebespannung gefordert, wodurch ebenfalls eine Mehrreinstellung von Mannschaften notwendig ist. Dagegen wird vorerst von der von sachverständiger Seite schon lange gewünschten Umorganisation der Feldartillerie in die Viergeschützig-Batterie Abstand genommen werden, da sich der gegenwärtige Zeitpunkt für eine organisatorische Änderung in dieser Beziehung nicht eignet. Die neue Militärvorlage wird weiter die Stäbe der Kavallerie-Divisionen schon für die Friedenszeit fordern, und die Aufstellung von Radfahrtruppen bei jeder Kavallerie-Division.

In unmittelbaren Zusammenhänge mit der neuen Militärvorlage steht die Absicht der Militärverwaltung, die Grundsätze für die Einstellung Militärpflichtiger zu ändern, die im § 23 der Wehrordnung vom Jahre 1888 vorgegeben sind. Man denkt daran, bei der Musterung sämtliche für den Kriegsdienst taugliche Leute für „tauglich“ zu erklären, indem die unbedingt Tauglichen als „tauglich 1“, die minder Tauglichen als „tauglich 2“ bezeichnet werden. Es wären dann bei der Einstellung zuerst taugliche Leute mit dem Prädikat 1 der Armee zuzuführen, und bei Bedarf die Ältesten von „tauglich 2“ heranzuziehen, bis zur Vervollständigung des Bedarfs. Die bisherige Handhabung der Ausschreibung habe die bedenkliche Folge, daß durchaus taugliche Leute in die Ersatzreserve abgeschoben wurden. . . . Außer den vorerwähnten Forderungen dürfte die neue Militärvorlage noch eine Reihe kleinerer Wünsche der Armee enthalten, deren Umfang im gegenwärtigen Augenblick noch nicht festzulegen scheint. Die von vielen Seiten geforderte militärische Ausbildung der Ersatzreserve wird nicht verlangt, da das Gutachten des Generalstabs ein ablehndes ist.

Die „Kögl. Rundschau“, der die Verantwortung für diese Mitteilung überlassen werden muß, versichert noch, daß die neue Militärvorlage erheblich mehr Ausgaben verursachen wird, als die beiden letzten Vorlagen von den Jahren 1910 und 1912 zusammen. Für die Deckung läge außer der vom Reichsschatzamt ausgearbeiteten Vermögenszuwachssteuer die Erbschaftsteuer und eine Wehrsteuer in Frage.

## Der türkisch-bulgarische Kriegsschauplatz.

Die Entscheidung des zweiten Aktes der Kriegstragödie liegt in politischer wie in militärischer Hinsicht in Thrazien. Hier haben Bulgaren und Serben den Angriff auf Adrianopel wieder energisch aufgenommen und suchen zunächst durch eine rücksichtslose Beschießung von Forts und Stadt

einen etwa noch notwendigen Sturmangriff auf die Hauptpunkte der Befestigungslinie vorzubereiten. In der Tschataldscha-Linie ist es bisher nur zu Vorpostengefechten gekommen. Ein Offensivvorstoß der Bulgaren gegen die jetzt gut besetzte und verteidigte Linie wäre mit einem zu großen

Die militärische Lage auf dem östlichen Balkan-Kriegsschauplatz.





Risiko verknüpft. Andererseits sind die Türken aber doch nicht so stark, um ihrerseits zum Angriff vorzugehen oder gar einen Vorstoß zum Entsatz Adrianopels zu wagen. Dafür scheint die jungtürkische Heeresleitung aber etwas anderes zu planen. Sie muß schon aus politischen Gründen, wenigstens den Versuch einer Offensive machen. Daher ist Enver bei mit der Armee, die bisher bei Smal an der kleinasiatischen Küste in Reserve stand, bei Rodosto gelandet, um von hier aus den Bulgaren an der Tschataldscha-Linie in die rechte Flanke zu kommen. Die Stärke der Enver bei zur Verfügung stehenden Truppen beträgt 20 000, nach anderer Schätzung 30 000 Mann. Die Bulgaren sollen Gegenmaßregeln getroffen und ihr Hauptquartier um 50 Kilometer von Tschataldscha zurück nach Tcherkassoj verlegt haben.

Auf der Halbinsel Gallipoli, mit deren Besitz auch die Beherrschung der Dardanellen verbunden ist, stehen 45 000 Türken unter dem Befehle Fakhri Paschas. Sie haben die Aufgabe, die Dardanellenforts und die Werke von Bulair zu schützen. Ein Teil der bulgarischen Armee, seine Stärke wird auf 40 000 Mann beziffert, war nördlich von Bulair konzentriert worden. Am Dienstag sind die türkischen Truppen, die nördlich Bulair standen, von den Bulgaren hinter die Befestigungslinie zurückgeworfen worden. Weitere Kämpfe um den Besitz dieses Schutzwalles der Halbinsel, die dann kaum noch zu halten wäre, sind zu erwarten. Diese Bedrohung der Dardanellen, die, wenn sie erfolgreich ist, die Meerenge, das Marmarameer und damit Konstantinopel der griechischen Flotte ausliefern würde, ist in politischer Hinsicht noch bedeutungsvoller wie das Schicksal Adrianopels.

#### Das türkische Umgehungsmanöver.

Konstantinopel, 6. Februar. Die Bulgaren haben sich auf die Linie von Tcherkassoj zurückgezogen. Man glaubt, daß dieser Rückzug den Zweck hat, der durch die geplante Landung türkischer Truppen in Rodosto beabsichtigten Flankenumgehung zu entgehen.

#### Überall Kampf.

Sofia, 7. Februar. An dem gemeldeten Kampfe südlich des Kawaklusses nahm auch die türkische Flotte teil. Ihr Feuer fügte aber den bulgarischen Truppen keine Verluste zu. Bei Tschataldscha gingen mehrere türkische Infanteriebataillone, von der Artillerie der Forts unterstützt, gegen das Dorf Tzedin vor und versuchten auf das rechte Ufer der Kara-Su zu gelangen. Sie wurden von den bulgarischen Vorposten zurückgeworfen und kehrten mit empfindlichen Verlusten in ihre Stellungen zurück. — Die Beschließung Adrianopels dauert fort.

#### Adrianopel und Skutari.

Sofia, 7. Februar. Amtlichen Nachrichten zufolge ist die fortdauernde Beschließung Adrianopels erfolgreich. Die englische Sanitätsmission und die Mission der jüdischen humanitären Organisationen sind angewiesen worden, sich angesichts der in wenigen Tagen zu erwartenden Kapitulation Adrianopels zur Abreise dahin bereit zu halten.

Vor Tschataldscha sind bisher nur unbedeutende Vorpostengefechte vorgekommen, welche resultatlos verlaufen sind.

„Mir“ meldet, daß der Kommandant von Skutari Esad Pascha getötet sei und sein Nachfolger seit gestern mit den Belagerten über die Uebergabe Skutaris verhandelt, welche stündlich zu erwarten sei.

#### Serbische Hilfe.

Konstantinopel, 7. Februar. Aus den Dardanellen eintreffende Reisende erzählen, daß griechische Transportdampfer den Versuch machten, serbische Truppen an der Gallipoli gegenüberliegenden Küste zu landen. Die Truppen seien in Saloniki eingeschifft worden mit der Angabe, daß sie für Durazzo bestimmt seien. Aus Gallipoli sind gestern zahlreiche muslimanische Flüchtlinge an Bord des Lloyd-Dampfers „Bukowina“ hier eingetroffen.

#### An der Küste des Marmarameeres.

Konstantinopel, 7. Februar. Das Kanonenboot „Johanna“ bombardierte gestern nochmals Myriofito, das die Bulgaren kurz vorher besetzt hatten. Die bulgarische Artillerie erwiderte das Feuer. Die Bulgaren haben auch Scharlöj besetzt. Die Behörden von Myriofito wurden an Bord des „Johanna“ gebracht und nach Gallipoli befördert.

#### Vorpostengefechte.

Konstantinopel, 7. Februar. Wie amtlich aus Kalitratia gemeldet wird, haben die türkischen Truppen gestern die Station Boltschischkoj an der Bahnlinie nach Tschataldscha sowie die dem rechten Flügel der türkischen Armee gegenüber gelegenen Höhen besetzt. Die türkischen Erkundungsabteilungen sind mit dem Feinde in Fühlung.

#### Kein Fremdenschutz in Adrianopel.

Sofia, 6. Februar. Die Gesandten einiger Großmächte wurden heute bei dem Ministerpräsidenten Gschow wegen des Verlansens der Konsula in Adrianopel vorstellig, daß eine neutrale Zone festgesetzt werde oder daß ihnen und den fremden Kolonien die Ermächtigung gegeben werde, die Stadt zu verlassen. Der Ministerpräsident antwortete, daß es keine Präzedenzfälle dafür gebe, daß Konsula oder anderen Personen gestattet werde, einen belagerten Platz zu verlassen, und daß auch ernste Gründe das bulgarische Generalquartier verhinderten, den Konsula und den fremden Kolonien in Adrianopel den Auszug oder die Errichtung einer neutralen Zone zu gestatten. Denn niemand könne dafür bürgen, daß nicht verächtlich Granaten in diese Zone fielen, was für das Militär große Schwierigkeiten zur Folge haben würde.

#### Ein Ministerwechsel.

Konstantinopel, 7. Februar. Der Volksminister Hauri Pascha ist zurückgetreten, weil er, wie verlautet, die Verantwortung für die Leistung der Vorstöße aus dem Reservelager der Vakuftüter an die Regierung nicht übernehmen wollte. An die Stelle Hauris tritt interimistisch der Justizminister Ibrahim Pascha.

### Der Kampf um die Macht.

Alle Vertuschungsversuche helfen nichts. Der unhaltbare Gegensatz des Junkerregiments in Preußen zu den Verhältnissen im Reich tritt bei jeder Gelegenheit zutage. Der Reichstag hat am Freitag noch seine ganze Sitzung mit der Aussprache über die Wohnungsfrage ausfüllen müssen, obgleich die Parteien am Tage vorher der Meinung waren, daß sie die Angelegenheit ganz kurz erledigen könnten. Der Grund für die unerwartete Ausdehnung liegt denn auch

nicht, trotz ihrer Wichtigkeit, in der Wohnungsfrage, auf die wir noch zurückkommen, sondern darin, daß die Junker diese Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen die Reichsverwaltung und den Reichstag benutzten.

Mit dieser edlen Aufgabe war wieder Graf v. Westarp betraut worden. Als Vorwand benutzte er die Aeußerung des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern, daß das Reich eingreifen müsse und werde, falls die Einzelstaaten — das heißt tatsächlich Preußen — in der Wohnungsfrage auch fernerhin verlagern sollten. Der Herr Graf ist angeblich über diese Erklärung des Staatssekretärs aufs höchste entrüstet. Er sieht darin eine unentschuldbare Verfündigung gegen — den preussischen Geist: das Reich dürfe sich unter keinen Umständen in die Verhältnisse Preußens einmischen; es müsse die Rechte der Einzelstaaten genau so achten, wie die Einzelstaaten die Rechte des Reiches. Diesen Vers wiederholte später übrigens auch der freikonserervative Abgeordnete Arendt.

Ihnen trat in treffender und glücklicher Polemik Genosse Ledebour mit dem Nachweis entgegen, daß die preussischen Junker ganz und gar nicht die von ihnen jetzt so sehr gepriesene Verfassungstreue bekunden, wenn es gilt, ihren Vorteil auch im Reich zu wahren. Er erinnerte daran, daß die Junker im preussischen Dreiklassenhaufe noch in den letzten Tagen die preussische Regierung aufgefordert haben, ihren Einfluß auf die Reichsverwaltung rücksichtslos zum Vorteil der in Preußen herrschenden Clique und zum Schaden des ganzen arbeitenden Volkes auszunutzen. Wie überall, so haben auch hier die Junker eine doppelte Moral. Wie es ihrem Vorteil entspricht, sind sie bald für, bald gegen die Verfassung.

So haben die Junker es seit jeher gehalten. Und die Herren in den Reichsamtern sind es ja nur zu sehr gewohnt, sich nach dem Junkerregiment in Preußen zu richten. Auch Herr Delbrück hat diesen Gehorsam seit jeher betätigt. Er bemühte sich denn auch, jetzt den Junkern zu versichern, daß er es mit seiner Erklärung über das Wohnungsgezet gar nicht so schlimm gemeint habe.

Damit erreichte er aber bei den Junkern gar nichts. Für sie ist allein entscheidend, daß der Staatssekretär daran gedacht hat, sich in dieser Frage nicht ganz nach ihrem Willen zu richten. Und es handelte sich ja durchaus nicht um die Wohnungsfrage allein. Der Staatssekretär, meinen die Junker, läßt überhaupt die erwünschte pupillare Sicherheit vermissen. Gäbe er sonst mit dem preussischen Ministerium des Innern wegen der einheitlichen Wahlen in Konflikt kommen können? Jeden nennenswerten sozialpolitischen Fortschritt verhindert Preußen. Und gerade jetzt wollen dessen Junker nur absolut zuverlässige Handlanger. Es drängt die Steuerfrage. Und schließlich droht die Wahlreform in Preußen.

In allen diesen und vielen weiteren Fragen sind die Junker um ihre Machtstellung besorgt. Sie sehen überall Feinde. Das Junkerregiment widerspricht bereits so sehr den Bedürfnissen unserer Zeit, daß es auf allen Gebieten die Entwicklung hemmt und für das arbeitende Volk unerträglich geworden ist. Je eifriger sich daher die Junker als die Retter, als die einzig wahren Hüter des Vaterlandes aufspielen, um so weitere Kreise des arbeitenden Volkes erkennen in ihnen die schlimmsten Feinde unseres Vaterlandes.

Der Staatssekretär kennt natürlich sehr genau den Ernst der gegenwärtigen politischen Lage und er weiß, daß ihm mit dem Vertuschen nicht geholfen ist. Deshalb scheute er nicht davor zurück, auf den „grundfächtlichen“ Gegensatz zwischen ihm und dem Grafen Westarp, das heißt, zwischen der Reichsverwaltung mit dem Reichskanzler an der Spitze und dem Junkerregiment in Preußen einzugehen: die Junker wollen in Preußen und im Reich bei allen Fragen auch fernerhin einzig und allein ihren Vorteilen folgen und nicht die geringste Rücksicht auf den Willen des deutschen Volkes nehmen, wie er sich in der jetzigen Zusammenlegung des deutschen Reichstags zeigt. Das Reich muß sich, das ist der „Grundfächt“ der ostpreussischen Junker, der preussischen Junkerwirtschaft fügen; alles, was dem im Wege steht, muß beseitigt werden. Das geht aber nicht mehr; die 110 Sozialdemokraten im Reichstags machen es unmöglich, daß die Pläne der Junker wie früher verwirklicht werden. Daher steuern die Junker auf einen Konflikt des jetzigen Reichstags mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Innern los, wobei sie selbstverständlich auf die Hilfe des Zentrums rechnen und wohl auch rechnen können. Ihr ganzes Auftreten ist, wie Genosse Ledebour den Herren unter Zustimmung nicht nur der Sozialdemokraten zurief, nur Stimmungsmache für die Wahl des preussischen Dreiklassenhaufes sowie für die Auflösung des Reichstags. Aus diesem Grunde krönen sie stets ihre Angriffe gegen den jetzigen Reichstag und gegen die Reichsverwaltung mit dem Schmelkruf: Gegen die Sozialdemokratie, neue Ausnahmengesetze gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen!

Hier will die Reichsverwaltung nicht mitmachen. Sie will offenbar nicht alles auf eine Karte setzen; das Spiel ist ihr zu gefährlich.

Auch das Rodmittel eines Kampfes gegen die Sozialdemokratie übt nicht einmal auf die Reichsverwaltung mehr die von den Junkern gewünschte Wirkung aus. Die jetzt maßgebenden Herren in der Reichsverwaltung haben gelernt, daß mit Ausnahmegeetzen gegen die Sozialdemokratie nichts auszurichten ist. Der Kampf der Arbeiter um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen ist keine Erfindung der Sozialdemokraten, sondern das naturwunderliche Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung. Deshalb müssen sie den Forderungen der Arbeiter mehr und mehr Rechnung tragen, soll nicht die Sozialdemokratie immer stärker und schneller anwachsen.

Das rief der Staatssekretär des Innern den Junkern zu, und das läßt begreifen, daß es ihm graut vor den Folgen, die ein Kampf mit Ausnahmegeetzen gegen die Sozialdemokratie haben muß. Denn daß ohne den Druck der Sozialdemokratie eine segensreiche soziale Entwicklung unmöglich ist, das weiß der Staatssekretär des Innern selbstverständlich, wenn er es auch nicht ausspricht. Was er aber sagte, war trotzdem eine klare Absage an Grafen v. Westarp und seine politischen Freunde.

Das Auftreten des Staatssekretärs Dr. Delbrück erinnert an die letzte Rede, die im Reichstags sein Amtsvorgänger Graf Posadowsky als Staatssekretär gehalten hat. Auch Graf v. Posadowsky erklärte damals den ostpreussischen Junkern, daß er ein „grundfächtlicher“ Gegner ihrer Politik sei. Er wolle kein Minister gegen, sondern für die Sozialpolitik sein. Herr v. Delbrück hat am Freitag daselbe, wenn auch mit anderen Worten gesagt. Graf v. Posadowsky war kurze Zeit nach jener Rede aus seinem Amt ausgeschieden worden. Wie es Herrn v. Delbrück ergoht wird, das wird die Zukunft sehr schnell zeigen.

Die Arbeiterschaft kann mit guter Zubericht den weiseren Verlauf der Dinge abwarten. Wie es auch immer kommt, ob die herrschende Klasse die Sozialdemokratie bekämpft nach dem Rezept der ostpreussischen Junker oder nach dem der jetzigen Staatssekretärs und des jetzigen Reichskanzlers; unter allen Umständen wird die Sozialdemokratie weiter und weiter erstarken, bis sie ihre Aufgabe vollständig erfüllt hat. Aber freilich — je besser die Arbeiter ihre Verbände ausgebaut haben, je eifriger sie die Aufklärung betreiben, je tatkräftiger sie für ihr gutes Recht eintreten, um so schneller werden sie das unhaltbare schmachliche Junkerregiment in Preußen und im Reich beseitigen und freie Bahn schaffen für eine segensreiche Entwicklung unseres öffentlichen Lebens.

Daher gilt es gerüstet zu sein für die bevorstehenden Kämpfe. Bei der Landtagswahl muß die Stimme des arbeitenden Volkes trotz aller Hemmnisse durch das Dreiklassenwahlssystem laut und deutlich erschallen. Und wenn unsere Gegner in der nächsten Zeit eine Neuwahl des Reichstags haben wollen, nun gut, dann muß sie so ausfallen, daß sie die Beseitigung des Junkerregiments erst recht beschleunigt.

### Die Aichermittwochs-Mobilisation in Straßburg.

Die Welt lacht wieder. Und ihr Lachen klingt wie Hohn gelächter, noch malsigler, noch schriller, als vor einigen Jahren über die berühmte Kopenickade des Schuhmachers Voigt, der an der Spitze seiner „zehn Mann“ ungeniert die Kopenicker Stadtasse plünderte. Und die Welt hat leider ein Recht, auf Kosten des deutschen Militarismus und des deutschen Regierungshyänen zu lachen; denn ein Geistesgestörter, ein unzurechnungsfähiger entlassener Zahlmeister-Aspirant hat mühelos die höchsten Spitzen der Verwaltungs- wie der Militärbehörden im reichsländischen Straßburg getäuscht und die ganze Straßburger Garnison mißsammt dem Prinzen Joachim und dem Statthalter auf die Beine gebracht. Alle haben sich leicht durch den keineswegs besonders klauen Erich eines Unzurechnungsfähigen täuschen lassen! Der Wibold, mit Namen Wolter, hat an sich selbst von Weihenburg aus ein Telegramm gerichtet, und dessen Text dann so geendert, daß es folgenden Wortlaut erhielt:

„An das Kaiserliche Generalgouvernement, Garnison-Hauptwache, Straßburg.“

Die gesamte Garnison ist von der Hauptwache aus sofort zu alarmieren. Ich treffe im Kraftwagen um 12 Uhr auf dem Exercierplatz Polygon ein. Wilhelm I. R.“

Mit diesem Passivsatz geht er, nachdem er sich in den Argus eines Postboten gekleidet hat, nach der Garnison-Hauptwache und gibt dort das Telegramm ab. Und nun verläuft alles, wie der geistgestörte Zahlmeister-Aspirant es sich gedacht und es beabsichtigt hatte. Die Meldung wird genau nach Schema F weitergegeben, Generalkommando und Statthalterei geraten in größte Aufregung, Eilordonanzen und telegraphische Befehle fliegen hin und her. Weihenburg erklingt das „Tä — tätä, tä — tätä!“ des Alarms — und nun folgt ein Schauspiel, das die „Straßburger Neue Zeitung“ recht anschaulich folgendermaßen schildert:

„Durch die Hohenlohestraße saust, was der Gaul sein kann, ein einzelner Reiter. Dahinter Begleiter. Große U. U. Der Vorderste treibt unaufhörlich voran. Es ist Prinz Joachim, der von des Vaters Ankunft ebenfalls gehört und nun als Oberleutnant die Mobilisation mitmacht. Das war zweifellos die Höhe des Wides, den sich Wolter leistete, daß er Statthalter und Prinz hinaus auf Feld brachte. Prinz Joachim nahm sich nicht ein mal Zeit zum Mittagessen, wie man erzählt. Es reichte gerade, um in die Uniform zu schlüpfen. Das Frühstück blieb unberührt, und ein Lafai machte sich ein Gewissen daraus, seinen Herrn so wenig innerlich vorbereitet da draußen zu wissen. Er brachte ihm Weichen nach. Doch schien der Prinz wenig Hunger zu haben, denn er winkte ab.“

In weitem Umkreis um den Polygon stellten sich die Truppen auf, um nach 1 Uhr mit der Parade zu beginnen. Die einzelnen Musikkapellen nahmen gegenüber den Frontflüchten Aufstellung und liehen ihre Regimenter zugeweihe vorbeidefilieren. Inzwischen war aber ein Telegramm vom Kaiser aus Königsberg eingetroffen, in dem dieser seinem Sohn, Prinz Joachim, seine Ankunft dortselbst mitteilte. Nun war guter Rat teuer. Offensichtlich war man das Opfer einer Mystifikation geworden. Es wurde deshalb der Befehl erteilt, die Truppen sollten wieder in ihre Kasernen einrücken. Die ganze Militärverwaltung war auf den Schwindel eines gutüberlegten und wohl durchdachten Postnachrichtenzweiges herabgefallen.“

Jawohl, gründlich hereingefallen! Zwar hatten alle patriotischen Zeitungen zugeklagt vorher davon berichtet, daß der Kaiser am 5. Februar in Königsberg sein und dort an der Jahreshundertfeier teilnehmen werde, doch keiner der hohen Herren weiß etwas davon oder denkt daran. Die Folgen der Postmacht beherrschen alle Köpfe. Auch ist der Inhalt des Telegramms recht kurios! Seit wann werden denn solche Telegramme an die Garnison-Hauptwache gerichtet, statt an den Gouverneur oder den Kommandanten. Und dann die Anweisung, von der Hauptwache aus die Garnison zu alarmieren! Ist das der richtige militärische Weg, oder hat die Alarmierung nicht ebenfalls durch die dazu berufene oberste Kommandostelle am Plage zu geschehen? Zudem läßt der Wibold Wolter den Kaiser sagen: „Ich treffe ein“, während der Kaiser immer im Pluralis majestaticus von sich spricht. Es scheint aber, daß die bloße Ankündigung, der Kaiser werde zur Inspektion der Garnison eintreffen, solche Verwirrung angerichtet hat, daß man an eine auch nur oberflächliche Prüfung der Echtheit des Telegramms gar nicht gedacht oder etwa aufsteigende dunkle Zweifel noch unterdrückt hat.

Auch die Tatsache, daß die Art der Beförderung und das Aussehen der Depesche nicht den Bestimmungen entspricht, die für die Hebermittlung von Staatsdepeschen gelten, fällt nicht auf — alles ist im höchsten Maße aufgeregt, die gewöhnlichen Begriffe von Zeit und Raum sind faisch!

Der ganze Vorkall ist so sehr bezeichnend für die Art und Weise, wie nervös bei uns gearbeitet und regiert wird, daß die Meldung, der Kaiser sei, als er von dem Geschehnis erfahren habe, sehr ungehalten gewesen, recht begreiflich erscheint. Und noch ärgerlicher soll man in den hohen militärischen Kreisen Berlins, im Kriegsministerium sein, ist doch der Vorkall durchaus keine Empfehlung für die vorbereiteten neuen enormen Heeresvorlagen; denn er beweist kaum, daß in der so hochgepriesenen Armee solchblütige Ruhe als eine der wichtigsten Eigenschaften der Truppenführer gilt.

Das scheinen denn auch die Herren selbst und die ihnen zur Verfügung stehende „waterländische“ Presse zu fühlen; denn bereits verflüchten verschiedene für die neuen Heeresvorlagen eifrig agitierende Blätter, daß die Militärbehörden nicht die geringste Schuld an dem Schauspiel in Straßburg treffe, nur die Zivilbehörden hätten sich als nervös erwiesen. Die Organisation der Armee und ihre Bereitschaft hätte sich vielmehr aufs glänzendste bewährt.



In Empfang genommen hat diese Sendung zweifellos eine unregelmäßige Persönlichkeit. Denn es ist nicht anzunehmen, daß irgend ein Beamter sofort bis in die Zimmer des General-Kommandanten vordringen konnte. Diese unregelmäßige Persönlichkeit hat dann das Telegramm entweder der Adjutantur oder einem der anwesenden Generalstabsoffiziere übergeben. Man verleihe sich in die Lage dieses Herrn: Größte Eile ist notwendig. Jede Verzögerung bedeutet verlorene kostbare Zeit. Das Telegramm scheint durchaus echt und in dem Bestreben, die glänzende Organisation unserer Alarmvorschriften vor aller Welt zu zeigen, meldet der elektrische Funke die angeblich allerhöchste Entschlieung an das Gouvernement, die Kommandantur, das Stadthalterpalais, Polizeipräsidium, kurzum an alle zuständigen Behörden. Ein Duzend hohe Behörden haben bereits Kenntnis, durch die Festung hallen die Alarmsignale. Alles eilt dem Sammelplatz zu. Überall herrscht fieberhafte Tätigkeit und Aufregung. Die dem Generalkommando unterstellten Instanzen handeln in der Eile blindlings. Denn wer einmal einen solchen Alarm mit den hohen Anforderungen an alle Dienststellen mitgemacht hat, weiß, daß zu langem Überlegen nicht viel Zeit bleibt. In einer ganz anderen Lage aber befinden sich die Zivilbehörden, ganz besonders der Stadthalter. In aller nächster Beziehung zum Stadthalterpalais steht das amtliche Polizeitelegraphenbureau, das bereits zu diesem Zeitpunkt die Fahrt des Kronprinzen zum Bahnhof, um seinen kaiserlichen Vater zu empfangen, zu melden wußte. Auch auf dem Polizeipräsidium und dem Polizeipräsidium fand man in langen Stunden keine Zeit, darüber nachzudenken, daß in Königsberg ein offizieller Refrakt stattfindet, der unmöglich durch eine plötzliche Eingebung des Kaisers über den Haufen geworfen werden kann. In der Alarmierung als solcher also war an sich nichts Außergewöhnliches. Daß aber alle anderen Behörden vollständig versagten, ist im höchsten Grade betrüblich.

Der Geniestreich des Straßburger ehemaligen Unteroffiziers Wolter ist übrigens, wie unser Straßburger Parteiblatt meldet, nicht der erste, den er losgelassen hat. Bereits voriges Jahr gelang es ihm, die Militärbehörde von Metz durch ein ähnliches Telegramm zu täuschen. Es stand im Telegramm im Text „Auf aller“; diesen Text änderte er um in: „Auf Allerhöchsten Befehl ist der Bischofswahl Wolter sofort nach Berlin zu bringen.“ Sein Streich, nach Berlin zu kommen, ist ihm denn auch gelungen. Am anderen Tage befand er sich bereits auf der Bahn nach Berlin. In Berlin wurde er aber von der Militärbehörde auch nicht für gesund erklärt. So kam er denn wieder nach Straßburg und zeigte der gesamten Garnison, wie geisteszurechnungsfähig er ist.

Weiter wird gemeldet, daß vor kurzem bereits einmal versucht worden ist, die Straßburger Garnison durch eine gefälschte Depesche zu alarmieren. Auf der Hauptwache sei aber der Unfug, der beabsichtigt war, sofort bemerkt worden.

Wolter soll übrigens die Absicht gehabt haben, nach Wilhelmshaven zu fahren, um dort die deutsche Flotte zu alarmieren. Diese Absicht vermochte er nur deswegen nicht auszuführen, weil er das notwendige Reisegeld nicht aufstreifen konnte.

### Der Generalstreik unvermeidlich.

Brüssel, 7. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute hat die Majorität der Kammer ihre Unentschiedenheit durch ein votum besiegelt. Gegen die Stimmen der Linken wurde von der Rechten eine Diskussion der Revision der Verfassung verworfen. Nachdem noch die sozialistischen Abgeordneten Denis und Sussmans gesprochen hatten, gab Vandervelde unmittelbar vor der Abstimmung eine Erklärung der sozialistischen Fraktion ab, in der unter anderem gesagt wird: Wir kennen eure Absichten, ihr die unseren. Wir sind auf unserer Seite, seid ihr auf der euren. Wir haben alles getan, die Arbeiter zu befähigen, Jornausbüchse zu verhindern und unsere Delegierten vom Streik abzuhalten, weil wir ihn zu verhindern hofften. Wir haben zu Sessionsanfang hier erklärt, daß es von der Majorität abhängig sei, ob das Signal zum Generalstreik gegeben werde. Wir verlangen nun von der Arbeiterklasse, das Lösungswort abzuwarten und weder durch Ausschreitungen noch vorzeitige Streiks den Erfolg der Bewegung zu kompromittieren. Auf die Verwerfung der Revision antworten wir mit dem begeistertsten Auf: Hoch die Revision! Hoch das Wahlrecht!

Die sozialistische Fraktion brach dann in minutenlange stürmische Hochrufe auf die Revision, das Wahlrecht und den Streik aus.

In einer gestrigen Sitzung der Brüsseler Organisation wurde eingehend die Situation beraten und die Vorschläge und Maßnahmen für den nunmehr unvermeidlichen Streik diskutiert.

#### „Es lebe der Generalstreik!“

Zu der schon telegraphisch gemeldeten Demonstration schreibt uns unser Korrespondent aus Brüssel:

Der Faschingsdienstag ist in Brüssel ein richtiger Feiertag. Die meisten Geschäfte sind geschlossen, alle Welt promentiert im bürgerlichen oder Faschingskostüm durch die Stadt. Auch die Brüsseler Föderation der Arbeiterpartei forderte die feiernden Arbeiter zu einem Spaziergang auf. Statt aber in der engen unteren Stadt sich herumzudrängen, wurde den Arbeitern für ihre Promenade die schöne breite Rue Royale und der öffentliche königliche Park empfohlen. Als aber die Arbeiter gegen 1/2 Uhr aus den Vororten herauskamen, gar nicht etwa in Kolonnen, sondern einzeln wie andere Spaziergänger auch, siehe, da waren die Gitter des königlichen Parks geschlossen und die ganze schöne breite Rue Royale mit Polizisten abgesperrt, der Wagenverkehr unterbrochen, die Tramways sausten an den Haltestellen vorbei ohne anzuhalten und jedweder Passant, der sich nicht als Deputierter, Briefbote oder Journalist ausweisen konnte, wurde meist höflich, manchmal grob, aber immer unerhittlich angewiesen, um so und soviel Seitengassen zurückzugehen, sich rechts oder links zu verziehen, aber jedenfalls vom Schauplatz zu verschwinden.

Die Rue Royale und die Anlagen bilden nämlich die Grenzen der geheiligten „neutralen Zone“, die an Tagen von Arbeitermanifestationen oder Arbeiter,spaziergängen“ durch einen Polizeistreifen von der Außenwelt abgeschnitten wird. Diesmal aber geschah noch ein anderes: es wurden nicht nur die Strahenzugänge zur neutralen Zone abgesperrt, sondern ein großer Teil dieser Strahen selbst dem Verkehr entzogen. Zudem: in den Höfen der Ministerien war die Gendarmen in Bereitschaft, in drei Gendarmenkasernen standen die Pferde gesattelt. . . Die Bewachung des Parlaments war verstärkt,

auf den Tribünen Gendarmen und Polizisten in Zivil. In den Schlössern der Parlamentstüre steckten die Schlüssel, im Falle usw.

Indes geschah nichts anderes, als daß die Arbeiter in Gruppen in den an die Kammer anstoßenden Seitenstraßen herumstanden und Wahlrechtslieder und die „Internationale“ sangen und ihren Wünschen nach Revision der Verfassung in entsprechenden Ausdrücken verließen. Das ganze lächerliche Polizeiaufgebot hatte also nur den Zweck gehabt, zu verhindern, daß diese Ruhe und Gefänge in den geheiligten Lusträumen der neutralen Zone, bis zu den Ohren Herrn v. Proquevilles oder gar denen des Königs dringen. Einer Truppe von Demonstranten ist es indes doch geglückt, bis zum königlichen Palais vorzudringen und dort das Wahlrecht hochleben zu lassen, welche Frechheit aber von einer in der Strategie des „Chargierens“ wohlbewanderten Polizei alsbald zu Ende geführt wurde. — Wer anfangs die Taktik der Polizei ohne Wissen ihrer tieferen Absichten beobachtete, mochte überhaupt schlechthin an einen Faschingsstreich denken. Man bemerkte nämlich, wie die Polizisten auf Befehl der Kommissäre die in den Straßen angeordneten Gruppen von einer halben Stunde zur anderen immer um ein Stück weiter von der neutralen Zone abdrängten, so daß, wäre dem Spiel um 1/5 Uhr durch den Kammerbeschluß nicht ein Ende gesetzt gewesen, die „neutrale Zone“ so allmählich die halbe Stadt hinuntergedrängt worden wäre. Aber wie gesagt, es war endlich Kammerbeschluß und um 1/5 Uhr erschien die sozialistische Fraktion, die die Rue Royale überquerend in die ungewohnte von der Kammer gelegenen Rue des Colonies einbog, wo sie von den mittlerweile zu einer kompakten Masse vereinigten Demonstranten stürmisch mit den Rufen aus das Wahlrecht, auf die Revision und den Generalstreik empfangen wurde. Von dort ging es in flottem Tempo durch die Stadt, in der sich eben der lebhafteste Karnevalsstreib zu entwickeln begann. Während des ganzen Marsches ereignete sich nicht der geringste Zwischenfall, obgleich die Straßen schwarz von Menschen waren und der Zug unzähligmale die größten, lebhaftesten Verkehrsadern zu überqueren hatte. Den ganzen Weg klang der kräftige Arbeiterchor durch die Stadt, ununterbrochen klangen die rhythmisch ausgestoßenen Rufe: Revision! Revision! Nieder mit Woeft! und immer und alles überdennend das „Vive la grève!“ (Es lebe der Streik) durch die bunt belebte abendliche Stadt. Vor dem Volkshause hielt der Zug, wo er den runden Platz füllend, in andächtiger Stille den vom Balkon gehaltenen Reden lauschte. Aus der „neutralen Zone“ mit Polizeistengehalten verbannt, sang dort, im Herzen der Volkswarterie, in den Ruf der Redner einstimmend, der tausendstimmige Chor: „Es lebe der Streik!“

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Februar 1913.

#### Der Geburtenrückgang vor dem Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat in einer Dauer Sitzung am Freitag die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern ein gut Stück gefördert. Am interessantesten war hierbei die Debatte über das Gesundheitswesen. Bekanntlich ist die Medizinabteilung seit kurzem vom Kultusministerium losgelöst und dem Ministerium des Innern angegliedert worden. Ob das ein Fortschritt ist, bleibt dahingestellt. Notwendig wäre die Schaffung eines besonderen Medizinministeriums. Erst dann würde der Gesundheitspflege die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt und die traurigen Zustände beseitigt werden können, unter denen ganz besonders das Proletariat leidet.

Daß die gesundheitlichen Zustände der Bevölkerung viel zu wünschen übrig lassen, darüber herrscht unter allen Parteien völlige Uebereinstimmung. Nur über die Ursachen gehen die Meinungen auseinander. Mit dem bloßen Zammern über den Rückgang der Geburten ist es nicht getan, wenn man nicht seine Ursachen untersucht und auf Mittel zur Abhilfe sinnt. Dieser Aufgabe unterzogen sich die Abg. Mugdan (Sp.), der mit Recht gegen das Zentrum den Vorwurf erhob, daß es bei der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung die sozialdemokratischen und fortschrittlichen Vorschläge niedergestimmt und insbesondere versagt habe, wo es sich um die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit handelte, vor allem aber Genosse Ströbel, der in mehr als einflügender, durch die geschickte Zusammenziehung des Materials äußerst wirksamen Rede den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Krankheit an der Hand der neuesten wissenschaftlichen Ergebnisse erörterte. Mit Recht konnte unser Fraktionsredner den Rückgang der Geburten, die Kindersterblichkeit, die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zurückführen und gegen die schwarzelegte Mehrheit den Vorwurf erheben, daß sie durch ihre Politik der Verteuerung der Lebensmittel und durch ihre Unfähigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens die Vereinerlichung des Volkes fördere. Mit aller Schärfe wandte sich Ströbel auch gegen die von der Regierung geplante Absicht, durch Polizeimaßnahmen der Abtreibung der Leibesfrucht und der Konzeption entgegenzutreten. Er forderte statt dessen eine größere sexuelle Aufklärung der Bevölkerung.

Vorher hatte Liebknecht sich eingehend über die Kriminalität und über den in vieler Beziehung noch so rückständigen Strafvolzug in Preußen ausgelassen und eine Aenderung der Art der Gefängnisarbeit sowie eine Reform der Unfall- und Invalidenversicherung für Gefangene gefordert.

Ein anderes Kapitel des Etats gab unserem Genossen Leiner Gelegenheit, die fortgeschrittenen Wünsche der Konföderation auf eine Verbesserung der Veteranenfürsorge als Heuchelei zu brandmarken, indem er nachwies, daß gerade die Vertreter dieser Partei eine ausreichende Veteranenfürsorge verhindert haben.

Am Samstagabend hofft man endlich mit dem Etat des Ministeriums des Innern fertig zu werden.

#### Landtagswahl in Sachsen-Altenburg.

Die bis jetzt bekannt gewordenen Ergebnisse der Wahlen vom 6. Februar bedeuten eine entschiedene Niederlage des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Die Reichsverbandskandidaten sind überall durch die sozialdemokratische Mehrheit geschlagen worden. Die städtischen Wahlkreise in der dritten Abteilung wurden mit Übergroßer sozialdemokratischer Mehrheit behauptet, und in Altenburg-O. sowie in Meuselwitz haben in der II. Abteilung die Fortschrittler mit Hilfe der Sozialdemokraten die Reichsverbandskandidaten geschlagen. In zwei von den vier ländlichen Wahlkreisen ist zwar der sozialdemokratische Vorkandidat zum Stillsitzen gekommen; in 3. und 4. ländlichen Kreise, deren Ergebnisse noch nicht vollständig vorliegen, ist jedoch ein hartes Fortschreiten der Stimmenzahl zu erkennen. Im 6. und 7. Landkreise ist die Stimmenzahl um etwa 200 gestiegen. Das Wahlergebnis aus dem so scharf umstrittenen 4. ländlichen Kreise steht wie folgt noch aus. Nach den vorliegenden Abstimmungsergebnissen dürfte auch dieses Mal wieder, wie 1910, die Entscheidung an einigen Stimmen hängen.

Von den Sozialdemokraten sind gewählt: Böhme, Direktor, Meißner, Wunderlich, Paulian und Bielsch. In Altenburg-O. wurde Weizsäcker mit 157 gegen Rafe (Reichsverb.) 625 Stimmen gewählt. In Altenburg-O. Wunderlich 1091 gegen Juch 389, Direktor im 2. städtischen Kreise mit 2000 gegen Wehr (Reichsverb.) 414. Im 5. städtischen Kreise Böhmte 1907 gegen Delle 287. Im 6. ländlichen Kreise Paulian 819 gegen Kraft 722.

#### Ein Steuer-Dementi.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ tritt in ihrer Ausgabe vom Freitagabend den Meldungen entgegen, die in der letzten Zeit über die kommenden Steuern in der Presse verbreitet worden sind. Die amtliche Note besagt:

„Im Laufe der letzten Wochen sind mehrfach in der Presse ansehend aus hiesigen Korrespondenzen kommende Aufsätze erschienen, welche teils besonders die Reichsfinanzverwaltung betreffende Fragen (Einkommensteuer, Stempelsteuer, Reichsölgesetz, Veteranenbeihilfe u. a.) betrafen, teils allgemein sich mit den Finanzen des Reiches und den Finanzplänen der Reichsleitung für die nächste Zukunft beschäftigten. Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist festzustellen, daß keine dieser Aufsätze amtlichen Ursprungs ist.“

Besser wäre es allerdings gewesen, wenn sich die Reichsfinanzverwaltung entschlossen hätte, endlich einmal der Öffentlichkeit über ihre Absichten reinen Wein einzugießen.

#### Bürgerstolz und Streifbrecherstolz.

Bei der Budgetberatung in der Hamburger Bürgerschaft wurde am Mittwoch die Duellaffäre des Senators v. Berenberg-Wohler, die vorigen Sommer einige Sensation erregte, zur Sprache gebracht. Die liberalen Redner Dr. Weg und Dr. Petersen vertraten den Standpunkt, daß ein wegen Duellvergehens bestraffter Senator nicht im Amt bleiben könne, auch wenn die Strafe im Gnadenwege erlassen sei. Denn ein Hamburger Senator verkörpere einen Teil der Staatsautorität und es bringe sich nicht mit dieser staatsrechtlichen Stellung, wenn er sein Amt nur noch der Gnade des Königs von Preußen verdanke. Senator Dr. Dieckel versuchte die heikle Frage durch einen sentimental-patriotischen Wortschwall zu umgehen, indem er die Duellgesetzerei, zu der sich sein Kollege hergegeben, als unüberwindliches Bürgerrecht für jeden Senator in Anspruch nahm. Von sozialdemokratischer Seite beteiligten sich die Genossen Stengels und Stolten an der Debatte. Stengels meinte, die Frage, wie die sogenannte bessere Gesellschaft ihre Kaufhändler aussucht, sei gleichgültig; nicht gleichgültig könne es aber sein, wenn ein Mann, der zu nützlicher öffentlicher Tätigkeit berufen sei, sich der Gefahr aussetze, durch die Augen eines abeligen Kaufhändlers aus dieser Tätigkeit hinweggerissen zu werden. Dem müsse eventuell durch die Vorsicht, daß die Senatoren den bunten Haas gleich beim Amtsantritt auszusuchen haben, vorgebeugt werden. Dagegen sei die liberale Schlussfolgerung, daß jeder Konflikt mit dem Gesetz der Amtsniederlegung zwingt, nicht anerkennen. Weber ein Senats- noch ein Bürgerschaftsmitglied dürfe wegen solcher Konflikte für unwürdig erklärt werden. Dieser Meinung stimmte auch der Redner der Fraktion der Linken bei, während die Wortführer der Rechten und des Zentrums die „Tapferkeit“ des Senators priesen, mit der er die „Bürgerrechte“ gegenüber dem Grafen Königsmarck verteidigt habe. Worauf ihnen Stolten entgegen, daß ein Bürger und ein Senator erst recht doch vor allem die Gesetzgebung zu achten hätte. Die Mehrheit der bürgerchaftlichen Gesetzgeber dachte darüber aber offenbar anders, und so blieb es bei dieser Aussprache.

Ganz anders denkt das hanseatische Bürgerturn natürlich, wenn Befehle nicht von Senatoren, sondern von — organisierten Arbeitern übertritten werden. Das zeigte sich, als im weiteren Verlauf der Budgetberatung vom Genossen Bartels die Scharfschneiderei der Hamburger Handelskammer als wüste tendenziöse Hege gebrandmarkt wurde. Die Handelskammer hat bekanntlich in ihrem letzten Jahresbericht eine Verschärfung der Strafgesetze gegen Streikende und insbesondere Gefängnisstrafe von einem Jahr gegen das Streikpostenstreichen gefordert. Das „Material“, das diese Forderung begründen soll, ist, wie Genosse Bartels nachwies, den durch ihre Terrorismuspläne übel berufenen „Hamburger Radrechten“ entnommen und stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf. Erst neuerdings, beim Ausstand des Personals der Hamburger Hochbahn, hat dieses Mal wieder geschwindelt, die Streikenden hätten die Abkesselung gestört, obwohl davon kein Wort wahr ist. Auf alles dies blieben die Scharfschneider in der Bürgerschaft zwar die Antwort schuldig, aber an der Forderung des verstärkten Streifbrecherstolzes halten sie fest.

#### China.

##### Die Anleihschikanen.

London, 6. Februar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat der chinesische Gesandte in London ein Telegramm aus Peking erhalten, demzufolge Gih für die Anleihsverhandlungen neue Instruktionen und die Ankunft Chang Lung Hoans abwartet. Chang Lung Hoan, der Vizepräsident des Finanzrats, ist zum Finanzdirektor Chinas in England ernannt worden und wird mindestens solange dort bleiben, bis China die augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten überwunden hat. Wegen der dringenden Notwendigkeit, die schwebenden Schulden vor dem chinesischen Neujahr, das auf den heutigen Tag fällt, zu begleichen, erhielt die chinesische Regierung einen Vorstoß von 750 000 Pfund Sterling. Diese Summe stellt die letzte Rate der chinesischen Fünfmillionenleihe dar, welche erst später fällig wäre.

#### England und der Fall Rump.

London, 6. Februar. Im Unterhause richtete der Nationalist Ginnell an Staatssekretär Grey die Anfrage, ob der von der Sechsmächtegruppe China aufgenötigte Anleihsentwurf die Ernennung der von den einzelnen Beteiligten für die wichtigsten Stellen der Ueberwachung der Steuer-, Rechnungs-, Anleihs- und Eisenbahndepartements Chinas vorgezeichneten Personen umfasse und ob der Minister die vorläufige Ernennung des Deutschen Rump zum Chef der neuen chinesischen Rechnungskammer gebilligt habe. Ginnell machte darauf gegen Rump gewisse Einwendungen. Grey erwiderte: Es versteht sich von selbst, daß die Ernennungen für die chinesischen Departements bei der Reorganisation der Anleihs nur nach Rücksprache mit den Vertretern der interessierten Mächte geschehen können. Keine Antwort auf die letzte Frage ist negatib. Wir ist nichts darüber bekannt, daß Rump für den Posten nicht befähigt ist. Soweit die britische Regierung unterrichtet ist, sind die Ernennungen bis jetzt noch nicht vollzogen.

### Aus der Partei.

Die in Stockholm lebenden deutschen Parteigenossen treffen sich in dem dortigen sozialdemokratischen Verein „Vorwärts“. Auskunft erteilt Genosse A. A. Jansson, Drottningatan 67, Aufgang B, 2 Tr., sowie der Vorsitzende Genosse Otto Stig, Stockholm, Nybrogatan 8.

#### Parteiliteratur.

Teuerung, Warenpreise und Geldproduktion von J. Karski. Heft 7 der „Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung“. Herausgegeben von Max Grünwald. Verlag von J. Baden u. Co., Dresden. Preis 50 Pf.



# Gewerkschaftliches.

## Die „gelben“ Vereine sind keine Wohlfahrts-Einrichtungen.

So entschied am Donnerstagabend das Gewerbe-gericht in Berlin-Ober-Schöneweide durch rechtskräftiges Urteil.

Wie bei der Firma Siemens u. Halske u. a. so ist auch im Betriebe der Akkumulatorenfabrik-Altien-gesellschaft, Werk Berlin-Ober-Schöneweide, ein gelber Unterstützungsverein nach dem rühmlichst bekannten Muster des ehemaligen gelben Hauptlings Rudolf Sebius gegründet worden. Der bei genannter Firma in Arbeit tritt, muß dem „Unterstützungsverein“ beitreten. Als Eintrittsgeld werden 25 Pfennig erhoben, außerdem jedem Arbeiter wöchentlich 25 Pfennig als Beitrag vom Lohn einbehalten. Auf Rückzahlung dieser Beiträge erhob der Geschäftsführer E. (vertreten durch den Angestellten des Metallarbeiterverbandes Behrenbeck) Klage vor dem Gewerbegericht in Berlin-Ober-Schöneweide.

Kläger war vom 2. Oktober 1911 bis 6. Januar 1913 im Betriebe der Beklagten beschäftigt. Wie er angab, ist er gegen seinen Willen veranlaßt worden, dem „Unterstützungsverein“ beizutreten. Gegen seinen Willen seien ihm ferner allwöchentlich 25 Pf. als Beitrag für diesen Verein vom Lohn einbehalten worden. Er beantrage die Herauszahlung der Beiträge, denn die Abzüge seien ungerechtfertigterweise gemacht worden, auch verstößen die gemachten Abzüge gegen die guten Sitten. Die Einstellung in den Betrieb der Beklagten sei von dem Beitritt zu dem gelben Verein abhängig gemacht, der Beitritt also erzwungen worden.

Die gemachten Abzüge vom verdienten Lohn seien ein Verstoß gegen den § 115 der Gewerbeordnung. Nach genanntem Paragraphen sei der Gewerbetreibende verpflichtet, die Löhne seiner Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und bar auszusahlen. Alle anderen Vereinbarungen und Verträge, welche dieser Bestimmung zuwider liefen, seien nach § 117 der Gewerbeordnung als nichtig zu betrachten. Aus diesem Grunde beantrage er, die beklagte Firma zu verurteilen, die während der 66 Wochen seiner Beschäftigung einbehaltenen Beiträge im Gesamtbetrage von 16,50 M. zurückzuerstatten.

Der Vertreter der Beklagten beantragte Abweisung der Klage. Die Firma sei zu den Abzügen berechtigt gewesen, denn es handele sich um eine Wohlfahrts-Einrichtung im Sinne des § 117 der G.-O. Auch sei ja der Kläger mit dem Abzug der Beiträge einverstanden gewesen.

Das Gericht verurteilte die Beklagte, an den Kläger die geforderten 16,50 M. zu zahlen. In der Begründung des Urteils wurde hervorgehoben, daß das Gericht der Überzeugung sei, die gemachten Abzüge wären ohne jede Rücksicht auf die Höhe des Lohnes — zu unrecht erfolgt. Der Unterstützungsverein, für den die Beiträge vom Lohn einbehalten wurden, sei keine Wohlfahrts-Einrichtung, wie sie der § 117,2 der G.-O. bezeichne. Der Unterstützungsverein wäre in erster Linie als Gegenorganisation gegen die freien Gewerkschaften gegründet worden. Nur das äußere Gesicht sei das einer Wohlfahrts-Einrichtung. Wichtiger seien die Abzüge zu unrecht erfolgt und hätte die Beklagte zur Herauszahlung der Beiträge verurteilt werden müssen. Eine ausführliche Begründung des Urteils wurde der schriftlichen Ausfertigung vorbehalten.

### Berlin und Umgegend.

#### Terrorismus im Dachdeckergerwerbe.

Die Berliner Arbeiter im Dachdeckergerwerbe werfen ohne langes Bedenken alle Dachdecker aus Strassenpflaster, welche sich weigern, Mitglied der gelben Organisation oder wie die Arbeitgeber und auch die Angehörigen dieser Organisation sich nennen, der „Freien Vereinigung der Dachdecker-Gesellen Groß-Berlins“, zu werden. Würden die Arbeiter nur annähernd mit solchen Mitteln arbeiten oder gearbeitet haben, um Mitglieder für ihre Organisation zu gewinnen, wie würden die Unternehmer nach Polizei- und Staatsanwalt, nach Anordnungs- und Justizparagrafen schreien! Die Arbeitsverhältnisse sind im Dachdeckergerwerbe leider derart, daß die Arbeiter nicht imstande sind, genügend Widerstand zu leisten. Am 20. Januar hielten die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für das Dachdeckergerwerbe von Berlin eine Versammlung ab. In dieser Versammlung referierte der Schriftführer des Arbeitgeberverbandes, Herr Gregor jr., in einem instruktiven Vortrage über den Verlauf des Berliner Streiks. Nach diesem Vortrage wurde dann folgender Beschluß gefaßt: „Andere Gesellen als die der Freien Vereinigung dürfen auf keinen Fall eingestellt werden. Vom 1. März 1913 ab dürfen zentralorganisierte oder keiner Organisation angehörende Gesellen auf keinen Fall beschäftigt werden.“

Weiter kam noch zur Sprache, daß Mitglieder des Arbeitgeberverbandes zentralorganisierte Gesellen beschäftigen, und zwar circa 400. Die Mitglieder wurden aufgefordert, derartige Gesellen sofort zu entlassen; sie unterstützten damit die Kasse der ausgesperrten Gesellen und schädeten sich damit selbst. Wer Gesellen brauche, möge sich an den Leiter des Meisterarbeitsnachweises wenden.

Wenn die Unternehmer ohnehin würden, auf welchem Gullan sie tanzen, sie würden ihre Handlungsweise anders einrichten. „Jedes ehrbare Handwerk braucht auch ehrbare Handwerker.“ Diesen Ausspruch haben die Dachdeckermeister zu wiederholten Malen getan. Im Dachdeckergerwerbe sind jetzt die Unternehmer aber dabei, die Gesellen zu beschneiden zu erzwingen. Doch wird auch bei diesen wieder die Stunde kommen, wo sie ihr Haupt frei erheben können; dann werden die Unternehmer erfahren, daß sie sich verpekuliert hatten, und daß sie auch nicht auf das Grob der „Gelben“ rechnen können! Wohl können sie das Wort verdröhen, niemals aber den Geist töten!

### Deutsches Reich.

#### Dem Kampf um die Nachtrabe in der Binnenschifffahrt.

Der Unternehmerverband für die Binnenschifffahrt versucht in der Presse, die Verantwortung für den folgenschweren Kampf in den Stromgebieten der Elbe, Saale, Havel, den märkischen Wasserstraßen und der Oder auf die Vertreter der Arbeiter abzuwälzen. Er sagt jetzt, er habe niemals das Zugeständnis gemacht, eine Regelung der Arbeitszeit im Jahre 1914 vorzunehmen. Aus dem Verlaufe der Verhandlungen ist dagegen einwandfrei nachzuweisen, daß die Vertreter der freien Arbeiterverbände die Unternehmer nicht im Unklaren darüber gelassen haben, und daß die Unternehmer denn auch klar und bestimmt erklärt: es soll 1914 eine Regelung der Arbeitszeit vorgenommen werden, ja, sie versprochen sogar eine Regelung in diesem Jahre.

Eine Delegiertenversammlung der Schiffer erkannte das Anerbieten der Unternehmer in der Lohnfrage für das Elbegebiet an, erklärte aber die Zugabe für die Oder und die märkischen Wasserstraßen für nicht genügend, zumal eine dreijährige Vertragsdauer in Vorschlag gebracht wurde. Sie stimmte weiter dem Vorschlage des Unternehmerverbandes bezüglich Einführung der Nacht- und Sonntagstrabe zu, soweit sich der Vorschlag auf die Zusammen-

setzung der Kommission und Durchführung der statistischen Erhebungen bezog. Da aber die baldmöglichste Einführung der Nacht- und Sonntagstrabe dringend erforderlich ist, konnte ohne genügende Garantie dafür, daß den Wünschen der Mannschaften in genügender Weise Rechnung getragen wird, einer dreijährigen Verlängerung der Vereinbarungen nicht ohne weiteres zugestimmt werden.

Aus der nun folgenden Korrespondenz zwischen dem Unternehmerverband und den Arbeiterverbänden geht denn auch nicht hervor, daß der Unternehmerverband der Ansicht war, die Mannschaften würden auf die Regelung der Arbeitszeit verzichten. Die Unternehmer haben am 20. Dezember die Arbeitszeitregelung für das Jahr 1914 zugesagt, und am 28. Januar haben sie diese Zugabe zurückgezogen. Diese Launhaftigkeit läßt sich nicht aus der Welt schaffen, und die Unternehmer haben demnach die Verantwortung, wenn es jetzt zum Kampfe kommt.

Die Unternehmer begründen ihre Haltung jetzt mit dem Hinweis, daß sie einseitig belastet und deshalb der Konkurrenz durch die nicht im Unternehmerverband organisierten Reeder nicht standhalten könnten. Dies trifft nicht zu; die Organisationen haben in den übrigen Betrieben ebenfalls Mitglieder, sie würden auch dort für die Regelung der Arbeitsverhältnisse eintreten. So hat der Transportarbeiterverband bei den Mitgliedern des Unternehmerverbandes fast 5000 Mann organisiert, und bei den Unternehmern, die nicht dem Unternehmerverband angehören, über 5000 Mitglieder.

Der Unternehmerverband sucht die Sache jetzt so darzustellen, als wenn die Mannschaften eine Strafbüße veranlassen wollten. Aus dem Verhandlungsgang geht unabweisend hervor, daß die Vertreter der Arbeiter alles versucht haben, um eine Einigung zu erzielen.

Der Kampf hat schon auf der ganzen Linie eingesetzt; die Mannschaften, die zu ¼ zu Hause sind, verweigern die Aufnahme der Schiffsfahrt, die anderen Mannschaften werden die Fahrzeuge am 15. Februar verlassen.

Eine ganze Zahl von Unternehmern hat sich bereits an die Organisation gewandt, um Verträge abzuschließen; sie wollen die Forderung der Nachtrabe erfüllen.

#### Die Christen als Wahlfälscher.

In Königsberg i. Pr. fand dieser Tage die Wahl des Bezirksausschusses für die Zwangsinnung des Maler- und Lackierergewerbes statt. Bisher hatten die Christen den Ausschuss besetzt. Diesmal bestellte sich auch der Zentralverband der Maler und Lackierer an der Wahl. Diese hatte eine recht rege Beteiligung aufzuweisen, und das Wahlkomitee konstatierte, daß 182 Stimmen abgegeben worden wären. Man war über die große Anzahl von Stimmen verdutzt, da soviel Wähler gar nicht anwesend waren. Als darüber Zweifel geäußert wurden, wurde eine Auszählung der Wähler vorgenommen, die ergab, daß nur 183 stimmberechtigte Personen anwesend waren. Es waren also zu viel Stimmen abgegeben worden. Jetzt konstatierte der Vorsitzende des Zentralverbandes, daß an den Listen der Christen doppelt Stimmen abgegeben worden wären! Die Christen mußten das auch eingestehen! Sie hatten ihre schwache Position durch ein wenig Wahlschwindel aufbessern wollen. Unter Kontrolle des Zentralverbandes wurde eine nochmalige Abstimmung vorgenommen, und die ergab, daß für den freien Verband 105, für die Christen 29 Stimmen abgegeben waren. Die Christen waren also unterlegen; bei dieser Niederlage haben sie sich eine arge Blamage zugezogen.

Für die Arbeiter der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven ist vor einiger Zeit ein neuer Lohnvertrag in Kraft getreten, der für die Handwerker keine Aufbesserung bringt, dagegen den Maschinenbauern, Materialausgeber, Schiffskammer, Kanalarbeiter usw. eine Erhöhung des Stundenlohnes um 1—2 Pf. bringt. Etwas besser sind einige Kategorien der Monatslöhner wie Bureauführer, Telephonisten, Hausmeister, Feuerwehrröhren, Werftmacher usw. bekommen, die 2,50—7,50 M. monatliche Zulage erhielten. Leider ist auch jetzt wieder der Wunsch des Arbeiterausschusses um Einführung der durchgehenden Arbeitszeit abgelehnt worden.

#### Eine Arbeiterdemonstration auf der Bremer Werft.

Die bürgerliche Presse berichtet, veranstalteten die gesamten Arbeiter der Aktiengesellschaft Weser in Bremen am Donnerstag eine gewaltige Demonstration. Aus Anlaß der Beisehung eines vor wenigen Tagen auf der Werft tödlich verunglückten Kameraden blieb die gesamte Arbeiterschaft, ungefähr 4000 Mann, ohne vorherige Benachrichtigung der Arbeit fern und folgte dem Verstorbenen zum Grabe. Der Betrieb auf der Werft, die gerade jetzt außerordentlich stark beschäftigt ist, ruhte deshalb vollständig.

Eine Lohnbewegung der Strick- und Wirkhandschuhbranche ist in den Chemnitzer Landbezirken im Gange. Es handelt sich darum, eine einheitliche Lohnzahlung zu erreichen. In dieser Beziehung herrscht bisher die größte Willkür. Den Fabrikanten ist schon im Herbst mitgeteilt worden, daß sie bei ihren neuen Kalkulationen erhöhte Löhne in Rechnung stellen sollen, um dem Vorwand zu neuer Ablehnung der Arbeiterforderung zu begegnen. Angesichts der allgemeinen Forderung ist eine Lohnaufbesserung dringender nötig. Die Unternehmer versuchen jedoch, die Verhandlungen auf die lange Bank zu schieben. Der Textilarbeiterverband strebt zunächst eine Verständigung auf friedlichem Wege an.

## Aus der Frauenbewegung.

### Ueber „Schule und Kind“

Sprach Genossin Anna Wlos am 8. Februar im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Die Referentin zeigte, wie die Schule stets im Zusammenhang mit der Kirche gehandelt habe. Sehr lange galt jeder Fortschritt freier Erziehungsliebe als revolutionäre Tat. Sogar die protestantischen Kindergärten wurden noch im 19. Jahrhundert als sozialistisch bezeichnet. Auch heute noch heißt die Volksschule unter dem Geisteszwang der Kirche. Die Lehrerausbildung in den Seminaren hemmt jede freie Bewegung der jungen Leute, trennt sie von der sozialen Umwelt. In letzter Zeit hat sich freilich, nicht zuletzt durch den Einfluß der Arbeiterbewegung, manche Besserung in den Schulverhältnissen durchgesetzt. Ist doch in Stuttgart eine Sozialdemokratin (die Referentin) in den Ortschulrat hineingewählt worden. Aus den Erfahrungen, die sie als Mitglied des Stuttgarter Ortschulrats wie auch in ihrer früheren Tätigkeit als Lehrerin gesammelt hat, führte die Referentin zahlreiche Beispiele für den unfreien, kirchlich und geistlich tendenziös gefärbten Unterricht an, der in der Volksschule den Kindern heute geboten wird. Sollte die Volksschule auch nur annähernd der Aufgabe genügen, alle Kräfte und Fähigkeiten des Kindes zu entwickeln, so müßten zunächst die schweren Mängel abgestellt werden, unter denen sie noch heute leidet. Bekannt sind ja die Klagen über die Schädigungen der Schüler durch die Ueberfüllung der Klassen, die Ueberlastung von Lehrern, die oft über 120 Schüler zugleich unterrichten müssen, das Lehrermangel auf dem Lande, den schlechten Zustand vieler Schulgebäude, die weiten Schulwege usw. Wenn in Preußen für einen Volksschüler durchschnittlich 53 M., dagegen für einen Schüler der höheren Schulen 279 M. und für einen Studenten gar bis über 1200 M. vom Staate zugesprochen werden, so kann wohl die Arbeiterschaft die Abstellung dieser Schäden fordern. Um zu begreifen, welche Resultate unsere Volksschule erzielen kann, muß man die Lebensumstände der Schüler aus dem Proletariat in Betracht ziehen. In Stuttgart waren 81 Proz. aller Volksschüler unterernährt und über 40 Proz. davon hungerten direkt. In Halle haben viele Kinder keine genügende Aufsicht; oft genug müssen sie neben ihrer Schularbeit bis zum späten Abend im

Hausstall helfen, kleinere Geschäfte besichtigen, Kranke pflegen und alle diese übermäßige Arbeit unter schweren körperlichen Entbehrungen leisten. Welche Kräfte des Lebens findet man unter diesen Proletariatskindern. Auch hier zeigen sich Wege der Besserung: die Anfänge einer Schulpflicht, die Anstellung von Schulärztinnen und -Schweflern.

Wie müßte die Schule beschaffen sein, die unserer Auffassung einer allseitigen Ausbildung der Kräfte des Kindes entspricht? Zunächst haben wir die Einheitschule zu erstreben, die gemeinsame Ausbildung der Kinder aller Gesellschaftsklassen. Der Beginn des Unterrichts müßte in ein etwas höheres Lebensalter verlegt, dagegen durch obligatorische Kindergärten Vorarbeit für die Schule geleistet werden. In den gemeinsamen Unterbau wäre dann ein Oberbau anzugliedern, der in zwei getrennten Zweigen die Schüler entweder für einen praktischen Erwerb oder für akademische Studien vorbereitet. Auch hier dürfte nicht der Geldbeutel der Eltern, sondern die Begabung des Schülers den Ausschlag dafür geben. Die Vorbedingung wäre volle Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel, auch die Uebernahme der Verpflegungskosten durch die Schule selbst. An die Stelle der Vernachlässigung der Arbeitsschule treten, die auch die manuellen Kräfte des Kindes entwickeln. Im Gartenbau und in Wanderungen sollte Naturerkenntnis gepflegt, durch Turnen, Tanzen und Singen die Jugend in Freudigkeit erhalten werden. Erst in einer solchen Schule könnte davon die Rede sein, die Kinder zu allseitig entwickelten freien Menschen heranzubilden; erst dann wäre erfüllt, was Rosen forderte: „Die Jugend klopf heute an die Tür und heischt: gebieterisch die Erfüllung ihrer idealen Forderungen, zu einem tüchtigen Menschengeschlecht erzogen zu werden.“ An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Diskussion, in der auf die Pflicht der Mütter hingewiesen wurde, den Unterricht ihrer Kinder mit zu übernehmen und den in der Schule gepflegten antisozialen und hurrapatriotischen Tendenzen entgegenzutreten.

Frauenseminar für soziale Berufsarbeit. Am 30. Januar hat sich in Frankfurt a. M. ein Verein „Frauenseminar für soziale Berufsarbeit“ konstituiert. Das Seminar stellt sich die Aufgabe, weibliche Arbeitskräfte für den Dienst des Staates, der Gemeinden, der Kirche und der privaten Vereine heranzubilden und zwar durch Unterweisung in der praktischen Arbeit sowie durch theoretischen Unterricht. Die Ausbildung dauert bei durchschnittlich 80 Wochenstunden 2—3 Jahre. Das Schulgeld beträgt 800 M. jährlich. Aufgenommen werden Mädchen und Frauen über 18 Jahre, die ein Vorgehen oder eine neunstufige Mittelschule erfolgreich besucht, oder eine gleichwertige Ausbildung nachweisen können. Die Ausbildung umfaßt alle Gebiete sozialer Fürsorgearbeit, soweit sie für Frauen in Betracht kommt, den theoretischen Unterricht in Hygiene, Erziehungslehre, den einschlägigen Gebieten der Staats- und Verwaltungswissenschaften, im Armenwesen und Unterricht in Handfertigkeit und Vortragskunst.

Ein Bedürfnis nach gut ausgebildeten weiblichen Arbeitskräften für soziale Berufsarbeit ist wohl vorhanden. Wir können nur wünschen, daß der Verein und das Seminar stets ihr Ziel, die Hebung des Berufsniveaus für sozialpolitische Erscheinungen, im Auge behalten und das durch Vermeidung antisozialdemokratischer Tendenzen beweisen. Die Wahl der Lehrkräfte und die nähere Ausarbeitung des Lehrplans werden davon Kunde geben. Nichts wäre schädlicher, als wenn man den Schülerinnen, die später mit dem Proletariat zusammenarbeiten sollen, von vornherein den Blick durch eine parteipolitische Brille trüben würde.

## Letzte Nachrichten.

### Der Wahlrechtskampf in Ungarn.

Budapest, 7. Februar. (Eig. Ber.) Der Wahlrechtsauschuss hat programmäßig seine Beratungen begonnen. Das Interesse des ganzen Landes richtet sich jetzt auf diese Beratungen. Der Wahlrechtsauschuss wird täglich vormittags Sitzungen abhalten. Die Arbeit dürfte sehr langwierig werden, jedoch ist ein Uebereinkommen in diesem Ausschuss gesichert und es wird dort zu keinem Konflikt kommen. Damit ist freilich das Schicksal des Wahlrechtsentwurfes noch nicht entschieden. Das letzte Wort hat das Volk. Der Ministerpräsident Lafay hat gleich in der ersten Sitzung des Ausschusses erklärt, daß der Gesetzentwurf in seinen Hauptformen unverändert bleiben muß.

Graf Tisza veröffentlichte dieser Tage einen Artikel, worin er wohl zugibt, daß im Interesse der industriellen Arbeiterschaft Erweiterungen des Wahlrechts notwendig erschienen, im Interesse des nationalen Staates müsse jedoch die Wählerzahl beschränkt bleiben. Es herrscht die Meinung, daß der Wahlrechtsauschuss die Altersgrenze der Wähler auf 30 Jahre belassen, daß aber die Bestimmung, wonach industrielle Arbeiter nur dann Wähler sind, wenn sie zwei Jahre bei demselben Unternehmer arbeiten, fallen werde. Es wird angenommen, die Regierung mache diese Konzession, weil die industrielle Arbeiterschaft den Generalstreik vorbereitet und die Regierung diesen fürchtet.

Die sozialdemokratische Partei hat am Dienstag ein Flugblatt an die Soldaten herausgegeben. Dasselbe wurde konfisziert, jedoch hatten die Soldaten in den Kasernen bereits ihren Teil in Empfang genommen. Am Freitag gibt die sozialdemokratische Partei ein Flugblatt an die Werksarbeiter heraus, das in ungarischer, deutscher, slawischer und rumänischer Sprache abgefaßt ist.

### Schwierigkeiten in der albanischen Frage.

London, 7. Februar. Wie das Reutersche Bureau hört, haben die Botschafter bei ihrer gestrigen Sitzung die albanische Frage besprochen. Viele Erwägungen über den großen Umfang des Gegenstandes führten dazu, daß die Diskussion nur ganz allgemein gehalten wurde. In manchen Kreisen hat man das Gefühl, daß nach verschiedenen Richtungen hin die Lage in angemessener Weise nur an Ort und Stelle behandelt werden kann und daß es hierfür vielleicht notwendig sein wird, eine internationale Kommission einzusetzen.

### Die Suche unter den türkischen Kriegsgefangenen.

Belgrad, 7. Februar. (W. T. B.) Wie die „Politika“ meldet, ist außer in Regatin auch in Zajecar und Rajazebac unter den türkischen Kriegsgefangenen Plekthypus aufgetreten. In diesen drei Städten sind bisher insgesamt vierhundert türkische Soldaten erkrankt.

### Ein französisches Motorboot gesunken.

Dover, 7. Februar. (W. T. B.) Das französische Motorboot „L'Avant“ ist heute früh im Kanal gesunken. Der Kapitän wurde gerettet. Die aus vier Mann bestehende Besatzung ist ertrunken.

### Opfer des Tropenfollers.

Lissabon, 7. Februar. (W. T. B.) Wie aus Lourenco Marques gemeldet wird, ist der Wasseringenieur Tiffot plötzlich vom Tropenfoller befallen worden. In diesem Zustande hat er seine aus Deutschland gebürtige Frau sowie seine Tochter erschossen und sich dann selbst das Leben genommen.

### Bevorstehender Eisenbahnerstreik in Nordamerika.

New York, 7. Februar. (W. T. B.) Dreihunderttausend Angestellte der Ostbahnen haben fast einstimmig für den Ausstand gestimmt.



Reichstag.

106. Sitzung. Freitag, den 7. Februar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Fünftehnter Tag.

Die Beratung wird beim außerordentlichen Etat „Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen: 4 Millionen Mark“ fortgesetzt.

Abg. Dr. Jäger (Z., auf der Tribüne unverständlich) scheint für eine einheitliche Regelung der Wohnungsfrage im Reich sich auszusprechen, die durch die preussische Vorlage keineswegs überflüssig geworden sei.

Abg. Götting (natl.): Wir hoffen, daß die Arbeiten des Reichstages auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge nicht vergeblich sein werden, und daß die einzelstaatlichen Gesetzentwürfe später in einem Reichswohnungsgesetz zusammengefaßt werden, in welchem die vom Reichstag mehrfach ausgesprochenen Wünsche zur Geltung kommen. Diese Entwicklung müssen wir abwarten. Wichtiger erscheinen uns für den Moment Maßnahmen zur Debung des Kredits für die Hausbesitzer, was durch Schaffung eines Reichspfandbriefamts geschehen könnte. Das Reich könnte auch entsprechende Einrichtungen von Einzelstaaten oder von Städten unterstützen.

Abg. Graf Westarp (L.): Die Wohnungsgesetzgebung, soweit sie sich auf die Wohnungsaufsicht bezieht, ist meines Erachtens Sache der Einzelstaaten. (Sehr richtig! rechts.) Die Wohnungsaufsicht ist Sache der Polizei, und auch nach dem jetzt in Preußen geltenden Recht kann die Polizei weitgehende Verordnungen in dieser Richtung erlassen. Auch der Staatssekretär steht nach seinen Erklärungen in der Budgetkommission auf demselben Standpunkt und meinte, für das Reich komme nur ein inhaltlich wenig bedeutungsvolles Rahmengesetz in Frage. Er teilte mit, daß in Preußen Verhandlungen über ein Wohnungsgesetz schweben, und fügte hinzu, falls Preußen in diesem Jahre nicht eine Vorlage einbringe, werde die Reichsgesetzgebung eingreifen. Mit dieser Erklärung können meine politischen Freunde sich nicht einverstanden erklären. Formell hat das Reich die Befugnis zur Erweiterung seiner Zuständigkeit. Die Zuständigkeit darf aber keineswegs mit der Begründung erweitert werden, daß der Inhalt der Landesgesetzgebung auf einem ihr vorbehaltenen Gebiet den Reichsorganen nicht genügend erscheint. Deshalb müssen wir uns auch gegen die gestrige Äußerung des Grafen Posadowsky wenden, wenn das preussische Gesetz den Bedürfnissen des Volkes nicht genüge, müsse das Reich eingreifen. Das Reich hat keine Kontrolle über den Inhalt der Gesetze der Einzelstaaten. (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch und Hört! hört! links.) Die Erklärung des Staatssekretärs gewinnt noch erhöhte Bedeutung durch den Zeitpunkt, in dem sie abgegeben wurde. In Preußen waren die Verhandlungen fast bis zum Abschluß gediehen, und Preußen hatte seine Genehmigung zur Einbringung eines Gesetzes zu erkennen gegeben. Trotzdem kündigte der Staatssekretär das eventuelle Eingreifen der Reichsregierung an. Es vergeht kaum eine Woche, ohne daß meine Freunde hier dagegen protestieren müssen, daß der Reichstag in einzelstaatliche Angelegenheiten einzugreifen sucht. Mit dem Reichsberggesetz, mit dem Mißtrauensvotum in der Enteiungspolitik, mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Aenderung des Wahlrechts in den Einzelstaaten suchen die Sozialdemokraten an der Verfassung der Einzelstaaten zu rütteln. Sie haben ja auch ganz offen den Zweck, die Bundesstaaten abzuschaffen und ein einheitliches Reich mit parlamentarischer Regierung zu bilden. Das kann ihnen nicht auf einmal gelingen, und deshalb versuchen sie andauernd an den Grundlagen der Verfassung zu rütteln. (Links: Hul! hul!) Um so bedauerlicher ist es, daß der Staatssekretär durch seine Erklärung diesen Bestrebungen Vorschub leistet.

Der Redner spricht sich dann für eine Erweiterung des Erbbaurechtes aus; der Vorschlag, das Reich solle Bürgschaft für zweite Hypotheken übernehmen, erscheint ihm dagegen sehr bedenklich.

Staatssekretär Dr. Delbrück Die von mir in der Kommission abgegebenen Erklärungen haben zu Mißverständnissen und Mißdeutungen Anlaß gegeben, und außerhalb dieses Hauses sind Angriffe von solcher Schwere gegen mich gerichtet worden, wie ich sie nicht für möglich gehalten hätte. Angriffe, die die Grenzen einer sachlichen Kritik weit überschritten haben. Ich muß deshalb etwas eingehender darauf zurückkommen. Bereits im vorigen Jahre habe ich bei der Beratung dieses Titels erklärt, die verlangte reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens würde in Materien eingreifen, die den Bundesstaaten überlassen sind und ihnen verständigere Weise überlassen bleiben müssen. Ich fügte hinzu, die Hoffnung, daß die Bundesstaaten auf diesem Gebiete vorgehen werden, habe sich bisher nicht erfüllt, und ich müsse zugeben, daß große Mißstände bestehen. Ich schloß dann mit den Worten: Wenn die Bundesstaaten weiterhin versagen, werden wir wohl an die Regelung dieser Frage herangehen müssen. (Hört! hört! links.) Ich habe also damals meinen Standpunkt mit etwas anderen Worten genau so präzisiert wie in diesem Jahre in der Budgetkommission. Kein Mensch innerhalb und außerhalb dieses Hauses hat an dieser Erklärung Anstoß genommen. Sie ist hingenommen worden als das Anerkenntnis für ein dringendes Bedürfnis auf dem Gebiete des Wohnungswesens und dafür, daß, was an mir liegt, geschehen soll, um diesem Bedürfnis abzuhelfen. Der Reichstag hat eine Kommission von 21 Mitgliedern eingesetzt und diese hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der eine reichsgesetzliche Regelung aller der Fragen verlangt wird, die nach der Erklärung des Grafen Westarp nicht in ein Reichsgesetz gehören, und die Resolution verlangt ferner, die Reichsleitung solle ihren Einfluß geltend machen, damit die Bundesstaaten eine Reihe von Fragen fördern, die ganz unbestritten nicht zur Kompetenz des Reiches gehören. Die Kommission, in der Mitglieder der Rechten fleißig mitgearbeitet haben, wollte also über den Staatssekretär des Innern hinweg ein Reichsgesetz, ohne das Resultat der Verhandlungen abzuwarten, die ich in Aussicht gestellt habe; und diese Resolution ist dann hier im Reichstage einstimmig angenommen worden. (Lebhafte Hört! hört! links.) Der Bundesrat, der keinerlei Stellung für oder wider die Sache genommen hat, hat sie dem Reichskanzler überwiesen. Ich habe, den mir vom Bundesrat gegebenen Weisungen entsprechend, bei den wichtigsten Bundesstaaten angefragt, und die Antwort bekommen, daß die Angelegenheit bereits zweifelsfrei geregelt sei.

Inzwischen hatte Preußen bereits die Initiative ergriffen und die Verhandlungen aufgenommen. Preußen erklärte, es halte aus diesem Grunde ein Eingreifen des Reiches nicht für notwendig. Die Absicht, den Gesetzentwurf noch vor Pfingsten zu veröffentlichen, konnte nicht ausgeführt werden. Der Gesetzentwurf, das kann ich versichern, wird aber im Herbst vorgelegt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Sache jetzt nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden kann. In der Budgetkommission habe ich das auch erklärt und meinen Standpunkt nochmals präzisiert. Dort wurde mir vorgeworfen, ich hätte die Sache auf Preußen abgehoben. Das ist jedoch nicht der Fall. Weites wurde mein guter Wille zur Förderung der Angelegenheit bewiesen. Darauf habe ich geantwortet, daß eine reichsgesetzliche Regelung in Angriff genommen würde, wenn Preußen nicht vorgehen sollte. In der Kommission wurde immer wieder die Frage angeknüpft, was geschehen würde, wenn ich mein Versprechen nicht erfüllen könnte. Darauf habe ich erklärt, die Sache ist sehr einfach; kann ich mein Versprechen nicht erfüllen, dann wird es eben ein anderer Staatssekretär einzulösen suchen. Das ist der einzige Weg, den ein Staatssekretär in einem konstitutionellen Staate gehen kann. Man hat in dieser Frage auf einen Konflikt zwischen dem Minister v. Dallwig und mir geschloffen. Der preussische Minister ist in dieser Frage allein überhaup nicht zuständig, und eine derartige Ansicht ist vollkommen verfehlt.

An anderer Stelle hat man mir vorgeworfen, ich hätte durch mein Verhalten in der Budgetkommission eine Verbeugung vor der Sozialdemokratie gemacht. (Lur: Schredlich!) Auch das ist irrig. Wenn ich eine Verbeugung gemacht habe, so ist es gegen den Reichstag gewesen, nicht aber gegen eine einzelne Partei. Man hat diese Sache in Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen gestellt. Herr Dertel hat mir aus meinem Verhalten den Vorwurf der mangelnden Entschlossenheit, der mangelnden Offensive, beinahe der

Freiheit, gemacht. Der Staatssekretär urteilt doch nach seiner eigenen Ueberzeugung, und nach dieser eigenen Ueberzeugung werde ich nach wie vor die Geschäfte führen, solange ich an dieser Stelle stehe, auch auf die Gefahr hin, daß man mir aus den Kreisen derer, denen ich politisch nahegestanden habe, den schwersten Vorwurf macht: Mangel an Mut.

Die Sozialpolitik ist eine Frage, die die Sozialdemokraten nicht erfinden haben, und die die Sozialdemokraten nicht lösen können; das Problem ist hervorgegangen aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gestaltung der Verhältnisse unseres Vaterlandes. (Sehr richtig! links.) Die Lösung dieses Problems gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit; sie ist eine sittliche Pflicht des Reiches und des Staates. (Bravo! links.) Die Lösung muß erfolgen ohne Rücksicht darauf, wie die Sozialdemokratie dazu steht. Wir können die Schäden in unserer wirtschaftlichen Entwicklung nur aus der Welt schaffen, indem wir ihnen ins Gesicht sehen und sie beseitigen, und nur damit entziehen wir der Sozialdemokratie den Boden. (Schulz [Rp.]: Awwa!) Herr Abg. Schulz, wenn die bürgerlichen Parteien ihre Pflicht getan hätten, würden die 110 Sozialdemokraten nicht hier sein.

Im übrigen kann ich nur sagen: die Regelung des Wohnungswesens ist im Reich, verschiedene Bundesstaaten haben die Frage bereits geregelt. Ich werde die Pause des Sommers dazu benutzen, um eine Reihe von Kommissionen zusammenzubringen, in denen die Fragen besprochen werden. Die Lösung dieser Frage darf aber nicht dadurch geschehen, daß sich das Reich mit finanziellen Verpflichtungen überlastet.

Abg. v. Trampczinski (Pol.) kritisiert den preussischen Wohnungsgesetzentwurf, der eitel Spiegelfechtereien sei und auch bleiben müsse, so lange er nicht mit grundlegenden Bestimmungen des Anfielungsgesetzes aufräume. Der Redner schildert eine Reihe von Schikanen, die auf Grund des Gesetzes gegen polnische Staatsbürger verübt werden; so wird Leuten ein Anbau verboten, in dem sie ihre erwachsenen Familienangehörigen unterbringen wollen, und als sie sie dann notgedrungen im Stalle unterbringen, werden sie aufgefodert, für andere Unterkunft zu sorgen. Was sagt Graf Posadowsky zu solcher „großartigen Wohnungspolitik“. Wir werden keine Gelegenheit vorüber lassen, die Kleinlichen preussischen Gesplogenhheiten niedriger zu hängen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. Krendt (Rp.): Wir wünschen, daß der Staatssekretär ein Staatssekretär für Sozialpolitik ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, die ersten Anregungen zur Sozialpolitik gingen vom Zentrum und Herrn v. Stumm aus. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In der Erklärung des Staatssekretärs habe ich die Kennzeichnung der Sozialdemokratie als Umsturzpartei vermieden (Hul! hul! links), die mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Ohne die heutige Erklärung des Staatssekretärs war eine mißverständliche Auffassung seiner Erklärung in der Budgetkommission natürlich, sie klang wie eine Drohung gegen Preußen, obwohl sachlich eine solche Drohung ganz unmöglich ist. Deshalb hatten meine Freunde im preussischen Landtag ganz recht, dort den preussischen Standpunkt zu wahren. Deshalb muß ich mich auch dagegen wenden, daß Graf Posadowsky gesagt hat, wenn der preussische Landtag das Wohnungsgesetz gar nicht oder nicht genügend mache, müsse ein Reichsgesetz kommen. (Sehr richtig! links.) Das geht doch gar nicht ohne Zustimmung des Bundesrats, der Bundesrat ist noch nicht ein proletarischer Konvent und wird es hoffentlich auch nie werden. Bei wichtigen Angelegenheiten kann doch Preußen im Bundesrat gar nicht überstimmt werden. (Abg. Ledebour (Soz.): Das haben wir ja immer gesagt!) Eine zufällige Reichstagsmehrheit darf nicht über den Bundesrat bestimmen.

Die Herren links haben aber die Kleinheit meiner Fraktion gewigt. Wir sind lieber die Besiegten als Sieger auf den Krücken der Sozialdemokraten. (Heiterkeit links.) Wir sind hier schwach, weil das nationale Empfinden im deutschen Volke bei den letzten Wahlen schwach war. (Große Heiterkeit links.) Mit seinem Wachstum werden auch wir wieder wachsen. — Auf dem Gebiet der Wohnungsfrage ist vor allem eine Entschuldung des Grundbesitzes notwendig. Deshalb stimmen wir gern für die Resolution der Kommission, die die Erwerbung von

Kleines feuilleton.

Die Kosten der Lebenserhaltung und der Lebensvernichtung. Der Durchschnittswert eines Menschenlebens ist kaum zu ermitteln, da er nach der körperlichen und geistigen Fähigkeit zu großen Schwankungen unterliegt. Es ist daher eine sehr oberflächliche Schätzung, wenn eine der größten Lebensversicherungs-gesellschaften kürzlich das Ergebnis einer neuen Statistik dahin zusammenfaßte, daß der jährliche wirtschaftliche Verlust an vermeidbaren Todesfällen mit 6 Milliarden Mark gering veranschlagt sei. Der bekannte Oberst Gorgas, dessen Verdienste um die gesundheitlichen Verhältnisse unter der Arbeiterschaft am Panamakanal anerkannt worden sind, hat damit die Grundlage zu einer weiteren ähnlichen Berechnung gegeben, die allerdings einer Verallgemeinerung nicht fähig ist. Danach wird die Kostenerparnis durch Lebenserhaltung an den Arbeitern auf der Landenge von Panama auf rund 10 M. pro Person und Jahr geschätzt. Der Präsident Jordan von der Stanford-Universität hat nun auch die Reife der Medaille in Betrachtung gezogen, indem er berechnet hat, wieviel die Vermichtung eines Menschenlebens kostet. Er kann damit selbstverständlich nur die Ausgaben meinen, die von den einzelnen Staaten für den Kriegszustand gemacht werden. Jordan kommt zu dem Resultat, daß es im modernen Krieg ungefähr 60 000 M. kostet, einen Menschen zu töten. Auch ein solches Mittel muß mit einer großen Unsicherheit behaftet sein, da sich im Verlauf eines Krieges nicht allein um die zuvor geschenehen Ausgaben handelt, auch nicht ausschließlich um solche, die unter allen Umständen notwendig sind, wie die der Ernährung und Verpflegung, sondern noch um besondere Ausgaben je nach der Lage des Kriegsschauplatzes. Beim Burenkrieg beliefen sich beispielsweise die Kosten für die Tötung eines Menschen auf nahezu 100 000 Mark. Es hat danach den Anschein, daß die Erhaltung von Menschenleben immer noch billiger ist als ihre Vernichtung, und darin liegt ein gewisser Trost. Die Anhänger des Weltfriedens werden daraus weitere Gründe herleiten, während andererseits die Leute, die den Krieg für ein unvermeidliches oder sogar unentbehrliches Uebel halten, behaupten werden, daß gerade die Höhe der Kosten für die Tötung eines Menschenlebens abschreckend, also eigentlich gleichfalls zur Erhaltung von Menschenleben wirkt.

Theater.

Deutsches Theater: „Der Kampf ums Rosenrot“ von Ernst Hardt. (Die Buchausgabe erschien im Inselverlage.) Aller literarischer Stoffwechsel vollzieht sich scheinbar im Kreise: — Abgelantes leitet wieder. Das lernt man an diesen Schauspielen und möchte sich wehmütig des Glaubens an eine gradlinige Entwicklung des allerjüngst deutschen Dramas entschlagen. Vor zwanzig Jahren und mehr wimmelte es von Romanen und Theaterstücken, in denen immer wieder bis zum Ueberdruß der Konflikt zwischen Kindesgehorsam und elterlichem Starrwillen, zwischen Liebe und Pflicht behandelt wurde. Und nicht minder oft begegnete man da dem ewigalten Künstlerproblem in dem Konflikt zwischen Genie und Talent, zwischen Kunsthandeln und wohlhabender Schwelgerei. Und das alles lehrte uns nun in Hardts Schauspiel wieder! „Stähe“, dies warmherzige, opferwillige Ding,

das heute diesem gehört, morgen an einen anderen abgegeben wird, „Robert Brüd“, der nihilistisch sich gebärdende „Sozialdemokrat“, „Vult“, das Schauspieler-„Genie“, von dessen Großvater man nur Worte als Latenbeispiele erhält, „Ella“, die leichte Herzens auf ihre Selbstbestimmungsrechte verzichtet, der Vater der letzteren beiden, dessen Affenliebe an Abzweigen grenzt, und alle die andern Gestalten — sind sie uns nicht längst bekannt, und wählten wir nicht, sie seien längst abgetan? Nein, Herd, der Schweizer, holt sie wieder hervor, ohne daß er uns was Neues von ihnen im Lichte gegenwärtiger Anschauungen zu sagen vermöchte. Und außerdem — sein Schauspiel ist technisch unzulänglich konstruiert: man erlitt schon im ersten Akt, wie es im vierten endigen wird. Die Motivierung ist stellenweise von einer geradezu dilettantischen Unbeholfenheit; die These bleibt an der Oberfläche haften; der „Handlung“ mangelt der dramatische Kern. Gleichwohl ließe sich ein anderer Eindruck, ja, ein gewisser poetischer Stimmungsdrauf herausholen, wenn statt eines dilettierenden Schöngelstes ein wirklich sachmännischer Regisseur am Werke gewesen wäre. Rudolf Blümler ist ein unmöglicher Vater, der das Schauspiel im ersten Akt beinahe ungeschmissen hätte. Lediglich Alexander Clert gab als Schmierensoldat eine gute schauspielerische Charge. Aus Adalbert Ilrici (Robert Brüd), Ilse Ghiberti (Stähe) und Ernst Dumke (Vult) könnten annehmbare Leistungen herausgebracht werden.

Musik.

Das Theater des Westens, von seinem Brand endlich hergestellt, wurde am Donnerstag neu eröffnet. Eine hübsche Verbindung von violetten und grauen Farben macht den Raum sympathisch, obwohl die neuen etwas harten Formen nicht ganz zu der sonstigen Rundlichkeit des Theaters passen. Die Direktion Monti, die den Brand überdauert hat, beabsichtigt allerdings nicht, auf die Zeiten zurückzugreifen, in denen Intendant Krausch mit dem letzten pumpbaren Fennig ernste Opernmusik hochhielt. Mit der Operette geht es leichter, und erst recht mit einer solchen, wie sie nun zur Wiedereröffnung aufgeführt wurde. Die beiden Husaren, von zwei Librettisten und einem uns noch unbekanntem Komponisten, Léon Jessel, verwenden das alte Motiv der Zwillingsschwester, die fortwährend miteinander verwechselt werden. Diesmal sind es ein Leutnant, der von der jungen Landesfürstin auf ihr Schloß genommen wird, und ein eben verheirateter Schneidermeister, der für seinen Bruder auf einen Schimmel gesetzt wird und so eine Schloß gewinnt. Die Verwirrungen, die daraus beim Fiedermeierroll und Kokotshof entstehen, führen natürlich zu dem glücklichen Ende, daß der Leutnant die resignierende Fürstin und der Schneider seine Effie umarmt — im letzten Augenblick noch einem schnellen Austausch an der Kulisse durch einen Statisten dargestellt, analog dem Schluß der Zwillingsschwester — Operette „Grosfilé — Grosfilé“. Denn das Brüderpaar wird hier ebenfalls von einem dargestellt. Gustav Mahner führte die schwierige Doppelpartie so geschickt durch, wie überhaupt wieder die Darsteller das meiste Verdienst um den Erfolg hatten — voran die uns noch neue Käthe Dorisch als Fürstin, während unter den uns schon Bekannten Hermann Feiner od seiner durch Einfachheit wirkungsvollen Komik hervorgehoben werden darf.

Die Musik soll als letztes erwähnt sein. Ueber das Jirkusmäßige erhebt sie sich gegen das Ende des 2. Aktes durch einige Gesichtlichkeiten (einschließlich effektvoller Vertreibung der Hase) zu dem Anschein von „Kasse“. Die Verwendung eines alten Tanzduett-Types („Komm, mein Liebchen, tanz mit mir“ u. dgl.), diesmal mit dem Text „Komm und gib mir deine Hand“ usw., führt zu einem als Rheinländer (Two-Step) bezeichnenden Schlager, über den das Publikum — und welches! — außer sich vor Entzücken war.

Das Deutsche Opernhaus kam uns am Donnerstag vollständig: mit einer Aufführung von Lorchings „Waffen-schmied“. Die frische Anspruchslosigkeit und der heitere Humor dieses liebenswürdigen Werkes erwiesen sich noch als unwürdlich lebendig. (Ob auch ein wenig und in diesem Falle berechtigter Sozial-patriotismus mit dabei im Spiele war? Aber wie vielen Berlinern ist es noch gegenwärtig, daß Lorching ein Berliner war — trotz seines Denkmals?) Man vergißt über dieser Musik gern einmal, wie herrlich weit wir es heute in vertiefender Psychologie und verwirrender Komplexität gebracht haben. Heute wird ja in der Musik kaum noch etwas geschaffen, das den Namen vollständig verdient. Da muß man sich denn schon an das gute Alte halten.

Die Aufführung war recht wacker. Das Orchester erwies sich unter Herrn Kraffelts Leitung als schmeisam und diskrct. Unter den Sängern tat sich Herr Lieb an (als Knappe Georg) darstellerisch und gefanglich hervor: Der prächtige Waffenschmied des Herrn Lordmann sang sich recht ins Herz des Hörers. Sehr frisch gab Fr. Käffer die Marie.

Humor und Satire.

O Straburg!

Macht mobil! so rief es kläglich  
Jahrelang im Wälderwald,  
Und noch mancher ruft es täglich,  
Solang' noch sein' Stimm' erschallt.

Ah, die Rufer zu dem Streite  
Fanden nirgendwo Gehör,  
Und das Schwert blieb in der Scheide,  
Und bei Fuß blieb das Gewehr.

Bis es endlich einer wagte,  
Die Felderlat zu tun,  
Endlich einer, der sich sagte:  
Ich mobilisiere nun.

Und er tat es frisch entschlossen,  
Und es ist ihm auch geglikt;  
Aber leider, Zeitgenossen,  
Dieser eine war verrückt.

Franz.

Notizen.

Eine internationale Karikaturenausstellung wird auf dem Gelände der Internationalen Bauausstellung der Leipziger Künstlerverein in diesem Jahre veranstaltet. Zur Ausstellung werden gelangen Malerei, Plastik, Zeichnungen, Graphik und auch Karikaturenbilder der Architektur.



nicht amortisierbaren zweiten Hypotheken erleichtern will. (Bravo! bei der Reichspartei.)

Abg. Dr. Mumm (Wirtsch. B.): Eine Brücke zwischen den politischen Zielen der Sozialdemokratie und der gegenwärtigen Rechtsordnung besteht nicht; auf diesem Gebiete muß der Kampf durchgeführt werden. Wir müssen uns mit der Regelung der Wohnungsfrage durch die Einzelstaaten abfinden, wenn wir auch die Regelung durch das Reich lieber gesehen hätten. Der Grund und Boden muß nutzbar gemacht werden, um gute Wohnungen zu schaffen; der Boden darf nicht systematisch veräußert werden.

Abg. Werner-Hersfeld (Wirtsch.): Das Gland der Wohnungsfrage ist namentlich in Berlin sehr groß. Es ist erforderlich, diese soziale Frage zu lösen, um die schweren Schäden, die sie in sich birgt, aus der Welt zu schaffen.

Abg. Graf Westarp (L.): Wir sind nicht der Ansicht des Staatssekretärs, daß das Reich mit der Regelung der Wohnungsfrage vorgehen müsse, wenn es die Bundesstaaten nicht täten. Das Reich darf die Einzelstaaten mit dieser Frage nicht schreden. Die Darstellung, daß die konservative Partei die Sozialpolitik nicht fördern wolle, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir nehmen für uns das Verdienst in Anspruch, daß wir diesem Verständnis auch durch die Tat Ausdruck gegeben haben. Daß der Sozialdemokratie entgegengetreten werden muß, davon sind wir auch heute überzeugt, und wir wünschen, daß die Regierung es nicht an Mut, Mark und Entschiedenheit fehlen lasse. Der Staatssekretär sagte, 110 Sozialdemokraten würden hier nicht sitzen, wenn die bürgerlichen Parteien ihre Pflicht getan hätten. Nun, wir auf der rechten Seite haben unsere Pflicht getan. Aber die Regierung hat in bezug auf die Aufklärung der Massen keineswegs überall vollständig ihre Pflicht getan. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Die Antisozialistenbedatte der Herren rechts überrascht uns nicht. Die konservative Partei hat ja bei den Landbewohnern noch immer einen gewissen Anhalt, die Reichspartei aber oder, wie sie sich auch nennt, die Freikonservative ist ja gar keine Partei, sondern nur eine Anzahl von Verlegenheitsmandaten. (Heiterkeit.) Die Hälfte der Herren sind in Westpreußen gewählt, nicht weil es dort freikonservative Volksstämme gibt, sondern weil die Halalisten sich über die Verteilung der Mandate nicht einigen konnten, sondern sagten, wir wollen einen Freikonservativen nehmen. (Heiterkeit.) Vizepräsident Dr. Baasche bittet die Generaldebatte nicht wieder zu eröffnen. Die Abgg. Mumm und Westarp haben gegen die Sozialdemokratie scharf gemacht, der Abg. Arendt hat, ohne vom Präsidium unterbrochen zu werden, gesagt, seine Partei komme hoch mit dem Steigen des nationalen Gedankens. Wir haben ein Interesse daran, das als Phantasterei zu kennzeichnen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die

Firma Westarp-Arendt-Mumm

hat den Kampf gegen die Sozialdemokratie empfohlen, um den schwindenden Einfluß ihrer Gruppen und Gruppen wieder zu fähren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daher ihr Appell an die Regierung und die liberalen Parteien.

Der Groll und Grimm des Grafen Westarp erklärt sich daraus, daß er neulich mit seiner fulminanten Scharfmacherrede so vollkommen abfiel, auch beim Staatssekretär. (Hört! hört! rechts.) Es läßt mich leid, wenn meine Worte dem Staatssekretär schaden würden; übrigens hat der Staatssekretär kein größeres Wohlwollen für die Sozialdemokratie als die Firma Westarp-Arendt-Mumm. Er verlangt nur andere Mittel der Bekämpfung, weil er die vom Grafen Westarp empfohlenen Mittel für ganz unzureichend und unbrauchbar hält, und die Geschichte gibt ihm darin recht. Das könnten doch auch Sie aus der Geschichte des Ausnahmengesetzes gelernt haben. (Sehr wahr! links.) Sie klagen über unser Wachstum und beschuldigen diese oder jene bürgerliche Partei, bei den Stichwahlen uns zu einigen Mandaten verholten zu haben. Darum beruht unser Wachstum gewiß nicht, sondern auf der wirtschaftlichen Entwidlung, Hand in Hand mit der Aufklärung der Massen über ihre soziale Lage, und der Erweckung des Klassenbewußtseins. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die besten Aufklärer sind die Herren Graf Westarp u. Co.; mit ihren Scharfmacherreden rütteln sie das Volk auf und erleichtern uns den Kampf ganz ungemein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Keuzerung des Staatssekretärs, wenn Preußen auf dem Gebiet des Wohnungswesens nicht vorgehe, werde das Reich es tun, haben die Herren als eine

„Drohung“ gegen Preußen

aufgefaßt. Der Staatssekretär war ja darüber unterrichtet, daß die Vorarbeiten in Preußen schon ziemlich weit gediehen waren, seine Keuzerung war also offenbar nur eine Verhütung für die, die immer auf ein Vorgehen des Reiches drängten. Wir sind allerdings der Meinung, daß das Reich diese Frage zu regeln hat. Dr. Arendt meinte, ein Bundesgesetz kann im Bundesrat niemals gegen den Willen Preußens gemacht werden, Preußen würde es sich nicht gefallen lassen, in einer wichtigen Frage übereinstimmig zu werden. Genau das selbe habe ich erst vor 14 Tagen geschrieben. Wirklich liegen die Verhältnisse so, daß Preußen das Deutsche Reich regiert, es ist eine Fiktion, daß Deutsche Reich ein Bundesstaat zu nennen, das Reich ist nur Preußen, das für einige Fragen Dependenz in den anderen Staaten hat. Nur in ganz gleichgültigen Fragen kann es vorkommen, daß die anderen Staaten gegen Preußen ihre Stimme erheben. Ein solches Verhältnis ist gar kein bundesstaatliches Verhältnis. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Deshalb lege ich Verwahrung dagegen ein, daß im preußischen Abgeordnetenhaus ein paar Abgeordnete der nämlichen Verlegenheitsgruppe es sich erlauben, Preußen gegen Reichstagsbeschlüsse aufzuputschen, sie haben verlangt, Preußen solle im Bundesrat ihre Anschauung zum Ausdruck bringen. Diese Zunkertheit, die nur durch ein künstliches Dreiklassenwahlrecht aufrecht erhalten wird, verlangt, die preußische Regierung solle nach ihrer Pfeife tanzen, und einer der Herren warte es, zu sagen, wir wollen nicht, daß der Bundesrat den Beschlüssen des Reichstages Rechnung trägt, wir wollen kein konstitutionelles Regiment. (Unruhe und Unterbrechungen rechts, Jurufe: Wer?) Das ist von Herrn v. Redlich oder von Herrn v. Kardorff gesagt worden. (Jurufe rechts: Rein, wir wollen keine parlamentarische Regierung.) Der Ausdruck ist ganz gleichgültig, es wurde für unzulässig erklärt, daß die Reichsregierung sich durch Beschlüsse des Reichstages leiten läßt, und derselbe Herr verlangte, die preußische Regierung solle sich von Beschlüssen des Abgeordnetenhauses leiten lassen. Das ist ein Wesen mit zweierlei Maß, ein Staatsrecht und

eine Moral mit doppeltem Boden.

Es ist geradezu Standeslos, daß die Wortführer dieser Verlegenheitspartei im preußischen Dreiklassenparlament sich derartiges erlauben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Große Unruhe und Unterbrechungen rechts.) Einer der Herren sagte, es wäre erwünscht, daß der Staatssekretär Dehnbach der junge Mann des preußischen Ministers des Innern wäre. Weiter kann man, ich will parlamentarisch bleiben, die Ungewissheit im Verlangen nach der Zerstörung unseres Staatswesens nicht treiben. Sollte ein Staatssekretär des Reiches sich soweit herabwürdigen und sich dazu hergeben, der junge Mann eines Herrn v. Dallwitz zu sein, so verdient er, mit Schimpf und Schande davon gejagt zu werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie (nach rechts) werden ja Ihre Veruche, die Regierung und die bürgerlichen Parteien gegen uns scharf zu machen, fortsetzen, weil da ja Ihre einzige Hoffnung ist, Einfluß zu erlangen. Aber die Regierung und die Parteien, die zu der Einsicht gekommen sind, daß mit Ausnahmengesetzen eine große Volksbewegung sich nicht unterdrücken läßt, mühen mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie jemals ihre Zustimmung dazu geben würden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wiesbert (Z.): Wie gehen im Verfolg der Sozialpolitik den Herren von rechts gewöhnlich zu weit, den Herren von links aber nicht weit genug. Wir beschreiten den Mittelweg, auf dem wir glauben, am besten vorwärts zu kommen. Wir dürfen unsere Ziele aber nicht durch Ausnahmengesetze verfolgen; denn Ausnahmengesetze fördern die Sozialdemokratie.

Abg. Schulz-Braunberg (W.): Ich muß den Ausdruck des Abgeordneten Ledebour zurückweisen, der den preußischen Minister des Innern einen jungen Mann nannte. Herr v. Kardorff hat sich im Landtag nur dagegen gewandt, daß sich andere Parlamente in die preußischen Angelegenheiten mischen.

Abg. Gothein (W.): Graf Westarps Ausführungen sind lediglich der Verlegenheit entsprungen; es läßt sich nicht mehr aus der Welt schaffen, daß die Konservativen in dieser Frage umgefallen sind. Die Wohnungsfrage muß durch Reichsgesetze geregelt werden, wenn selbst sie durch Landesgesetze in Angriff genommen werden sollte.

Die Debatte wird geschlossen.

Abg. Dr. Drettel (L., persönlich): Ich soll dem Staatssekretär Mangel an Mut und Entschlossenheit vorgeworfen haben. Ich habe das nicht für die Vergangenheit getan, auch nicht für die Gegenwart, sondern habe dieser Besichtigung nur für die Zukunft Ausdruck gegeben.

Die Resolutionen der Kommission auf Einstellung größerer Mittel zur Förderung des Kleinwohnungsbaus im nächstjährigen Etat und auf Schaffung von Wirtshäusern für die zweiten Hypotheken der Kleinwohnungsbauten durch das Reich werden angenommen.

Der Rest des Etats wird debattelos angenommen.

Die eingegangenen Petitionen werden nach den Anträgen der Kommission erledigt, mit Ausnahme einer, die um eine Änderung des Befoldungsgesetzes bittet, um durch Gewährung von Industrie- und Ortszulagen für Staats- und Reichsbeamte die Gehälter den Lebensverhältnissen anzupassen.

Abg. Hoch (Soz.) begründet hierzu einen Antrag, diese Petition dem Reichszentralrat zur Berücksichtigung zu überweisen, da das Verlangen der Petenten durch die Lebensverhältnisse gerechtfertigt erscheine.

Dieser Antrag wird angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr (Reichszentralrat).  
Schluß 5 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

127. Sitzung, Freitag, den 7. Februar 1913, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Die zweite Lesung des

Etats des Ministeriums des Innern

wird beim Kapitel „Strafanstalten“ fortgesetzt.

Abg. Schmitt-Düsseldorf (Z.) verlangt, daß in die Gefängnisstatistik eine Rubrik aufgenommen wird, aus der das Konfessionsbekenntnis der Inhaftierten in den einzelnen Gefängnissen hervorgeht. Die neuen Jugendgefängnisse haben sich gut bewährt. Man sollte aber dem religiösen Einfluß mehr Spielraum lassen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Von dem bekannten Strafanstaltsleiter Dr. Finkelnburg-Moabit ist mit Recht die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt worden, daß bei uns in Deutschland jede zwölfte Person mit dem Strafgesetz in Konflikt kommt. Aus dieser außerordentlich betrübenden Erscheinung geht hervor, daß wir in Deutschland an einer Strafsucht leiden, die wirklich nicht gering ist, das Verbrechen zu bekämpfen. Dr. Finkelnburg hebt hervor, daß die Hälfte aller Fälle einfach eliminiert werden könnte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter hebt er hervor, daß viele Gefangene fünf, sechs, ja siebenmal bestraft sind. Diese Zahlen lassen die Schlussfolgerung zu, daß unser Strafgesetz eine ungeheuer rasche Häufung der Vorstrafen enthält, daß aber in Wirklichkeit diese Vorstrafen immer nur eine Häufung von Bagatelldelikten darstellen. Von den Inhaftierten der Strafanstalten besteht nur ein ganz geringer Teil aus wirklichen Gewohnheitsverbrechern. Die weit überwiegende Mehrzahl sind Leute, die gelegentlich durch Verführung, durch die sozialen Zustände mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen sind. Daraus ergibt sich, daß man den Strafvollzug nicht unter dem Gesichtspunkt der Vergeltung, der Vergeltung oder der Willensnichtung stellen darf, sondern daß man

soziale Einsicht und Milde

walken lassen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Bundesratsbeschluss hat angeordnet, daß jede Beschwerde eines Gefangenen an die höhere Instanz weitergegeben werden soll. Fraglich ist nur, ob diese Verordnung auch in den kleineren Gefängnissen in der Provinz befolgt wird. Wünschenswert wäre eine Statistik über die Zahl der Beschwerden der Gefangenen und über die Punkte, auf die sich die Beschwerden beziehen.

Nach den amtlichen Berichten spielen unter den Krankheiten der Gefangenen die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten eine außerordentlich große Rolle. Die Untersuchungen der Gefangenen bei ihrer Einlieferung sind häufig zu schematisch, als daß das Vorhandensein solcher Krankheiten festgestellt werden könnte. Dies wäre aber unbedingt notwendig. Ich möchte auch um Auskunft bitten, ob bei Ueberführung von Gefangenen aus einem Gefängnis in ein anderes der Krankheitsbefund des früheren Gefängnisses dem späteren Gefängnis übergeben wird. Auch in bezug auf die Unterbringung der Gefangenen wäre das nötig, denn gerade der Zwang der Eingewöhnung in eine veränderte Lebensweise bringt oft tiefe Veränderungen, auch gesundheitlicher Natur, mit sich. Ich hoffe, daß in der noch nicht vorliegenden Kriminalstatistik mancherlei berücksichtigt werden wird, was in früheren Jahren nicht berücksichtigt war. Alles in allem scheint es mir dringend erwünscht, daß die Hauptgedanken der Schrift des Direktors Dr. Finkelnburg zur Beurteilung des Wesens unseres Strafvollzugs von all denen, die mit dem Strafvollzug in Beziehungen stehen, beachtet und befolgt werden. Man wird dann auch erkennen, daß die geltenden Prinzipien über die Beschäftigung der Gefangenen nicht ganz zutreffend sind und sich schließlich dazu übergeben müssen, auch maschinelle Betriebe innerhalb der Gefängnisse einzurichten. Schließlich mache ich noch darauf aufmerksam, daß die Unfall- und Invalidenversicherung der Strafgefangenen recht im argen liegt. Wir fordern die Regierung auf, hierin Wandel zu schaffen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rosenow (W.) wünscht eine bessere Unterstüzung der Vereine, die sich die Fürsorge für entlassene Strafgefangene zur Aufgabe gemacht haben. Diesen Vereinen sollte auch die Nachsorge nach den Arbeitsstätten und den persönlichen Verhältnissen der in die bürgerliche Gesellschaft zurückkehrenden Gefangenen übertragen werden, da die Nachsorge der Polizei häufig diese Leute wieder an der Arbeitsstelle hängen.

Die weitere Debatte erstreckt sich nur auf Beamtenwünsche und die Konkurrenz der Gefangenenarbeit gegen das Handwerk. Der Titel wird bewilligt. Bei der Etatsposition von 20 175 000 M. für Beihilfen an Kriegsteilnehmer von 1864, 1866 und 1870/71 wünscht

Abg. Dr. Runge (W.) eine Erhöhung der Unterstüzung für die Veteranen und eine liberalere Gewährung.

Ein Regierungskommissar: Die Gesuche werden wohlwollend geprüft, aber die Unterstüzungspflicht der Kinder kann nicht ausgedehnt werden. Der Fonds ist um 130 000 M. erhöht. Von den 400 000 Veteranen beziehen 170 000 die Beihilfe. Bei den von der Presse mitgeteilten Fällen, wo unterstüzungsberechtigte Veteranen eine Unterstüzung nicht erhalten haben, haben wir festgestellt, daß diese Veteranen entweder die Rente bereits bezogen, oder sie war ihnen wegen Unwürdigkeit entzogen, oder es handelte sich um Landstreicher,

von denen nicht festzustellen war, daß sie jemals um eine Rente eingekommen wären. Ueber eine Erhöhung der Veteranenrente schweben im Reich Erwägungen, deren Ergebnis von der Beschaffung der erforderlichen Deckung abhängt. Im Reichstag ist den süddeutschen Staaten geringeres Wohlwollen nachgesagt worden, also kann wohl nicht gut Preußen mangelndes Wohlwollen nachgesagt werden. (Abg. v. Pappenhelm: Schluß der Debatte.)

Abg. Reinert (Soz.):

Diesen Wunsch der Konservativen kann ich verstehen, denn gerade die Konservativen haben ja eine ausreichende Veteranenfürsorge verhindert. Herr Runge erinnerte an ein Kaiserwort von 1871 über die Unterstüzung der Veteranen und verlangte seine Einlösung. Ein solches Verlangen kann in diesem Haus nicht gestellt werden. Es gibt noch andere Kaiserworte, über den Mittelstandkanal und über die Währungsreform, die ebenfalls nicht eingelöst sind. (Sehr wahr! links. Unruhe rechts.) Also, da darf sich Herr Runge nicht wundern. Auch wir wundern uns, daß das Reich dem preußischen Staat für Veteranenbeihilfen nur 20 175 000 M. überwiesen hat. Nach dem bürgerlichen Gesetzbuch besteht natürlich die Unterhaltspflicht der Kinder, aber wenn man auf diesem Standpunkt steht, mühte in jedem Fall untersucht werden, ob die Verwandten in der Lage sind, Unterstüzung zu leisten und schließlich läme man zu einer Vorrichtung, wie eigentlich ein solcher Kriegsveteran hier in Deutschland leben sollte! — Seit Jahren wird eine Erhöhung der Beihilfen gefordert. Bei der Beratung der Reichsfinanzreform hat der Reichstag eine Erhöhung von 120 auf 150 M. pro Jahr gefordert. Aber die Regierung hat sich geweigert, diesem Beschluss nachzukommen, weil kein Geld vorhanden sei. Was nützt die und soeben zugesagte milde Handhabung, wenn kein Geld da ist? Der preußische Staat zahlt für die Veteranenunterstüzung keinen Pfennig aus seinen Mitteln, die Gemeinden aber sind oft zu ganz erheblichen Unterstüzungsmitteln genötigt. Die konservative Partei hätte diese Debatte gern schon geschlossen, aber wir müssen doch über die in den letzten Tagen veröffentlichte offiziöse Notiz sprechen, wonach eine Ablehnung des Petroleummonopols im Reichstag dazu führen würde, daß die dort vorgesehene 8 Millionen dem Veteranen nicht gegeben würden, weil die Regierung auf dem Standpunkt stehe: keine dauernde Ausgabe ohne Deckung. Und selbst bei Einführung einer Besitzsteuer werden zunächst aus ihrem Ertrag die militärischen Mehranforderungen gedeckt werden müssen. Es ist festgestellt, daß mancher Veteran verhungert ist, mancher aus Verzweiflung Selbstmord begangen hat und so mancher wird wahrscheinlich auch noch in die Grube fahren, weil er aus Not und Elend dieses Leben nicht mehr ertragen kann. Darum fordern wir unbedingt von der preußischen Regierung, die ja die Führung in der Reichsregierung hat, daß sie auf diesem Gebiet endlich einmal Taten sehen läßt, den Forderungen des Reichstags Rechnung trägt und im Bundesrat ihre Stimme zur Geltung bringt, wenn es sich um die Verteilung des Ertrags der Besitzsteuer handelt. Man hat ja durch die Erhöhung der Beamtengehälter anerkannt, daß der verkehrten Lebenshaltung Rechnung getragen werden muß. Man hat sich sogar davon überzeugt, daß die Not, das Elend und der Jammer des Volkes auch nicht halt machen vor den Stufen des Thrones, denn man hatte ja 3 1/2 Millionen für die Zivilisten übrig — aber die Veteranen läßt man hungern in Not und Elend!

In der Presse wurden

geradezu erbarmungswürdige Zustände

mitgeteilt, unter denen die Veteranen leben. Es mag vielleicht sein, daß das teilweise „unwürdige“ Verhalten ist, aber gewundert habe ich mich doch, daß der Regierungsvorsteher hier von Landstreichern sprach. Daß man sich doch nicht schämt, daß Vater von 60 bis 70 Jahren, die die Kräfte mitgemacht haben, im Alter darauf angewiesen sind, ihren Lebensunterhalt auf der Handtrage zu gewinnen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings da, wo es nichts kostet, sucht man den Veteranen nach einem gewissen Kimbus zu geben, als ob sie hier in Preußen außerordentlich wertvolle Persönlichkeiten wären. Man wollte ihnen doch bei der Währungsreform ein größeres Wahlrecht als „Kulturträger“ geben! Freilich, das kostete nichts! Als ein Veteran, der seine Auh hatte verkaufen müssen, um eine Augenoperation an seiner Frau bezahlen zu können, in einem Bittgesuch an den Kaiser um die 300 M. bat, erhielt er 50 M. als Gnabengeschenk. Gegenüber der Tatsache, daß die Veteranen, die in solche Notlage geraten, sich mit Gnabengesuchen an irgendwelche Stellen wenden müssen, ja sich Betteln durchs Leben schlagen müssen, entsteht allerdings die Frage, wie es einmal später werden soll, nach einem Krieg, der bedeutend mehr Menschen ins Elend bringen wird, als der von 1870/71. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die freikonservative „Post“ hat allerdings sich gegen ein Recht auf Veteranenversorgung gewendet, weil die Kriegspflicht in der Vaterlandsliebe und in der Freude am Waffenhandwerk begründet sei. (Sehr gut! rechts.) Dann wäre es aber auch notwendig, das Vaterland im Innern so einzurichten, daß jeder mit Liebe an seiner Verteidigung teilnimmt! Die „Post“ sagt, daß, wenn jeder Aussicht auf Rente habe, Kriege überhaupt nicht zu führen seien. Aber wenn jeder, der am Krieg teilnimmt, die Aussicht hat, als Krüppel im Alter Betteln zu müssen oder in ein Armenhaus zu kommen, wenn das der Dank des Vaterlandes sein soll, dann wird man sich doch überlegen müssen, ob diese Aussicht die Kriegsbegierde nicht ebenso erstickt, wie die Aussicht auf Rente die Kriegsunmöglichkeit machen würde. Da wird von der eingeborenen Liebe zum Vaterland gesprochen. Nun, die Veteranen haben ja alles das, was die Liebe zum Vaterland erzeugen soll, miterfahren. Die Rechtslosigkeit des preußischen Volkes unter dem Dreiklassenwahlrecht spüren sie an eigenem Leib, sie leiden unter den indirekten Steuern auf Lebensmittel, die den Agrariern Liebesgaben geben, unter der Forderung nach Ausnahmengesetzen — das ist dieses Vaterland, das von ihnen Liebe verlangt, sie

in Not und Elend hungern läßt.

Diese eingeborene Liebe zum Vaterlande geben Sie (nach rechts) dem Volke und Sie erzeugen damit auf der anderen Seite einen leidenschaftlichen Haß gegen diejenigen, die dieses Vaterland beherrschen! Durch den Freizug von 1870/71 und die nachfolgende Gesetzgebung ist der Reichstum der reichen Leute enorm gestiegen, die nachher das Volk, das ihnen auf dem Schlachtfeld erst die Möglichkeit zu ihrer Verelendung erlangt hat, daran ausbeuten, wie es im Deutschen Reich geschieht. Den Veteranen prodigt die „Kreuz-Zeitung“ mehr Spartianersinn, sie sollen hungern fürs Vaterland, weil andere Kreise das Vaterland bebunern, um sich ungeheure Gewinne zu verschaffen. Die ganze un menschliche Hatzherzigkeit und Heralstigkeit, die in der Veteranenfrage liegt, muß einmal von hier aus gebremst werden. Für alles mögliche wird bei uns gesammelt, für Aufschlotten usw., aber daß Sie durch eine Sammlung für die Veteranen einmal Ihren Patriotismus beweisen würden, fällt Ihnen nicht ein. Statt durch eine Besitzsteuer den Veteranen einen erträglichen Lebensabend zu verschaffen, sängt man damit an, den Veteranen die verschprochenen 30 M. zu entziehen und sie der Reichsliste für neue Militärausgaben zuzuführen.

Es ist hier verlangt worden, daß dieses Haus die preußische Regierung kontrolliere und ihr sage, was sie im Bundesrat tun soll. Deshalb fordern wir sie auf, im Bundesrat dahin zu wirken, daß der anspruchsvolle Jammer der Veteranen endlich ein Ende nimmt. Wir lehnen die Verantwortung für die Notlage der Veteranen ab, wir sind nicht schuld daran, sondern diejenigen, die den Aufstieg zum Reichstum mitgemacht haben. Daß die alten Veteranen aber Not leiden und sich in erbarmungswürdiger Lage befinden, ist eine Schmach und Schande für die bestehenden Klassen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ströffer (L.) will es an den Branger stellen, daß die Sozialdemokraten auch bei dieser Gelegenheit in möglichster ungeduldr Weise gegen die anderen Parteien aufzeigen. Dr. Arendt und ich haben schon vor Jahren eine Erhöhung der Veteranenbeihilfen



aus preussischen Mitteln beantragt und haben schon immer die Not der Veteranen anerkannt. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.  
Abg. Leinert (Soz.) stellt in persönlicher Bemerkung gegenüber dem Abg. Stroffer fest, daß er nicht gesagt habe, die Großgrundbesitzer hätten kein Herz, sondern sie hätten durch die Abschaffung der Erbschaftsteuer eine Erhöhung der Veteranenbeihilfen unmöglich gemacht. Wenn Stroffer daraus schließt, daß die Großgrundbesitzer kein Herz haben, so ist das seine Sache. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Ich habe auch nicht von einzelnen, sondern von Parteien im Reichstag gesprochen, die Portemonnaieinteressen voranzustellen und habe nicht gesagt, daß das Reich nichts bezahle, sondern daß Preußen nichts dazu gebe. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Das Medizinalewesen.

Abg. Hedenroth (L.) wünscht Hebung des Hebammenstandes und der Lage der Krankenpflegerinnen, um auch auf diese Weise der Säuglingssterblichkeit abzuwehren und etwas Sonne in das schwere Dasein der Krankenschwestern zu bringen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Fassbender (Z.) schließt sich an, begrüßt die Veröffentlichung des Wohnungsgesetzentwurfs als eine Vorarbeit zu energischer Bekämpfung der Tuberkulose, meint, daß die impfgegnerische Agitation am besten dadurch bekämpft würde, daß bei der Impfung mit aller Vorsicht vorgegangen würde und wünscht Zentralinstitute zur Krebsforschung, sowie energisches Vorgehen gegen Alkoholismus, Geschlechts- und Stoffwechselkrankheiten als Entlastungsmaßnahmen.

Minister v. Dallwitz: Die Hauptsache für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ist die Belehrung der Mütter durch die Hebammen, die möglichst günstig gestellt werden sollen. Die Dienstverhältnisse der Krankenpflegerinnen können bei ihrer Verschiedenartigkeit nicht von oben herab geregelt werden. Die Beschwerden gegen Jimpfzüge kommen meist von notorischen Jimpfgegnern. Das ist zu bedenken.

Abg. Dr. Arnim (natl.) empfiehlt dem Leipziger Ärzteverband, dafür zu sorgen, daß auf dem Lande sich genügend viele Ärzte ansiedeln und wendet sich gegen den Erlaß des Ministers des Innern über die Geltung der Rechtsfähigkeit der ärztlichen Vereine, der einen Eingriff in die Rechtspflege darstelle. Der Geburtenrückgang ist auf die Abnahme des Willens, Kinder zu bekommen, zurückzuführen. Das ist eine Art Wadefrankheit. Im Interesse unserer Stellung in der Welt müssen Staat und Gesellschaft dafür eintreten, daß der Geburtenrückgang nicht forschreitet. Unmittelbar wirksame Mittel zur Abhilfe wären Hebung des Hebammenstandes, Steuererleichterungen für kinderreiche Väter, Fürsorge für Schwangere, Wöchnerinnen und die Jugend, Wohnungsrecht, innere Kolonisation und nicht zuletzt die Erziehung eines heroischen Geistes im Volke. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Dallwitz erklärt, daß der Erlaß über die Rechtsfähigkeit einwandfrei sei.

Abg. Lüdicke (fl.) rügt die Hebertreibungen des an sich nützlichen Leipziger Ärzteverbandes und spricht dann über Wäber, Medizinikum und Schulgesundheitspflege.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.) erklärt, daß nur der Selbstwille, der auf einer strengeren Auffassung der Pflichten der Eltern gegen die Kinder beruht, den Geburtenrückgang verschulde. Die Säuglingssterblichkeit muß bekämpft werden, aber da hat das Zentrum bei der Reichsversicherungsordnung versagt. Die Landkrankenklassen, die ihre Leistungen obligatorisch machen, sollte der Staat unterstützen. Dem Arztbesuch sollte durch Tarifverträge ein Ende gemacht werden.

Leiter der Medizinabteilung Geheimrat Dr. Kirchner: Bei dem Rückgang der Sterblichkeit braucht uns der Geburtenrückgang nicht zu beunruhigen. Auch die Säuglingssterblichkeit geht zurück. Solange noch die Bevölkerung ständig zunimmt, hat die Gede ohne keine Gefahr und wird unsere Wehrfähigkeit nicht beeinträchtigt. Es ist zuzugeben, daß es besser ist, wenn in einer Familie nur sechs Kinder geboren werden und gedeihen, als wenn zwölfe geboren werden, von denen 6 oder 8 bald wieder sterben. Eine gewisse Beschränkung der Geburtenziffer kann ethisch sein, aber bei dem wachsenden Wohlstand, wo von einer Untereinanderung gar keine Rede sein kann, ist der Geburtenrückgang auf einen höchst verwerflichen Gebrauch von Mitteln gegen die Empfängnis und zur Fortsetzung der Frucht im Mutterleibe zurückzuführen. Aus den Zeitungen sehen wir, daß sich gewissenlose Menschen ein Gewerbe daraus machen, derartige Mittel zu verbreiten. (Abg. Hoffmann: nur in bürgerlichen Zeitungen!) Der Geburtenrückgang ist in Groß-Berlin größer, als irgendwo sonst in Deutschland, und in Berlin wieder nicht im Westen, wo angeblich die reichen Leute wohnen, sondern im Osten, wo die Arbeiter wohnen am größten. (Hört! hört!) Der Redner wendet sich dann scharf gegen die Kolportage von Drucksachen, die Verhütung der Empfängnis und dergleichen mehr empfehlen, spricht über die schweren Gesundheitsschädigungen durch absichtlich herbeigeführte Fehlgeburten und über die bedauerliche Zunahme des Kindbettfiebers. In den polnischen Gegenden gibt es so gut wie keinen Geburtenrückgang. (Hört! hört!)

#### Abg. Stroffer (Soz.):

Von uns ist immer schon gefordert worden, daß dem Hebammenwesen größere Aufmerksamkeit zugewendet und dafür staatliche Mittel in größerem Umfang angewendet werden. Ueber die außerordentlich traurige Lage der Krankenpflegerinnen ist insbesondere auch von unserer Seite, so vom Abg. Antzick, im Reichstag eingehend gesprochen worden. Nur 18 Prozent der Krankenpflegerinnen haben eine kürzere Dienstzeit als 14 Stunden, und häufig werden die freien Stunden auch noch zu Nacharbeiten herangezogen. Dabei sind die Löhne außerordentlich niedrig.

Wir können jetzt auch feststellen, daß unsere energischen Anregungen auf umfassende Schulgesundheitspflege mehr und mehr von allen Kreisen aufgenommen werden. Herr Arnim hat dem Leipziger Ärzteverband gebahnt, daß er vor einem allzu zahlreichen Zutrom zum ärztlichen Beruf gewarnt hat. Es ist aber doch festzustellen, daß, namentlich auf dem platten Lande, nicht zu viel, sondern zu wenig Ärzte sind. Das ärztliche Studium und der ärztliche Beruf sollten überhaupt nicht lediglich vom Standpunkt der Versorgung und des guten Einkommens betrachtet werden, sondern es sollte auf den Bedarf an Ärzten Bedacht genommen werden. Die einzige vernünftige Lösung ist freilich die Erfüllung der programmatischen Forderung der Sozialdemokratie, das ganze Ärztegewesen zu verstaatlichen und den Vergeln ein angemessenes und anständiges Gehalt zu zahlen. Wenn es sich um das höchste Gut des Volkes und des einzelnen Menschen, um die Gesundheit handelt, dann darf ihre Pflege nicht zum Gegenstand der Spekulation auf ein gutes Einkommen gemacht werden. Noch mehr gilt das vom Apothekerwesen. Es ist doch eine Angelegenheit, daß die Krankenkassen und die leidende Menschheit jährlich Millionen und Millionen an die Monopol besitzenden Apothekeninhaber bezahlen müssen, während die Medikamente für einen winzigen Bruchteil des Verkaufspreises hergestellt werden. Solche Zustände sind eines vernünftigen und kultivierten Staatswesens überhaupt unwürdig.

Das Medizinalewesen müßte eigentlich selbständig und sein Direktor ein sozial vorgebildeter Arzt sein, damit nicht nur an den Symptomen herumturtelt, sondern eine

#### größt mögliche Bekämpfung der Volkskrankheiten

in Angriff genommen werde. Professor Roffe hat in einer ganz neuen Schrift festgestellt, daß die Tuberkulose in der Tat eine soziale Krankheit ist, die ebenso sehr auf soziale, als auf individuelle Disposition beruht. Wie kann der Regierungskommissar erklären, daß von einer Unterernährung gar keine Rede sein kann! Wie kann das ein Arzt sagen. Er muß doch wissen, daß in Preußen immer noch 9 Proz. der Bevölkerung ein Ein-

kommen von weniger als 900 Mark, der allergrößte Teil eins unter 1500 Mark, und daß bei der heutigen Verteuerung eine Familie, die nicht einmal 1500 Mark Einkommen hat, sich unmöglich eine Wohnung leisten kann, die nicht eine Höhle der Tuberkulose ist, und eine Nahrung, wie sie bei schwerer körperlicher Arbeit unentbehrlich ist. Wir erheben die schärfsten Einsprüche gegen diese Neuherung des Regierungsvortreters! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Erhöhung des Lebensniveaus der arbeitenden Bevölkerung ist die beste Verhütung der Tuberkulose. Freilich müßte das in allen Abteilungen des Ministeriums erkannt und danach gehandelt werden. Die Verbesserung der Lebenslage der Volksmassen ist in Wahrheit eine nationale Pflicht. Professor Roffe weist auch nach, daß die staatliche Arbeiterversicherung seinen Einfluß auf die Senkung der Tuberkulosesterblichkeit hat, denn diese ist auch in England eingetreten, wo diese Versicherung bis vor kurzem fehlte. Wenn es Ihnen wirklich ernst ist mit der Hebung der Volksgesundheit, dann dürfen Sie nicht mehr gegen die Bestrebungen der Arbeiterklasse eifern!

Die zur Tuberkulosebekämpfung erforderliche weitgehende Wohnungsfürsorge wäre nur möglich, wenn in Preußen mehr Mittel für Kulturzwecke vorhanden wären. Eine amtliche Statistik beweist, daß in Hamburg der Prozentsatz der Tuberkulosesterblichkeit beträgt: bei einem Einkommen von 000 bis 1200 Mark 5 Proz., von 1200 bis 2000 Mark 4,25 Proz., von 2000 bis 3500 Mark 2,97 Proz., von 3500 bis 5000 Mark 2,08 Proz., von 5000 bis 10 000 Mark 1,26 Proz., von 10 000 bis 25 000 Mark 0,7 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Lebensmittelerzeugung leistet der Tuberkulose Vorzug. Ist doch nachgewiesen, daß von dem Gesamteinkommen für Nahrungsmittel verwendet werden müssen: bei einem Einkommen von 1200 Mark 55 Proz., von 2000 bis 4000 Mark 38 Proz., und von über 5000 Mark 30 Proz. Wer den Volkskrankheiten entgegenzutreten will, muß die Lebensmittelerzeugung und indirekte Besteuerung bekämpfen. Roffe schließt: Die Tuberkulose ist eine Wagenfrage und eine Wohnungsfrage und alle Maßnahmen, die geeignet sind, eine Verbilligung der Nahrungsmittel und eine Verbesserung der Wohnungen herbeizuführen, müssen in großem Umfang angestrebt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ganz unser Standpunkt; freilich die lächelnden Herren Agrarier hier wollen davon nichts wissen, denn sie verdienen bei den hohen Preisen. (Sehr wahr! links.) Es muß den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, Wohnungen für die Arbeiter zu bauen. Das sollte auch das Zentrum begreifen, dessen feindliche Haltung gegen Berlin in der Frage der Waldbörse sich direkt gegen die Gesundheit von Millionen richtet. Zur Wohnungsfrage gehört natürlich auch die Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs in den Gemeinden, das aber wollen Sie alle nicht wissen.

1911 betragen die Ausgaben der Krankenkassen für Mütter- und Kinderzuschuß nur 6,7 Millionen Mark bei 857 Millionen Mark Gesamtausgaben, also nur ein zweifelhafte Zehntel. Es müßte Schwangerschaftsunterstützung eingeführt, die Wöchnerinnenunterstützung auf mindestens acht Wochen ausgedehnt werden, auch auf dem Lande, was die Regierung seinerzeit im Reichstag als gänzlich unannehmbar erklärt hat. (Hört! hört! links.) Die Geburtenzahl ist außerordentlich stark zurückgegangen; seit 1876 von 47,1 vom Tausend auf 21,6 vom Tausend im Jahre 1911, aber das ist nicht nur in Berlin zu verzeichnen, sondern in allen Landesteilen, auch in dem vom Regierungskommissar rühmend hervorgehobenen Ostern. Es läßt sich daher nicht leugnen, daß es hauptsächlich soziale Ursachen sind, die den Geburtenrückgang bedingen. Und die größte Sorge der herrschenden Klassen ist, daß, wenn die Entwicklung so weiter geht, der Militarismus Gefahr läuft, nicht mehr das erforderliche Rekrutenmaterial zur Verfügung zu haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Wohnungsverhältnisse sind besser geworden, aber sie liegen noch sehr im argen. Dazu kommt das Streben auch der Arbeiter, ihre Kinder möglichst vor dem eigenen traurigen Los zu bewahren, und ihnen eine gute Erziehung angeheben zu lassen. Das können sie aber nur, wenn sie eine Verankerung in der Kinderzucht eintreten lassen. Dieses gesteigerte soziale Verantwortlichkeitsgefühl ist auch ein Beweis für unsere Erziehungsarbeit. An sich wünschen wir den Geburtenrückgang nicht. Wir wollen, daß das Volk, dem wir angehören, dessen Sprache wir sprechen, dessen Kulturgüter wir schätzen, möglichst zahlreich und möglichst machtvoll ist. Aber wir können den einzelnen Personen keine Vorschriften machen. Verdächtige Anzeigen werden von sozialdemokratischen Zeitungen nicht aufgenommen, vielmehr sehen wir gerade in der gesinnungstüchtigen Presse ganze Spalten, ja ganze Seiten wenig einwandfreier Anzeigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weßhalb ist denn da die Regierung längst nicht vorgegangen? Freilich sie hätte in die Annoncenplantagen der staatsverhaltenden Presse einbrechen müssen, und das Blatt, das sich auf diesem Gebiete am meisten unruhig auszeichnet, ist der „Berliner Botschafter“, der ja am Hofe unzensuriert gelesen wird. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ein absolutes Verbot anilongeposteter Mittel ist nicht angebracht. Gewiß kann man Mittel verbieten, deren Verwendung dem menschlichen Körper schädlich ist, aber harmlose, nicht gesundheitsschädliche Verhütungsmittel müssen zulässig sein.

#### Nur um Gotteswillen keine Moralheukerei!

Das gilt auch von den Geschlechtskrankheiten, die in unserem Volke eine unheimliche Verheerung angerichtet haben. Die Zahl der Geschlechtskranken wächst mit der Größe der Städte. Wenn diese Zahl aber auch auf dem Lande kleiner ist, so ist das keineswegs auf eine größere Sittlichkeit zurückzuführen, sondern darauf, daß der Seuchenherd, die gewerbliche Prostitution auf dem Lande fehlt. Gewiß ist die Zahl der geschlechtskranken Arbeiter sehr groß, aber dreimal so groß ist die Zahl der geschlechtskranken Studenten, und von diesen waren 45 Proz. bereits als Schüler infiziert. Es liegt also kein Grund vor, sich über die Unsitlichkeit der Arbeiterklasse moralisch zu entrichten. Alle vernünftigen und tugendlichen Mittel zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sollten angewendet werden. Der Alkoholismus, der bei der Verbreitung dieser Krankheiten eine große Rolle spielt, wird von der Arbeiterklasse in der schärfsten Weise bekämpft. Gätten Sie unsere Jugendorganisationen nicht zertrümmert, so hätten wir auf diesem Gebiet viel Unheil verhindern können. Wie die Jugend der bestehenden Kreise sich betragt, haben wir in den letzten Tagen in Marburg gesehen, wo wegen anderweitiger Festsetzung der Polizeistunde

#### 200 Studenten Schenkente misshandelten

und die Fenster der Polizeiwache mit Pflastersteinen einwarfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden ja gelinde davonkommen, und ich wünsche ihnen auch gar keine harte Strafe. Aber es soll mit gleichem Maß gemessen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus diesen Kreisen gehen später die Staatsanwälte und Richter und auch die Regierungsvortreter hervor. (Heiterkeit.) Auch auf dem Gebiet der sexuellen Aufklärung muß mehr als bisher geschehen. Was für ein Pöbel leben in einer frühen Ehe das beste Mittel gegen die Geschlechtskrankheiten. Wenn man aber die Lebenshaltung verteuert, dann macht man es den Arbeitern unmöglich, fröhe Ehen einzugehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann muß er zur Prostitution greifen. Durch Teuerheiten, durch Moralpanzerien und durch das Verhören der fleischlichen Sünden ist noch niemals etwas erreicht worden. Erst wenn sich eine freie und gesunde Auffassung von geschlechtlichen Dingen durchgesetzt hat, wird sich jeder Mann davon abhalten, von der gewerdmäßigen Prostitution, diesem Schandherd der Geschlechtskrankheiten, Gebrauch zu machen. Wir Sozialdemokraten täuschen uns allerdings darüber nicht, daß die Prostitution erst mit dem kapitalistischen System beseitigt werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieses System erzeugt

die Nachfrage. Wer im Gelde wählt, hat das Bedürfnis, sich Menschenfleisch zu kaufen. Auf der anderen Seite muß die proletarische Tendenz des Kapitalismus das Angebot erhöhen. Selbstverständlich gehört auch ein gewisser Gang zu diesem Raster mit dazu. Diese elenden und traurigen Zustände werden erst mit der Beseitigung des kapitalistischen Systems selbst fallen. (Ironische Zustimmung rechts.) Ihre rückwärtliche Politik wird es allerdings zuwege bringen, daß wir die Klassen für den Sozialismus noch früher gewinnen, so daß wir höchstwahrscheinlich einige Jahrzehnte früher gerade durch Ihre Tätigkeit unser Ziel erreichen. Wer aber mit uns der Meinung ist, daß das kapitalistische System fallen muß, der muß mit uns gemeinsam an seiner Beseitigung arbeiten. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus verläßt sich.  
Abg. Bredt-Marburg (fl.): Ich bedauere, daß es mir durch den Schlußantrag unmöglich gemacht ist — (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Abg. Hoffmann: Der Schlußantrag ist ja noch gar nicht gestellt!) Dann wird es mir morgen vielleicht unmöglich sein, nachzuweisen, daß der Alkoholismus in Marburg außerordentlich abgenommen hat. (Stürmische Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr,  
Schluß 5 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Die Reichstagswahl in Nordhausen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags befaßte sich am Freitag mit dem Protest, der von fortschrittlicher Seite gegen die Wahl des Genossen Dr. Cohn eingeleitet wurde. Bei der Stichwahl siegte Genosse Dr. Cohn mit 8944 Stimmen gegen 6706, die auf den Fortschrittler Dr. Biemer entfielen. Der Protest behauptet, daß zugunsten des Genossen Dr. Cohn amtliche Wahlbeeinflussung geübt worden sei. So sollen — immer nach der Behauptung des Proletes — Amtsvorsteher die Weisung geben haben, entweder Dr. Cohn oder gar nicht zu wählen. In der Tat sind auch in verschiedenen Orten viele Wähler der Stichwahl ferngeblieben. Am Tage vor der Stichwahl sind Wahlaufreife im Stubert verhandelt worden. Diese Aufreife trugen den mit einem Gummiempel hergestellten Aufdruck: „Grafschaft Dohrenstein“. Der Stempel war aber an der unteren rechten Ecke des Aufreife angebracht. Dadurch sollte der Eindruck erweckt worden sein, als ob die Aufreife vom Landratsamt kämen. Einzelne Gemeindevorsteher sollen denn auch die Aufreife an die Amtsstafel geklebt haben. Die Protestpunkte wurden als erheblich erklärt. In einigen Fällen sind, nach dem Protest, auch die Kreisgerichte angefordert worden, für Dr. Cohn zu stimmen, in einem Orte sogar unter dem Versprechen der Verleihung eines Fahnenbandes für den Verein. Das Fahnenband ist mittlerweile übergeben worden. Auch die Agitation der Kreisgerichte wurde als erheblich erklärt. Die Entscheidung fällt erst in der nächsten Sitzung. — Eine ziffermäßige Aufstellung der beiden Referenten ergab, daß durch den Protest, selbst wenn er erwiesen werden sollte, die Mehrheit des Abg. Dr. Cohn nicht erschüttert werden kann.

### Das Jugendgerichtsgesetz in der Kommission des Reichstags.

Den Beschlüssen der Kommission: Heraufhebung des Strafmündigkeitsalters auf 14 Jahre, bedingte Verurteilung und Rehabilitation hat bereits früher die Reichsregierung ihr Unannehmbar entgegengesetzt. In der letzten Sitzung (Freitag) nahm Staatssekretär Dr. Bischoff zu Beginn der Verhandlungen noch einmal Gelegenheit, diese ablehnende Haltung — wenigstens bezüglich des zweiten und dritten Beschlusses — namens der Verbündeten Regierungen auf das entschiedenste zu betonen. Alle weiteren Arbeit werde zwecklos sein, wenn die Kommission bei diesen Beschlüssen verharre. — Dem Bundesrat des Staatssekretärs, daß die Kommission ihre Beschlüsse noch revidieren werde, begehrte Genosse Stadthagen unter Heiterkeit der Kommission mit der Erklärung, daß die Sozialdemokraten vorläufig noch auf eine bessere Einsicht der Regierung rechneten, während Meher-Hersford (natl.) mit bereitwilligem Eifer den Umfall seiner Fraktionsgenossen in Aussicht stellte, um das Gesetz als Ganzes nicht zu gefährden. Eine längere Debatte entstand sodann bei § 1 Absatz 2 des Gesetzesentwurfs, der als jugendlich im Sinne des Gesetzes ansetzt, wer noch nicht 18 Jahre alt ist. Unter Begründung eines fortschrittlichen Antrages auf Änderung dieses Paragraphen und Streichung von § 13 des Entwurfs vertrat v. Liszt (Sp.) den Standpunkt, daß ein Beschuldiger, der das 18. Lebensjahr vollendet, die Straftat aber vorher begangen hat, auch später noch als jugendlich behandelt werden solle. Die Regierung widersprach dieser Forderung, erklärte es aber für selbstverständlich, daß ein Beschuldiger auch über das 18. Jahr hinaus vor das Jugendgericht komme, sofern das Verfahren noch vor diesem Zeitpunkt gegen ihn eingeleitet sei. Stadthagen verlangte Kautelen, um den Schwierigkeiten zu begegnen, die sich aus der Streichung des § 13 ergeben würden. Schließlich zogen die Fortschrittler ihren Antrag zurück. — Nachdem ein Antrag Lehndorff (Zn.) in den §§ 55, 56 und 57 Str.-G.-B. an Stelle des § 13, das 14. Lebensjahr einzusetzen, gegen die konservativen Stimmen angenommen worden war, gelangte § 1 des Gesetzesentwurfs zur Annahme.

Bei § 2, in dessen Beratung sodann eingetreten wurde, drehte sich die Debatte zunächst um die von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite beantragte obligatorische Einführung der Jugendgerichte. Es stellte sich heraus, daß die verschiedenen Auffassungen hierüber nicht zum letzten mit durch den Umstand bedingt wurden, daß über den Begriff der Jugendgerichte, ihre Zusammenfassung und Funktionen noch verschiedene Ansichten bestehen. Die Regierung widersprach dem Obligatorium lebhaft unter Berufung auf abweichende verwaltungstechnische Schwierigkeiten und wurde dabei von einem Zentrumredner unterstützt, während Sozialdemokratie, Fortschrittler und Nationalliberale sich für das Obligatorium erklärten. Eine Abstimmung hierüber soll erst später in Verbindung mit anderen Abstimmungen vorgenommen werden.

### In der Petitionskommission des Reichstages

wurde am Freitag über eine Petition verhandelt, die die Aufhebung der Nachbarortstaxe im Postverkehr auf 25 Kilometer im Umkreis von Berlin forderet. Mit 13 gegen 10 Stimmen wurde beschlossen, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Auch beim Telephonverkehr sollte ein Umkreis von 25 Kilometer um Berlin für die Sprechzettel gleichmäßig festgesetzt werden. Ueber diesen Teil der Petition ging die Kommission gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zur Tagesordnung über.

Eine zweite Petition betraf die Schulgesundheitspflege. Es wurde verlangt, daß das Reichsgesundheitsamt gesetzgeberische Rechte erhalten soll, daß die Anstellung von Schulärzten allgemein eingeführt werde, und daß eine einheitliche Grundlage für die schulärztlichen Erhebungen festgelegt wird. Nach sehr umfangreicher Debatte wurde die Petition der Regierung als Material überwiesen.

Zu einer interessanten Auseinandersetzung kam es bei den Petitionen, die von den freien Gewerkschaften, den Kirch-Vereinen, den Christlichen und der polnischen Berufsvereinigungen ausgehen. Die Petitionen begründen und fordern die Herabsetzung der Arbeitszeit in Häften und Walzwerken, die Beseitigung des Heberstundenwesens, die Erhöhung der Mindestlohnbeschlüssen nach Wechselschichten und Verbot der Frauenarbeit in diesen Betrieben. Nach langer Debatte wurden sämtliche Petitionen dem Reichstagsrat zur Berücksichtigung überwiesen, und zwar gegen zwei konservative Stimmen.



**Damen-Hemden**

mit handgestickter Madeira-Passe

**1.35**

# A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

## Billige Lebensmittel

Die mit ☞ bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen. Soweit Vorrat

**Küchen-Handtücher**

Reinleinen Gerstenkorn, ca. 48x110 cm, gestümt und gebündert

**3.35**

### Kolonialwaren

Reis ..... Pfund **18, 20, 25** Pf.  
 Victoria-Erbisen ..... Pfund **18** Pf.  
 Erbsen klein ..... Pfund **15** Pf. geschält ..... **22** Pf.  
 Erbsen groß ..... Pfund **18** Pf.  
 Bohnen weiss ..... Pfund **18** Pf.  
 Linsen ..... Pfund **16, 20, 25** Pf.  
 Gries ..... Pfund **20, 24** Pf.

**Kaffee** 1/2 Pfund-Paket **65, 70, 75** Pf.

Böhmische Pflaumen ..... Pfund **28** Pf.  
 Ringäpfel ..... Pfund **40** Pf.  
 Birnen californische ..... Pfund **55** Pf.  
 Pflirsche ..... Pfund **48** Pf.  
 Aprikosen ..... Pfund **65** Pf.  
 Backobst (Spezial-Mischung) Pfund **45** Pf.  
 Gemischte Marmelade ..... Pfund **25** Pf.

### Kassler 88 Pf.

### Wurstwaren

Corveint- od. Salamiwurst ..... Pfund **1.40**  
 Schinkenwurst ..... Pfund **1.40**  
 Quedlinburger Teewurst ..... Pfund **1.40**  
 Thüringer Knoblauchwurst Pfund **1.40**  
 ff. Leberwurst ..... Pfund **1.10**  
 Rouladenwurst ..... Pfund **98** Pf.  
 Zwiebel- od. Rotwurst .. Pfund **60** Pf.  
 Mettwurst (Braunobweig-Art) Pfund **1.10**  
 Schinkenspeck ..... Pfund **1.20**  
 Nusschinken ..... Pfund **1.30**

### Butter und Käse

Molkereibutter ..... 1/2 Pfund-Paket **68** Pf.  
 Schweizer Käse ..... Pfund **85** Pf.  
 Tilsiter Käse ..... Pfund **80** Pf.  
 Limburger Käse ..... Pfund **58** Pf.  
 Romatour Käse ..... Stück **32** Pf.  
 Faust- oder Spitzkäse 3 Stück **25** Pf.

### Frisches Fleisch

in guten Qualitäten zu billigen Tagespreisen

### Konserven

	1/2 Dose	1/2 Dose
Stangenspargel ...	<b>68</b> Pf.	<b>1.25</b>
Stangenspargel ...	<b>78</b> Pf.	<b>1.45</b>
Abschnittspargel ..	<b>39</b> Pf.	<b>68</b> Pf.
Bruchspargel ohne Kopf ..	<b>49</b> Pf.	<b>88</b> Pf.
Bruchspargel mit Kopf ..	<b>55</b> Pf.	<b>1.00</b>
Gem. Gemüse III ..	<b>29</b> Pf.	<b>48</b> Pf.
Gem. Gemüse II ...	<b>40</b> Pf.	<b>70</b> Pf.

**Rückenfett od. Liesen** Pfund **65** Pf.

Suppenschoten ....	<b>24</b> Pf.	<b>38</b> Pf.
Junge Schoten ....	<b>28</b> Pf.	<b>45</b> Pf.
Kohlrabi in Scheiben ..	—	<b>28</b> Pf.
Pflaumen ..	—	<b>45</b> Pf.
Mirabellen ..	<b>42</b> Pf.	<b>72</b> Pf.
Erdbeeren ..	<b>50</b> Pf.	<b>88</b> Pf.
Frucht Melange ....	<b>50</b> Pf.	<b>90</b> Pf.

# WEISSE WOCHE

Sonnabend

Weisse Waren von hervorragender Preiswürdigkeit

Buchhandlung Vorwärts  
 Lindenstr. 69, Laden

**Wichtig**  
 für jeden preussischen  
**Steuerzahler**  
 Führer  
 durch das preussische  
**Einkommensteuergesetz**  
 Vom  
 Arbeitersekretär Rud. Wissell  
 mit 19 Formularen  
 für Reklamationen  
**Preis 30 Pf.**

Saal mit Bühne  
 200 Personen fassend, für Vereine am  
 Sonnabend, den 1. März, auch  
 Sonntage vor und nach Ostem  
 noch frei.  
 E. Gramatts Gesellschaftshaus,  
 Berlin N., Bergstr. 12.

**Waldorf-  
 Astoria  
 Cigarettes**

Hockey 3 Pf.  
 Clío 5 Pf.

### Manchester - Anzüge

Marke Gambrius. Warm  
 gefüttert. Strapazierfest.  
 Joppe 2reihig **11.90**  
 Weste ..... **3.60**  
 Hose ..... **6.75**

### Herkules-Leder-Hosen

A-Holzverkauf. Gestreift od.  
 einfarbig. Kernig u. stark.  
 Beste Arbeit. Bund  
 aus einem Stück. **4.50**  
 Schwere Taschen.

Weißerellnerjackette  
 vorzüglich **3.65**, **2.50**  
 in Wäsche

### Billige Angebote

haltbarer, bewährter  
 und gutsitzender

### Berufs- Kleidung

Pa. blaue Monteur-  
 Jackette Kopered Dreil,  
 luft- u. wasch-  
 echt. Extra lang. Gesetzt.  
 geschützt. Taschen-  
 Verriegelung . M. **2.45**

Setzer-Rittel  
**3.10 2.50**

Maler-Rittel  
**2.90 2.00**

Haupt-Katalog Nr. 46  
 (Berufs - Kleidung)  
 postfrei!

### Berufs- Kleidung

für alle  
 Zweige der  
 Gewerbe u.  
 Industrie

### BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 Berlin 11 Brückenstraße 11  
 Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneb., Hauptstr. 10

### Schutz- Kleidung

für Sanitäts-  
 dienst und  
 gewerbe-  
 polizeiliche  
 Vorschriften

Millionen  
 gebrauchen gegen  
**Husten**

## Kaiser's Brust- Caramellen

mit den „3 Tannen“

6100 notariell beglaubigte Zeugnisse von Aerzten und Privaten verbürgen den sicheren Erfolg.  
 Köstliches, feinschmeckendes Hustenmittel. Paket 30 Pf. Dose 60 Pf. Ausschließlich in Apotheken  
 und Drogerien erhältlich und zwar nur in vernieteten Paketen, niemals lose ausgewogen.

gegen Heiserkeit,  
 Verschleimung,  
**Brust-Katarrh**

# Siems Kraftfleisch

muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

**Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,**

hergestellt aus garantiert prima frischem Rindfleisch. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dieckhoff, Reutlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdrucker u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Lt. Analyse des Herrn Dr.  
 A. Langfurth, beidigtter Ge-  
 richts-Chemiker, enthält

„Siems Kraftfleisch“

alle natürlichen Bestandteile  
 des rohen Fleisches, überragt  
 letzteres an Nährwert und ist  
 leicht und fast restlos ver-  
 daulich!



Verbandstag der Zimmerer.

Am Freitag beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Beratung der Anträge zum Statut, soweit sie nicht bei den vorhergegangenen Punkten der Tagesordnung erledigt worden sind. — Zunächst lag ein Antrag vor, welcher den langen Namen „Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“ ersetzen will durch die kürzere Bezeichnung „Deutscher Zimmererverband“.

wendet sich gegen eine Verschmelzung. — Vor Eintritt in die Diskussion zur Sache beschloß die Versammlung mit großer Mehrheit, über diese Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Soziales.

Das Wohnungsgesetz und das Reich.

In der gestrigen Reichstagsdebatte über die Wohnungsreform stellten es die konservativen Reaktionen so hin, als ob ein Reichswohnungsgesetz allein durch Preußen, nicht durch das Reich, zu schaffen sei.

Bei dem Umfange der Mißstände und bei der Bedeutung der Wohnungsfrage wird nunmehr auch in Wege der Gesetzgebung mit denjenigen Maßnahmen vorzugehen sein, welche sich, abgesehen von Maßnahmen des Reiches, für eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse darbieten.

Der Haß der Konservativen gegen soziale Maßnahmen geht also selbst dem preussischen Ministerium zu weit.

Wohnungsfrage und Hausbesitzerprivileg.

Der preussische Entwurf eines Wohnungsgesetzes sieht bekanntlich vor, daß die polizeiliche Zustimmung zu der Festlegung einer Baufluchtlinie durch die Gemeinde künftig auch aus Rücksichten auf das Wohnungsbedürfnis soll verweigert werden können.

Die Entwicklung des Genossenschaftswesens.

Am 1. Januar 1912 bestanden im Deutschen Reich in ganzen 31771 eingetragene Genossenschaften gegen 80489 bzw. 29437 in den beiden Vorjahren.

Table with 2 columns: Genossenschaftstypen and Anzahl. Includes categories like Kreditgenossenschaften, Gewerbl. Rohstoffgenossenschaften, etc.

Wie die Aufstellung zeigt, hat sich ganz besonders das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen stark entwickelt. Daß das zur Förderung des gewerblichen Mittelstandes geschah, wird wohl kein Mensch behaupten wollen.

Witterungsübersicht vom 7. Februar 1913.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke. Lists stations like Berlin, Hamburg, etc.

Weiterprognose für Sonnabend, den 8. Februar 1913. Müß, jedoch vorherrschend wolkig bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis. Am 6. Februar verstarb unser Genosse, der Kohlenhändler Ernst Rakowski.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter Hermann Horn am 4. Februar im Alter von 34 Jahren verstorben ist.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tapezierer. Filiale Schöneberg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Franz Aström am 5. d. M. verstorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher Franz Schüler Weihenstephan, Friedrichstraße 42 am 6. d. M. gestorben ist.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer Oswald Voigt am 6. Februar verstorben ist.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metzger Karl Steffen am 5. d. M. gestorben ist.

Dankfagung. Für die Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, Großvaters und Urgroßvaters, des Pflanzengärtners Karl Mittag sagen allen Beteiligten unseren aufrichtigsten Dank.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines leider zu früh verstorbenen lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Ober Herrn Hahn, den Kollegen und Kolleginnen, den Mitgliedern der Zentral-Krankenkasse der Wagenbauer, den Genossen des 4. Reiches, Bezirk 197 Teil II, dem Sparverein Sankt Tenor und Herrn Brandenburg für die trostreichen Worte unseren herzlichsten Dank.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung. I.: Neue Friedrichstr. 35 an der Zentral-Markthalle. II.: Turmstr. 67. I. Etage. Heißt an jedem Mann elegante Herren-Garderoben nach Maß unter Garantie für tadellose Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung. I.: Neue Friedrichstr. 35 an der Zentral-Markthalle. II.: Turmstr. 67. I. Etage. Heißt an jedem Mann elegante Herren-Garderoben nach Maß unter Garantie für tadellose Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin. Berlin N., Brunnenstraße 56. Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

MOSKOWEM advertisement featuring an illustration of a man in a hat and coat, with text 'Feinste Qualitäts-Cigarette 33'.

WESTMANN advertisement for clothing, featuring illustrations of a woman in a coat and a man in a suit, with text 'Aus der Inventur!!' and 'Kostüme Pelzmäntel Einsegnungskleider!'.

Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Karl Schönemann sage ich allen Beteiligten, insbesondere dem Deutschen Transportarbeiterverband meinen herzlichsten Dank.



**Wegen gänzlicher Aufgabe Total-Ausverkauf**

der Charlottenburger Filiale  
Nehringstr. 34.  
In allen Geschäften enorm billig.

**Lewinsohn**

1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40-41 Hackescher Markt  
2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 Strausberger Platz  
3. Geschäft: Charlottenburg Nehringstr. 34 Ecke Magasinstr.

**1 M.**  
wöchentl. Teilzahlung  
liefere elegante  
**Herren-Moden**  
Ersatz für Mass  
Mass-Anfertigung  
Feinste Verarbeitung.  
Garantie: tadel-  
loser Sitz

**J. Kurzberg, Mass-Schneiderei**  
Rosenthaler Str. Nr. 36, I. Hackescher Markt  
Frankfurter Allee 104, parterre Ecke Friedenstr.  
Reinickendorfer Str. Nr. 4, I am Weddingplatz

Liefere auch nach auswärts.

**Möbel-Lechner**  
Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar.

1. Geschäft: Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz  
2. Geschäft: Müllerstraße 174 Ecke Fennstraße

Stube und Küche . . . Anzahlung von M. 15.- an  
Einzelne Möbelstücke Anzahlung von M. 5.- an  
Riesen-Auswahl. Größte Kulanz.

Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben.

Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften beglichen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung.

Sonntag geöffnet von 12-2 Uhr.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Tauers Festsäle**  
Große Frankfurter Str. 83  
an der Marsiliusstraße.  
Säle mit Theaterbühne  
für 500 Personen zum 15. März frei  
geworden.

**Monats-Garderobe!**  
4-500 getragene Anzüge für  
Herren: Smoking, Frack- und  
Schrock-Anzüge (auch zu ver-  
leihen) sowie von Kavallieren ge-  
tragene, fast neue Sachen (a. Seide),  
für jede Figur passend, in größter  
Auswahl, unübertroffen 18/14  
billigen Preisen.  
1 Tr., deshalb billiger wie im Laden.  
Wassortor-  
Hirsch Kieferbaum, straße 12/13 I

**Spezialarzt**  
i. Haut, Harn, Frauenleiden,  
nerv. Schwäche, Beintraute jeder  
Art, Ehrlich Gata-Kuren in  
u. Co. konz.  
Laborat. f. Blut-  
untersuchung, Joden i. Harn etc.  
gegenüber  
Friedrichstr. 81, Banopithum.  
Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.  
Honorar mäßig, auch Teilzahl.  
Separates Damenzimmer.

**Greift zu!**  
Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill.  
kleiden will, empfehle eleg. Mo-  
natsgarderobe in feinsten Werk-  
stätten Berlins gearb., von Herr-  
schaften, Doktoren, Kavallieren nur  
kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)  
Monats-Jackott-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.  
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.  
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.  
Monats-Herren-Hosen 2, 50, 5, 00 M.  
Ulster, sehr billig.  
Große Abteilung neuer Garderobe  
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98  
(Nähe Strausberger Pl.)  
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

**Vorwärts-Bibliothek**  
Der Prinzipienreiter  
Eine Erzählung  
aus dem Jahre 1840  
Von Wilhelm Bloß  
Preis gut gebunden 1 M.  
Der neue Band.

**Theater und Vergnügungen**

Sonnabend, 8. Februar 1913.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Berliner. Philotes.** Der ge-  
brochene Ring.  
Theater am Kollendorfsplatz.  
Hygiene auf Tauris.  
Anfang 3 Uhr.

**Kurfürstentheater.** Der Traubendour.  
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.  
Ninna von Bernheim.  
Anfang 4 Uhr.

**Urania.** Kufs Hatterhorn.  
Zusatz. Der Bismarck und das  
Glücksglasmännlein.  
Kosc. Robinson Crusoe.  
Anfang 7 Uhr.

**Kgl. Schauspielhaus.** Don Carlos.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kgl. Opernhaus.** Der Rosen-  
kavalier.  
Leitung. Die große Liebe.  
Deutsches. Der blaue Vogel.  
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.  
Zirkus Albert Schumann. Gala-  
Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Paris und die Königs-  
schlößer von Versailles.  
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Donath:  
Das Gebiet der kleinsten Kiefer-  
zellen. (Ultraviolett.)  
Königsgräber Straße. Die fünf  
Hauptstädte.  
Kammeroper. Schöne Frauen.  
Deutsches Opernhaus. Der Rosen-  
kavalier.  
Trianon. Wenn Frauen reisen.  
Theater am Kollendorfsplatz.  
Die Studentengraben.  
Komödienhaus. Die Generalin.  
Groß-Berlin. Das Fürstentum.  
Berliner. Filmzauber.  
Montis Operetten-Theater. Der liebe  
Augustin.  
Theater des Westens. Die beiden  
Husaren.  
Deutsches Schauspielhaus. Der  
gute Ruf.  
Kleines. Professor Bernhardt.  
Kleines. Die Frau Präsidentin.  
Thalia. Pappchen.  
Schiller O. Wallenthafer.  
Schiller. Charlottenburg. Reise  
durch Berlin in 80 Stunden.  
Luisen. Berlin-Hamburg-Neu-  
port.  
Metropol. Chauffeur - ins  
Metropol.  
Kosc. Rein Leopold.  
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüsten-  
moral.  
Casino. Am grünen Strand der  
Spree.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Apollo. Brüderlein sein. Spezial-  
itäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Friedr. Wilh. Schauspielhaus.**  
Der Jaungott.  
Lustspielhaus. Majolka.  
Walhalla. Goldener Leuchtturm.  
Folies Caprice. Die Doppelheime.  
Die Tochter der Braut.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Volkstheater.** Helden.  
Anfang 9 Uhr.

**Admiralspalast.** Eisballett: Flirt in  
St. Moritz.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-63.

**Deutsches Schauspielhaus**  
8 Uhr: Der gute Ruf.

**Schiller-Theater O.** Theater.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Wolkenkratzer.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Das Konzert.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Uriel Acosta.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
Misanthrop. Die Schule der Frauen.

**Schiller-Theater** Charlotten-  
burg.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Die Jüdin von Toledo.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Uriel Acosta.**

**Berliner Theater.**  
8 Uhr: **Filmzauber.**

**Theater in der Königsgräber Straße**  
7 1/2 Uhr: **Brand.**

**Theater des Westens.**  
8 Uhr:  
**Die beiden Husaren.**  
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: **Frauenfresser.**  
**Montis Operetten-Theater**  
(fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.  
8 Uhr:  
**Der liebe Augustin.**  
8 Uhr **Residenz-Theater.**  
**Die Frau Präsidentin.**  
(Madame la Présidente).  
Schwanf. 3 Akt v. Hennequin u. Berger.  
Morgen und folgende Tage:  
**Die Frau Präsidentin.**  
Sonntag, 16. Februar, nachm. 3 Uhr:  
**Der Schlafwagenkontrolleur.**

**Theater am Kollendorfsplatz 5.**  
An allen Tagen der Woche 8 Uhr:  
**Die Studentengraben.**  
3 1/2 Uhr: Schülerfest. Hygiene auf Tauris

**Luisen-Theater.**  
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-  
vorstellung: Der Bismarck und  
das Glücksglasmännlein.  
Abends 8 Uhr: Berlin-Ham-  
burg-Neuport. Gr. romantisch-  
komisches Ausstattungsspiel von Ernst  
Hillerfeldt. Musik v. Georg Rungh.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 182.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Robinson Crusoe.  
Abends 8 Uhr:  
**Mein Leopold.**  
Sonntagnachm. 3 Uhr: Die goldene Eva.  
Abends 8 Uhr: Mein Leopold.

**APOLLO Theater**  
Ab 8 Uhr:  
Ein beispielloser Erfolg!  
John Hamilton, Schnellmalers.  
The Villions, Radfabriker. The  
Comedy Masters, Ges.-Quartett.  
9 Uhr:  
**Harry Walden**  
in seiner Groteske  
„Der Herzog von Westminster.“

**Zirkus Albert Schumann.**  
Heute Sonnabend, 8. Februar,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Debut! **7 Hegelmans.**  
Die besten Luftvolteure  
der Welt!  
Neu! **Der Mann mit der  
eisernen Faust.**  
Prologiert! **Cisarios  
Löwen- u. Tiger-Gruppe**  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.  
Sonntag, den 9. Februar:  
**2 gr. Vorstellungen 2**  
In beiden Vorstellungen:  
**Der unsichtb. Mensch.**

**Walhalla-Theater.**  
Weinbergweg 19/20, Rosenhof Tor.  
Nur noch bis 12. d. Mt. v.  
**Goldener Leuchtturm.**  
Am 15. Februar: Premiere  
der neuen großen Jahres-Revue  
Parole „Walhalla“.

**Metropol-Theater**  
Chauffeur - ins Metropol!  
Große Jahresrevue mit Gesang und  
Tanz in 10 Akten.  
**Otto Reutter a. G.**  
mit täglich neuem Repertoire.  
Anfang 8 Uhr. Rausen gestaffelt.  
Morgennachm. 3 Uhr: **Tata Toto.**

**Theater Königstadt-Casino.**  
Ecke Holzmarkt u. Alexanderstraße.  
1 Minute v. Bahnh. Rammowstraße  
Tägl. abds. 7 1/2, Sonnt. 7 1/2 Uhr:  
**Pappchen tadellos.**  
Bosse m. Ges. in 1 Akt - und das  
groß. Spezialitätenprogramm  
Jed. 1. u. 16.: Programmwechsel.

**„Clou“** :: Berliner ::  
Konzerthaus  
Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert!**  
Musik des 2. Garde-Regiments z. F., Dirig. Oberm. Graf.  
- Zillertaler und Tegernsee Sänger  
Schuhplattler und Jodler!  
Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelhiere.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 108/114  
Täglich:  
**Bockbierfest**  
in den bayerischen Alpen.  
Wunderbare Alpendekoration.  
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Zirkus Busch.**  
Heute Sonnabend, 8. Februar,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Neu! **Der mysteriöse Deckenläufer.**  
Nur kurze Zeit: Das Magen-  
Phänomen **Mac Norton.**  
Herr Burkhardt-Footit, Schul-  
reiter a. d. Vollblüter Donald.  
Ferner das gesamte große Gala-  
Programm.  
Zum Schluß:  
Die große Prunk-Pantomime  
**„Sevilla“.**  
Avis: Sonntagnachm. 3 1/2 U.  
„Unter Gorillas“.

**Herrnfeld Theater**  
Der Höhepunkt  
des  
Lach-Erfolges!  
**Wüstenmoral**  
**Die Alpenbrüder**  
mit Anton und Donat Herrnsfeld  
in den Hauptrollen.  
Anf. 8 Uhr. Vorderl. 11-2 (Theaterf.)

**Volks-Theater**  
Neutölln, Hermannstr. 20.  
Sonntag, Anfang 7 1/2 Uhr:  
Gesp. v. Walt. Graevenig: Kasernen-  
luft. Militärchaudiel in 4 Akten von  
Elein und Schögen.  
Montag, Anfang 8 1/2 Uhr:  
Der Pfarrer von Kirchfeld. Volksst. m.  
Ges. in 3 Akt. v. Ludwig Anzengruber.

**Urania**  
Wissenschaftliches Theater.  
**Taubenstraße 48/49.**  
Sonnabend  
4 Uhr: **Aufs Hatterhorn!**  
8 Uhr: Paris und die Königsschlösser  
von Versailles.  
Hörsaal 8 Uhr:  
Prof. Donath: Das Gebiet der  
kleinsten Aetherwellen. (Ultraviolett.)

**Trianon-Theater.**  
Wenn Frauen reisen.  
Anfang 8 Uhr.

**Union-Theater**  
Alexanderplatz  
Unter den Linden  
Moritzplatz  
Hasenheide  
**Heute**  
und folgende Tage:  
„Der fremde Vogel“  
Eine Liebestragödie  
im Spreewald in 3 Akten  
von Urban Gad.  
In den Hauptrollen:  
**Asta Nielsen**  
die Duse der Kinokunst  
und  
**Carl Clewing**  
vom Kgl. Schauspielhaus  
Berlin.  
Neu-Aufführung.

Außerdem:  
in allen fünf Union-Theatern  
Neueste und erlesenste  
**Lichtkunst-Spiele**  
Dramen, Humoresken,  
Naturschilderungen.  
:: Neueste Tagesereignisse ::

**Admiralspalast.**  
Allabendlich:  
Das neue mit durchschlag.  
Erfolg aufgef. Eisballett  
**Flirt in St. Moritz**  
1. Akt: Wintersport in  
St. Moritz. 2. Akt: Soiree  
im Luxushotel.  
3. Akt: Japanisches Fest.  
Unter Mitwirkung  
der kl. Charlotte.  
Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb Kass.  
Preise. Wein- u. Bier-Abt.

**Voigt-Theater.**  
Gejundbrunnen, Babirake 58.  
Rosen Sonnt. 9. Febr. nachm. 3 Uhr:  
Rean oder Genie u. Leidenschaft.  
Abends 7 Uhr:  
**König Krause.** Volksst. mit Ges.  
in 4 Akten,  
von Jul. Keller und Herrmann.  
Kasseneröffnung 10 Uhr.

**Passage-Panoptikum**  
**50 wilde**  
**Weiber** Männer  
Kinder  
vom Stamme der Igorroten.  
Lebend! Ohne Extra-Entree!

**Folies Caprice.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Die drei Saison-Schlager:**  
In Sachen Sabenstein.  
Die Doppelheime.  
Die Tochter der Braut.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Neu!  
**Meyers Hosen.**  
Humoreske.  
Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater**  
Rothbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:  
Allabendlich ausverkauft.  
Stürmische Heiterkeit!  
Die Berliner Zerkalpoße  
Am grünen Strand d. Spree.  
Größter Kassenerfolg seit Bestehen.

**Admiralspalast.**  
Allabendlich:  
Das neue mit durchschlag.  
Erfolg aufgef. Eisballett  
**Flirt in St. Moritz**  
1. Akt: Wintersport in  
St. Moritz. 2. Akt: Soiree  
im Luxushotel.  
3. Akt: Japanisches Fest.  
Unter Mitwirkung  
der kl. Charlotte.  
Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb Kass.  
Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.



Achtung!

Achtung!

Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr:

# Protest-Versammlung

im Marinehaus, Brandenburger Ufer 1  
(zwischen Waisen- und Zannowbrücke).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Adolf Ritter über: Die Annahme der Kommunalbiersteuer im Steueraussschuß und ihre Folgen für die in den Brauereien Beschäftigten. 2. Beschlußfassung.

Kollegen! Erscheint in Massen in dieser Versammlung. Es gilt, energischen Protest einzulegen gegen die die Interessen der Brauereiarbeiter so schwer schädigende kommunale Biersteuer. Also nochmals Kollegen, agitiert für einen Massenbesuch dieser Versammlung!

**Kein Mann darf fehlen!**

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Verband der Böttcher, Ortsverwaltung Berlin.

Verband der Maschinisten und Heizer, Ortsverwaltung Berlin.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part.  
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787.

Fillale Berlin.

Arbeitsnachweis: Räderstraße 9  
Fernsprecher: Amt Norden 6708

Sonntag, den 9. Februar 1913, vormittags 9 Uhr:

# Mitglieder-Versammlung

in der Brauerei Friedrichshain (am Königstor).

Tagesordnung:

**Der Stand unserer Tarifbewegung.**

Kollegen! In dieser Versammlung muß jeder Maler und Anstreicher erscheinen. Wir er- suchen, recht pünktlich um 9 Uhr zu erscheinen, da der Saal um 11 Uhr geräumt werden muß.

Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes aus sämtlichen Brauereien und Niederlagen Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 9. Februar 1913, mittags 1 Uhr, im Deutschen Hof, Luckauer Str. 15, großer Saal (Nähe des Marktplatzes):

# Große Protestversammlung.

Tagesordnung:

Die in Aussicht genommene Kommunal-Bierbesteuerung für Berlin und welche Nachteile erwachsen der in den Brauereien tätigen Arbeiterschaft als auch der konsumierenden Arbeiterschaft im allgemeinen dadurch?

Referent: Stadtverordneter Genosse Rechtsanwalt **Dr. Kurt Rosenfeld.**

Diskussion und Beschlußfassung.

Kollegen! Schon wieder werden wir durch eine drohende Besteuerung des Bieres in unserer Existenz bedroht, nachdem die Steuern, welche die Durchführung der letzten Biersteuerreform im Jahre 1909 ge- schlagen hat, noch nicht einmal bernahrt sind. Es gilt deshalb Protest zu erheben gegen diese geplante Biersteuer für Berlin und ist es Ehrensache jedes Brauereiarbeiters, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Brauereiarbeiter, Kutscher und Mitsfahrer! Seht durch Massenbesuch dieser Versammlung, daß Ihr die Gefahr, welche für Euch heraufbeschworen wird, begriffen habt. **Keiner darf fehlen!**

61/17

Die Branchenleitung.

**Eisen-Malzbiere „Fermaltan“**



Hervorragendes Stärkungsgetränk, eisenhaltig, alkoholfrei, extraktreich, appetitanregend, ärztlich empfohlen pro Flasche 20 Pf. in allen einschlägigen Geschäften käuflich oder bei der **Cöwen-Brauerei A.-G., Berlin N.** Flaschenbier-Abteilung Fernspr.: Norden 10370, 10371, 10372

# Verband der Schneider.

Fillale Berlin I.

Sebastianstr. 37/38, Querg. II. Telefon: Amt Marktplatz, 9737.

# Herren-Konfektionschneider.

Sonntag, den 9. Februar 1913, mittags präzis 12 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23:

# Öffentl. Konfektionschneider- u. Schneiderinnen-Versammlung.

Tagesordnung:

Der gegenwärtige Stand unserer Lohnbewegung und die Angebote der Arbeitgeber. Referent Kollege **Kronke.** - Verschiedenes. 162/14

Es ist unbedingte Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, in dieser Versammlung zu erscheinen. Niemand darf fehlen!

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, ebenfalls in der Brauerei Friedrichshain:

# Sizung der Vertrauensleute.

Jedes Geschäft muß vertreten sein.

Die Kommission der Herrenkonfektion.

Gramm, Humorist, Gesellschaft, Vorlingstraße 9.

# Möbelfabrik Hoffnung.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Berlin, Krausstr. 52.

Am 23. Februar, vorm. 10 Uhr. In unseren Geschäftsräumen, Krausstr. 52:

# Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates.

2. Genehmigung der Bilanz.

3. Neuwahl des Gesamtvorstandes und des Aufsichtsrates.

Der Vorstand.

# H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak von

**G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**

Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.

Amt IV, 3014.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714

Montag, den 10. Februar 1913, abends 9 1/2 Uhr:

# Bezirks-Versammlung

für Ober-Schöneweide, Nieder-Schöneweide, Johannisthal und Umgegend

im Lokale von Prochowski, Ober-Schöneweide, Rathausstr. 13

(gegenüber der Post).

Tagesordnung:

1. Aufstellung der Kandidaten zum Gewerbegericht.

2. Neuwahl der Bezirksleitung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Dienstag, den 11. Februar 1913, abends 6 Uhr:

# Branchen-Versammlung der Metalldrücker Berlins u. Umgegend

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenvertreter und der Kommission. 4. Verbandsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Kollegen! Im Interesse unserer Branche ist es notwendig, daß zu dieser Versammlung es sich jeder Drücker und Drückerpolierer zur Pflicht macht, zu erscheinen.

# Branche d. Maschinen-Arbeiter und -Arbeiterinnen.

Die am Sonntag, den 9. Februar cr., nachmittags 5 Uhr, stattfindende Branchenveranstaltung mit Lichtbildervortrag findet nicht, wie angegeben, in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße, sondern in „Kellers Festsaal“, Köpenickerstraße 29, statt.

Die Vertrauensleute werden ersucht, die nicht abgefehten Karten am Eingang des Saales abzugeben.

# „Die Gewerkschaften und die Arbeitsvermittlung“.

Vortrag von

P. Umbreit

ist als Broschüre erschienen und in unserem Bureau sowie bei allen Bezirks-fachleitern für 10 Pf. der Stück zu haben.

Die Ortsverwaltung.

112/10

Für jede Witterung ist der Salamanderstiefel zu empfehlen. Seine Zuverlässigkeit werden Ihnen seine Träger bestätigen.



Einheitspreis 12.50

für Damen u. Herren M.

Luxus-Ausführung - M. 16.50

Fordern Sie Musterbuch V



# Salamander

Schuhges. m. b. H., Berlin.

Zentrale: W 8, Friedrichstrasse 182

- |                             |                                  |
|-----------------------------|----------------------------------|
| 1. W 8 Friedrichstrasse 182 | 10. W Martin-Luther-Strasse 2    |
| 2. SW Friedrichstrasse 221  | 11. NO Gr. Frankfurter Str. 102  |
| 3. SW Friedrichstrasse 204  | 12. S Oranienstrasse 42          |
| 4. N Friedrichstr. 118/19   | 13. NW Turmstrasse 9             |
| 5. C Königstrasse 47        | 14. Charl. Wilmsdorfer Str. 126  |
| 6. W Potsdamer Strasse 5    | 15. Steglitz, Schloss-Strasse 20 |
| 7. C Rosenthaler Tor        | 16. Friedenau, Rheinstrasse 1-3  |
| 8. W Tauentzienstrasse 15   | 17. Spandau, Breite Strasse 30   |
| 9. N Badstrasse 20          | 18. Potsdam, Nauener Strasse 24  |

# Gegen die Polenpolitik!

In unserer Zeitschrift ist erschienen:

# Die preußische Polenpolitik.

Von Hermann Wendel.

Preis 1,20 Mk. Ungerfährte Vereinsausgabe 60 Pf.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

**KREDIT FEDER**

Zentraler Brunnenstrasse 1  
1. Filiale: Frankfurt  
2. Filiale: Kottbuser Allee 83  
3. Filiale: Danzig 102

**Möbel-Einkauf**  
311 Wilmstr. 7-10

Anzahlung nach Ueber- sichten  
Komplette Wohnungs- einrichtungen  
Einzelne Möbelstücke  
Polster- u. Leder-Möbel  
Größte Auswahl!  
Konfirmanden-Staat für Knaben u. Mädchen  
Herren- und Damen- Garderobe  
Kinder-Kleidung

GRATIS: UT-Billette  
Handtaschen, Hüte  
Handschuhe usw.

**Aufruf an die Arbeiter Berlins!**  
Die anhaltende Teuerung zwingt einen jeden, sich vor Uebervorteilung zu schützen. Kaufen Sie nur beim Fachmann.

# 1 Mark

wöchentl. Teilzahlungen

liefere elegante fertige

# Herren-Garderoben

Ersatz für Mass

Anfertigung u. Mass

Tadellos Ausführung

Julius Fabian

Schneidemeister

Gr. Frankf. Str. 37

Eingang

Straßenberger Platz.

2. Gg. Turmstr. 18

auf 1. Etage.

1. Sala Laden. 17

# H. Pfau, Bandagist

Berlin Dirksenstraße 20

C., zwischen Bahnhof Alexanderplatz und

Golzigprähidium. - Amt Kat. 3208.

Für Damen Frauen-Bandierung.

Referant für alle Krankenkassen.

Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstr. 69

# Führer durch die Reichsversicherungs-Ordnung.

I. Die gemeinsamen Vor- schriften u. d. Verfahren.

Preis 40 Pf.

Dieses Heft enthält

auch die Formulare, wie

sie bei der Einrichtung

von Klagen und Ein-  
gaben zu verwenden sind.

II. Die Krankenversiche-  
rung.

Preis 30 Pf.

III. Die Gewerbe - Unfall-  
versicherung. Pr. 30 Pf.

IV. Die landwirtschaftliche  
Unfallversicherung.

Preis 40 Pf.

V. Die Invaliden- u. Hinter-  
bliebenenversicherung.

Preis 30 Pf.

Die Gesetzesführer sollen

dem Laien Gelegenheit geben,

sich in diesen Gesetzen zu-

rechtzufinden. Sie sind des-  
halb von Sachkennern in

leichtverständlicher Form ver-  
faßt und werden zu möglichst

billigen Preisen abgegeben,  
damit sie jeder Versicherte

sich anschaffen kann. Nur  
wer mit dem Inhalt der Ge-  
setze vertraut ist, kann sich

und seine Familie vor Schaden  
bewahren.

Auch durch die „Vorwärts“-  
Speditionen zu beziehen.



**Alkoholfreie Getränke**

**Franz Abraham**  
Korn, Weiss- u. Rotweine, Kell.  
N. 4, Berlinstr. 39, Fernsp. Kr. 13738  
Bestes alkoholfreies  
Getränk.  
Berlin O, Radolfstr. 4.

**Arbeiter-Bekleidung**

Hamburger Laden, Charl. Wallstr. 49

**Auto-Fahrschulen**

Sanke  
Gr. Frankfurterstr. 44  
Eintr. 15 Gl., Tella. gest.

**Bäckereien, Konditor.**

**Blottner's  
Großbäckerei**  
Geschäfte in  
Berlin,  
Charlottenburg,  
Schöneberg,  
Wilmerdorf.

**Brot-Fabrik „Vorwärts“**

Hermann Ulrich, Köpenick.  
Franz Paulwetter, Mantelstr. 47.  
E. Freyer, Bismarckstr. 72, E. Bäckerei  
Georg Geatz, Memelerstr. 30  
M. Gruschka, Königsbergerstr. 35

**Oskar Hanke's Brotbäckerei**

75 Geschäfte  
in allen Stadtteilen  
Berlins  
und in Hildorf.  
Gegründet 1892.

**Ladenhelfer, O. Weg 64.**

Franz Ludwig, Kochhausstr. 53  
Emil Lieske, Grüner Weg 122.  
August Mantz, Ebertstr. 57.  
Hermann Markus, Rigauerstr. 107  
Nattke, Gipsstr. 9.  
E. Mertins, Reichsbergerstr. 108.  
Fritz Müller, Brunnenstr. 87.  
Roman Nowak, Wienerstr. 8.  
Friedrich Ost, Madisstr. 10.  
Herm. Proell, Nonnenstamm.  
Friedrich Probst, Adressstr. 51

**Bäckerei „Nordstern“**

Inh. Gust. Müller  
Filialen in verschied. Stadtteilen

**Ranfft**

Beichenbergerstr. 176  
Admiralsstr. 38 u. 19a

**Arthur Roemer, Kolb. Damm 101**

Walter Rohr, Anklamerstr. 26.  
Max Sander, Dünkerstr. 23.  
Otto Schmidt, Adnaberstr. 27.  
Helm. Schubert, Boxh. Chaus. 5/6  
Sikorski, Weisses-Helmsdorferstr. 11  
R. Schade, P. Allee-St. 5 Fil. O. N. O.  
Paul Sorge, Proskauerstr. 21

**Rich. Schenk**

Strasse 28, P. Schläpfer, Anklamerstr. 15.  
H. Spillmann, Grüner Weg 115.  
Gustav Tappitz, Prinzen-Allee 61.  
Carl Tenzler, Schlesischestr. 13.  
F. Tiedemann, Behr.-B. Kastir. 17.  
Filialen in allen Stadtteilen.

**Turban**

Josef Ulrich, Mantelstr. 103.

**Volksbrot, E. G. m. b. H.**

Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.  
K. Walter Jr., Löwestr. 18

**Wermann Weid**

Oberstr. 55  
Fil. Ackerstr. 3

**Wilhelma**

Beaufabrik  
Adressstr. 33.  
Otto Winkler, Nannysstr. 73.  
E. Wolff, Grüner Weg 75.

**Bad**

**Arkana-Bad**, Anklamer-Str. 24.  
**Bad Ostend**, Landsbergerstr. 107  
Göllnowstr. 41.  
**Bürgerbad**, Webersstr. 40 b  
Amst. Kest. 894.  
**Central-Bad**, Münzstr. 2.  
**Münchener Bad**, Anzengruberstr. 25.  
Neukölln, Münchenerstr. 51

**Original Lohland Bad**

früher Münsel, Wallstr. 70/71

**National-Bad, Brunnenstr. 9**

**Passage-Bad**, Kottbuser-  
Damm 79.  
**Reform-Bad**, Wiener Str. 66.

**Silesia-Bad**

Schlesische Str. 31.

**Viktoria-Bad**

Kottbuser Damm 75  
Friedrich-Wilhelm-Bad  
Chausseestr. 97.

**Bandagen, Gummw.**

R. Bauke, Stralsauer Str. 56.  
Berkholz, Köpenickerstr. 70.  
Lange, A. B., Brunnenstr. 167.  
Liepe, Schöneberg, Grenzwaldstr. 20  
Meyer, P. Allee, Berlinstr. 48-50  
J. Ch. Pöhlmann, Isthmstr. 90.  
Reiche, A., Seydelstr. 15.  
Zaremba, Weinbergsweg 1  
Drog.-hyg. Artikel.

**Erscheint 2 mal wöchentlich.**

**Drogen u. Farben**  
**Amal**  
Hausmittel

Reinh. Ansmus, Gerichtestr. 10.  
Gustav Borsig, Weidenweg 80.  
Brunnenstr. 108 u. 157  
Apotheker  
H. Wiegand

**Knebeck-Drog.**  
Hormannstr. 119.  
Krönings-Adler-Drogerie, Lankestr. 7.  
P. Lehke, Köpenickerstr. 83, Parfüm  
Alfr. Marsch, Culmstr. 37.  
Rathaus-Drogerie, Nilla, Bismarckstr. 24.  
Neukölln  
Nermannstr. 57  
G. H. Prentel.

**Alfred Hoffmann**  
Prinzenstr. 103  
Fr. Schlusmann, Liebaustr. 22.  
Hugo Schultz, Müllerstr. 102a.  
H. v. Gumbert, Photogr.-Artikel,  
Güterweg 14, Wilhelmstr. 44

**Erich Proff**  
Drogerie, H. v. Gumbert, Seifen-Blätter,  
Werder-Drogerie, Filla, Kottbuserstr. 54  
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 50

**Beordig.-Anst. Sargm.**  
Bredlow, Harnisch, 13 Werberstr. 13  
Otto Böttner, Neukölln, Ringstr. 32.  
H. Fischer, Bohlenstr. 11  
Beckow, a. Bad, Kottbuserstr. 11  
Oppenheimerstr. 1  
Max Fuchs, Frankfurter-Allee 170  
Hansich, Weisses-Helmsdorferstr. 191  
Hinkel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 27  
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a  
H. Petermeyer, Strelitzerstr. 3.  
Peter-Schley, Wilh., Zossenstr. 11.

**Berufskleidung**  
Keiner, Otto, Gerichtestr. 86.  
Roter-Laden, Schöneberg, Esplan. 149

**Bierbrauereien, Bierh.**  
W. Adelung & A. Hoffmann  
Alt-Brunner, Potsdam-Br. Siedler,  
Berlin SW, Tempelhofer Ufer, 13  
Brandstr. 11, W. H. Harnischstr. 119  
Spez. Potsd. Stangenbier

**Brauerei Königstadt**  
feinste Qualitätsbiere.

**Brauerei Tivoli**  
Weiß- u. Malz-  
Bier-Brauerei,  
Fruchtstr. 37

**Caramel-Weißbier**  
fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich,  
Berliner Weißb.-Brauerei E. Willmer.

**Deutsche Bierbrauerei A. E.**  
Berlin-Fischeltdorf

**Groterjans**  
Malzbier, Schick-Allee 130, T. III, 5042

**C. Habels Brauerei**  
hell - Habelbräu - dunkel.  
Heupel, E., Müllerstr. 136 d.

**Goldbier**  
ist nicht nur ein  
Erfrischungsgetränk, sondern  
auch ein  
Gesundheitsbier ersten  
Ranges.

**Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.**  
Luisenbrauerei Wellensee.

**Münchener Braubaus Berlin.**

**Löwen-Brauerei**  
vortreffliche Fass- und  
Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönhastr. 23.  
**Vereins-Brauerei Teutonia, NW 07.**

**Victoria-Brauerei**  
Victoria-Saazerbräu

**Weissbier, C. Breithaupt,**  
Palisadenstr. 97, Tel. A. VII, 2624

**Blumen und Kränze**  
Oskar Albertus, Müllerstr. 41.  
Blumen-Fischer-Zöllner Seest. 60  
E. Dejar, K. Allee, Friedr. 30, Bergstr. 14  
O. Hahn, 5 Tegeltia, Albrechtstr. 101  
Petersburgerstr. 11

**C. Laurent**  
F. Müller, Danzigerstr. 17.  
Gärtner, A. v. Meißner, Nill, Drog. Hdt.  
W. Rutschke, Nilla, Hermannstr. 53

**Topfplanzen aller Art**  
Brig. Rudowstr. 22, Tel. N. 114  
Zastrow, H. Yorinerstr. 24.

**Butter, Eier, Käse**  
Butterhandlung  
**J. F. Assmann**  
35 Filialen in Berlin O.

**Drei Kronen**  
Carl  
Davidsohn

**Gebäude Groh**  
40 Filialen  
in Berlin und Vororten

**August Holz**  
15 Detail-  
Geschäfte.

**F. HAGEN**  
22 Verkaufsstellen 22

**Gebäude Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**

**With. Pleß, Buttergroßhdlg.**  
Berlin O, 34, Rosenthalerstr. 40  
Backst. 10/11, Fernsp. A. 307 2317  
Schulz, Arth. Nilla, Hermannstr. 43

**Gust. Schulze & Sohn**  
Kosmalla, E., 4 Detail-  
Geschäfte

**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen

**Uhlly & Wolfram**  
Vereinigte  
Pommersche  
Metereien 48  
Verkaufs-  
stellen.

**Cacao, Chocolate**  
Adler's Konditorei, Wraselstr. 17.  
Althaus, Krüster-Bad, Lützowstr. 46.

**STOLWERCK**  
Gold Silber Kupfer  
Schokolade - Kakao  
In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind  
untereinander gleichwertig und  
unterscheiden sich, wie die  
deutschen Edelweine, nur durch  
ihre Aromen.

**Cylix, G.** Filialen 1. all  
in 2. all  
Ferd. Hahn, Berlin, Petersburgerstr. 73

**Seiffert, E.** Filial. in Berlin  
und Vororten

**Fordern Sie**  
**Kakao und Schokolade**  
**Wesenberg**

**Cigarrenhandlungen**  
P. Hofer, Kottbuser-Damm 79  
Hilberstr. 27, Admirastr. 2, Dresdenstr. 16

**Klein, Wilh.** Müllerstr. 194  
Oberbaum 1.  
Krankow, Fr. NW, Wicelstr. 47.  
J. Nothmann, NW 67, Turmstr. 50.  
G. & S. Poterke, 59, Kottbuserstr. 14.  
W. Schuster, N. L., Neanderstr. 28.  
Alb. Werner, Ecke Bismarckstr. 10

**Damenkonfektion**  
Neukölln, Bergstr. 133.  
Gelegenheitskonfekte.

**Domrowsky**  
Charl. F. 31, 11  
Ankerstr. 24, 11  
Kottbuserstr. 73  
Brinzenstr. 11

**Restat, J.**  
Oskar Wolfburg, Brunnenstr. 56.

**Eisen- u. Stahlw. Waff.**  
Aln. O., Nilla, Kaiser-Friedrichstr. 9  
W. Allger, Mulsenstr. 24.  
Heutel, C., Boxh. Neue-Bahnstr. 31/26  
Herm. Braun, Landsb. Allee 149  
Grüner Weg 49  
Wraselstr. 30.

**Otto Belgig**  
Emil Braun, Adressstr. 75 Ecke Bismarck-  
str. 11  
G. Brucklacher, Adressstr. 11  
F. Beutel, Nilla-Kaiser-Friedrichstr. 77  
Flack, K., Spania, Köpenickerstr. 24.  
Carl Jung, Stromstr. 31.  
Franz Jocher, O. Frank, Allee 199.  
Eugen Heum, Nilla, Wallerstr. 19

**Junghuth, Hermannstr. 172.**

**H. Rockstroh**  
Berlin  
Rühlmann, P. Müllerstr. 40b, E. Beest.  
F. Schmidt, Teigt. 10, E. Beest.  
Schlach, Th., Nilla, Hermannstr. 43  
E. Timm, Schick, Waldemarstr. 73  
Müller, Adressstr. 29  
Herm. Warschade, Straße 24  
Alex. Weimar, Alexandrinerstr. 100  
(Inh. Otto Janke).

**Fahrrad-, Nähmaschinen.**  
Fahrrad-Leihhaus Lohmann  
Neue Schönhauser-Str. 11.

**Fahrrad-Haus Frischeauf**  
Brunnenstr. 35.  
Gründung und Eigentum der  
radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrrad, Schallpfl., u. Eisenb. 47a  
W. Mallochs, Oberbaumstr. 2, 107

**Färbereien, Wäscherei.**  
Groß-Dampfwäscherei  
„Spreizke“  
Berlin SO., Forsterstr. 4-8  
Tadellose Wäsche! Billigste Preise!

**Ch. Engelhardt**  
Neukölln  
Filialen in allen Stadtteilen  
Groß-Berlins.

**Conkordia**  
Wäsche-  
anstalt  
Gerichtestr. 22  
Tel. III 1309

**O. Naefe**  
Färberei u. chem. Wäscherei  
I. Herren- u. Damengarder.  
Läden in allen Stadtteilen  
Berlin, Hildorf, Schöneberg

**G. Kullick, Färb., Wäscherei**  
F. v. d. Adelstr. 11, Weidenweg 41  
Hilberstr. 54, Wicelstr. 9  
Müllerstr. 10, Neukölln, Hermannstr. 27-29

**Fleischhandlungen**  
Neukölln  
Berliner Str. 42.  
E. Pehling, Eilbingerstr. 26.  
Berger, 5 u. 57.  
Winkler & Bärthold, 53 u. 55

**Fleischer u. Wurstw.**  
G. Aming, Neukölln, Eisenstr. 74  
August Bräntlein, Dünkerstr. 78.  
Lützowstr. 10  
O. Aschenbach, Kaiserin  
Augusta Allee 2.  
Haus Böhm, Weidenweg 21.  
A. Bentele, Theaterstr. 21.

**Wilhelm Behr**  
Wurstfabrik.  
Speck- und Schinkensalerei.  
Berlin-Schöneberg, Köpenickerstr. 47-49

Beste und billigste Bezugs-  
quelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Eilbingerstraße 58.  
Ph. Christ, Petersburgerstr. 42.  
Darge, O., Finowstr. 5.  
Thilo Dorgerloh, Lützowstr. 23  
St. Doraszewski, Ebertstr. 27  
W. Dör, Schivelbörnerstr. 27  
August Fenger, Grünauerstr. 9  
Feyerherm, P., Al-Bachhaus 11.  
W. Friedmann, Nilla, Warthestr. 7.

**Oskar Fröhlich, Ebelingstr. 16.**  
Willy Gericke, Petersburgerstr. 21  
Albert Götz, Frankl. Allee 121  
Fr. Gerlach, Tauringenerstr. 1a  
Gustav Girra, Waldemarstr. 21.  
Rob. Glense, Weisses, Ost Adlstr. 13

**Otto Grube**  
Neue  
Hochstr. 37.  
Oranien-  
Str. 17.  
Fleisch-u. Aufbehn-  
Centr., Wicelstr. 150.  
O. Gleich, Neukölln, Köpenickerstr. 19  
R. Grieger, Charl., Cauerstr. 19  
F. Gutschmidt, Kolonnenstr. 37.  
Heinrich Höhne, Köpenickerstr. 37.  
Köpenicker-  
str. 5.

Fr. Juchacz, Köpenickerstr. 25, Fleisch, Wurst  
H. Imming, Fleischi- u. Wurstw.  
Manufakturstr. 102.  
Helm. Jochims, Ziethestr. 11.  
Wilhelm Kitz, Kniprodstr. 119.  
F. Klarholz, Pintscherstr. 6.  
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.  
Moabit

**Bruno Keller**  
Huttenstr. 11.  
Otto Koch, Alte Jacobsstr. 17.  
Fritz Koebe, N. Adressstr. 11.  
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.  
Ernst Kolbe, O. 112, Weichselstr. 15  
Königsbergerstr. 37.

**M. Kops, Reichelstr. 154.**  
H. Künert, Schöneberg, Gothenstr. 41  
A. Lange, Reichelstr. 113  
Rob. Lindner, Neukölln,  
Niemestr. 8  
Wilhelm Lieberr, Weiden-  
weg 73.

**L. Lindemann, Emdenerstr. 45.**  
August Lincke, Alte Jacobsstr. 26.  
Emil Lindigkeit, Michaelkirchstr. 4.  
Lochmann, Malpiquestr. 23.  
Rostockerstr. 43.

**Luebbe, Joh.** Fleisch- u. Wurstw.  
Lebensmittelvertr. Kaiser-Wilhelmstr. 103  
Aug. Maar, Schulstraße 103  
Märk. Fleischkons. Nilla, Warthestr. 17  
M. Mausberger, Nilla, Kaiserstr. 14  
Max Metzler, Rigauerstr. 16.  
R. Müller, Pankow, Wollbankstr. 101

**A. Möbes Nchf.**  
Fleischwaren u. Wurstfabrik  
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4.

Georg Naumann, Görtnerstr. 19.  
F. Neborowsky, Frankfurter  
Allee 178.

**N. P. Zimmermann**  
Anklamerstr. 17

**Paul Nuss**  
Stollpische  
Str. 26.  
Große  
Frankfurterstr. 13.

**P. Reibel**  
Wurstfabr., Landsb.-  
Allee 199, Spz. Roll-  
schick, Nusschick, Schickspack

**Riedel, B.** Hermannstr. 46.  
Rodewald, Fritz Allee 7, Tel. 3204.  
Franz Rose, Frankl. Chausse 21.  
Ottomar Rudolph, Görtnerstr. 17  
Herm. Raubold, Ziethestr. 11  
A. Rehmet, Moab., Parlobergerstr. 23  
E. Rummelant, Theaterstr. 69  
Hermann Schmidt, Theaterstr. 69  
Gehr. Schulz, Lützowstr. 7.  
W. Seelig, Christburgerstr. 45.  
Max Schlack, Langestr. 57.  
Th. Scheuermann, Helmholzstr. 1.  
Otto Schmalz, Jahstr. 1.  
Schramm, Federstr. 21, Tept. N. 11707  
Otto Schleuniger, Nilla, Bismarckstr. 21

**Otto Schubert**  
Köpenickerstr. 94.  
Spez. Wurst-Gesch.

Aug. Szerygiel, Nilla, Teptenstr. 110  
Hohenried-  
bergstr. 1.

**E. Schauer, Huttenstr. 70.**  
E. Seherberg, Reichelstr., Hansstr. 9.  
Max Schubert, Müllerstr. 156a.

**Stegard Fleisch-Zentrale**  
Stegardstr. 22  
Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr.  
F. Sommermann, Reichelstr. 136  
E. Trapp, Wuststraße, Waldemarstr. 19  
Gust. Tachoutek, Bräsestr. 93  
Tschernauer, Strömstr. 8.  
Max Tümmel, Christburgerstr. 34.  
Nannysstr. 16  
2. Fleisch-u. Wurst-  
Uplg. Paul, Köpenickerstr. 35.

**G. Vettin**  
Grüner Weg  
57 - 57  
Warschauer Fleisch- u. Wurst-  
Centrale, Warschauerstr. 43

**Otto Zelm, Neuk., Fuldastr. 66.**  
Paul Zwarg, Landsb. Allee 196.  
Ernst Ziffer, Oderbergerstr. 37.  
L. Zimmermann, Kottb. Damm 24.

**Glas u. Porzellan**  
G. Krüger, Wellenburgerstr. 73.

**Grammoph., Sprechm.**  
W. Becker, Chig., Wilmerstr. 127

**Haar-Artikel**  
**Berliner Zopf-Zentrale**  
Inh. Rich. Müller  
nur Kottbuser Strasse 1  
Spez. Champen, Frischer-Salzen  
Unterricht in allen Fächern  
Auf d. Assesse gewährt 10% Rabatt

**M. Metzner**  
Filiale  
Reichenstr. 67.

**Krankenkassenartik.**  
Flacher, Wilh., N. Bismarckstr. 31, 116  
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

**Ustehende Geschäfte**

empfehlen sich bei Einkäufen

**Lederwaren**  
Agnerstr. 108, 110, Wilmerstr.  
**Hermann Callies** Grüner  
Weg 108  
Schöneberg,  
Kolonnenstr. 64.

**Lehranstalten**  
**Zuschneide-Schule des**  
**Deutsch. Zuschneider-**  
**Verbandes e. V., BEIL, W.**  
Mauerstr. 86 88 T. 13401.

**Wahlhandlungen**  
**Bethke, Georg,** Neukölln,  
Allee 44.  
Neukölln, Allee 44.  
Kaiser-Friedr.-  
str. 21, Prinzenstr. 21.  
Treptow, Gräze-Str. 64.

**Bordach G. Nilla, Kaiser-Fred.-Str. 29.**  
Bernhard Danne, Kantienstr. 10-11  
C. E. Flak, N. Pankstr. 22.  
Haff, Herm. Nilla, Hermannstr. 227

**Beinke, Georg,** Neukölln,  
Allee 44.  
Kottbuserstr. 64.  
Weesestr. 193, Friedelstr. 23  
Treptow, Gräze-Str. 64.

**Frese, Ernst** 5 Geschäfte  
im SO.

**Gaage, Otto** Charlotten-  
burg.  
**Paul Gaage, Spandau.** Mehl- u. Kolonialw.  
Bergmannstr. 26.  
Herrn, H. Nilla, Hermannstr. 172  
Karl Huhn, Schererstr. 9.

**Korn, Hugo** Wrasel-  
str. 117.  
G. Lauphler, Turmstr. 90.  
Gus. Meyer, Bism. Str. 11, Wicelstr. 81  
C. Neugebauer, Ober-Schöneberg  
F. Pringmayer, Kolonnenstr. 45.  
Gredelw. Allee 11.  
Jul. Penner, v. a. Lippenerstr.  
Marianenstr. 14.  
Schleinitz, A., Markt, Bismarckstr.  
Kottbuserstr. 103.  
B. Wendler, Reichelendorferstr. 6.

**Möbelmagazine**  
Dachb., F., N. Neue-Jonatanstr. 26.  
J. Deutmann, Gipsstr. 21

**Wilh. Gabberl,** Brunnen-  
str. 102.  
Goppert, Paul, Zossenstr. 22.

**Glaiser, A.,** Alexander-  
str. 42.  
G. Hacks, Wilhelmstr. 20  
König, A., Nilla, Berlinstr. 102.  
Neukölln.  
Herm. Kogel, Hermannstr. 13.

**Küchenmöbel**  
Berliner Küchenmöbel-Fabrik  
Neue Königsstr. 31-33, T. VII 4746

**Lange, Max** Schwebstr. 26  
a. d. Kast. Allee.

**Misch, Siegmund**  
Dresdnerstr. 16 Schönb. Allee 67  
Teilh. u. u. gest. 100

**Möbel-Gelegenheit**  
Anklam, Charlottenb., Wallstr. 38.  
Möbel-Karwan, Waldemarstr. 126-64.  
Hugo Mohr, W. 37, Zossenstr. 32a.  
Charlottenburg.  
F. Neumann, Kaiser-Friedrichstr. 100-1

**Emil Ruffler**  
Tischler-Innungmeister  
Prinzenstr. 34



### Ueber den Umfang der Steuerhinterziehungsversuche

macht sich insbesondere der Arbeiter, dessen steuerpflichtiges Einkommen von dem Arbeitgeber bis auf den letzten Pfennig angegeben werden muß, nur schwer eine richtige Vorstellung. Und doch nehmen diese Bemühungen der Bescheidenden, den Steuerbehörden das richtige Einkommen zu verschweigen, einen ungeahnten Umfang an. Das beweisen die Ergebnisse der Steuerberateranfrage in Charlottenburg zur Genüge. Dabei handelt es sich aber allein um die Steuerpflichtigen, die das Recht der eigenen Steuererklärung haben, also zumeist um Leute, deren Einkommen 3000 M. und mehr beträgt. Solche Steuererklärungen gingen für 1912 12 228 ein. Davon wurden jedoch nicht weniger als 7371 Erklärungen beanstandet, weil die betreffenden Steuerpflichtigen in den Verdacht gerieten, ihr Einkommen nicht richtig angegeben zu haben. Wie berechtigt diese Vermutung war, beweist, daß von den 12 228 Personen auf insgesamt 63 730 355 M. angegebene Einkommen sich infolge der Nachprüfungen auf 82 848 062 M. erhöhte. Die betreffenden Steuerpflichtigen, deren Erklärungen mit Erfolg beanstandet waren, hatten sich also bei ihren Angaben, die sie „nach bestem Wissen und Gewissen“ machen sollten, um die Kleinigkeit von 19 117 707 M. „geirrt“. Da aber die Steuerbehörde rechtzeitig hinter diese „Irrtum“ kam, konnte der Steuerertrag um 35,63 Proz. oder um 680 224 M. in einem Jahre erhöht werden. — Aber noch verblüffender wirken die Zahlen, die sich aus der Nachprüfung der Steuererklärungen ergeben, wenn man die Jahre von 1907 bis 1912 zusammen betrachtet. Dann ergibt sich, daß von 59 460 Steuererklärungen 31 008 beanstandet wurden. Infolgedessen erhöhte sich das deklarierete Einkommen von 309 971 473 M. auf 388 603 62 M., also um 78 632 152 M., die angegeben die in Frage kommenden Personen „vergeffen“ hatten. Der infolge dieser erfolgreichen Nachprüfungen sich ergebende Mehrsteuerbetrag machte 2 788 682 M. aus. Man sieht, es sind keine Kleinigkeiten, um die es sich dabei handelt.

Und doch wird trotz dieser Nachprüfungen das wirkliche steuerpflichtige Einkommen vieler bestehenden Leute noch nicht annähernd erforscht. Es könnten sonst nicht immer wieder Fälle vorkommen, daß sich namentlich nach dem Tode vermögender Personen herausstellt, daß sich dieselben bei der steuererklärenden Angabe ihres Vermögens manchmal sogar um eine volle Million „geirrt“ hatten, und daß nicht selten das Einkommen bei einer gründlichen Nachprüfung aufs Doppelte und Dreifache answillt!

Arbeiter sind — wie gesagt — an diesen Hinterziehungsversuchen so gut wie gar nicht beteiligt. Einmal werden die meisten Arbeiter um die Höhe ihres Einkommens nicht selbst gefragt, zum anderen wird der Arbeiter, dem mal eine Aufforderung zur Selbstveranlagung zugeht, gar nicht daran denken, von seinem zumeist kümmerlichen Einkommen auch noch große Abstriche machen zu wollen. Vielmehr rekrutieren sich die Leute, die sich bei ihren Steuererklärungen „irren“, in erster Linie aus den Kreisen, die sonst nicht laut genug die Pflicht des einzelnen, dem Staat und der Gemeinde zu geben, was sie brauchen, betonen können. Nur wenn diese Leute, die teilweise hohe Staatsämter inne haben, die zum Teil im Wirtschaftsleben und in der Gesellschaft eine große Rolle spielen, selbst zahlen sollen, kommt ihnen ein rettender „Irrtum“ bei der Steuerberateranfrage schnell zu Hilfe. Der Patriotismus findet eben in dem eigenen Interesse eine starke Abkühlung!

### Partei-Angelegenheiten.

**Stierter Kreis.** Abteilung 31. Am Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 Uhr, findet im Rose-Theater, Große Frankfurterstr. 132, eine Theatervorstellung statt. Zur Aufführung gelangt „Papstentwurf“. Willens sind noch zu haben in der Bornsdorfer Straße und bei Dohnt, Liebigstr. 30.

**Trepow-Pausenklubweg.** Stern, Sonnabend, abends von 7 Uhr ab Besuch der Trepowster Sternwarte. Führung durch das Astronomische Museum von 7 bis 9 Uhr. Vortrag mit Licht- und Dreißendern von Herrn Direktor Dr. Ardenbold: „Eine Wanderung durch das Weltall“. Beginn pünktlich 9 Uhr. Von 10—12 Uhr Beobachtung mit dem großen Fernrohr „Saturn“. Kleinere Fernrohre stehen gratis zur Verfügung. Die Willens sind vergiffen.

**Grünau.** Mittwoch, den 12. Februar, abends 9 Uhr, im Lokal Adenicker Straße 88: Mitgliederversammlung, Diskussion über politische Tagesfragen.

**Vernau.** Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Franz Salzmann, Vordorfer Straße. Tagesordnung: 1. Bericht vom preuß. Parteitag. 2. Bericht von der Kreis-konferenz. 3. Vertretung zur Landtagswahl und Verschiedenes.

**Spanbau-Rennendamm.** Dente, Sonnabend, den 8. Februar, abends 9 1/2 Uhr: Volksversammlung bei Kant, Siemensstraße. Tagesordnung: „Reichstag und Landtag“. Referent: Genosse Dr. R. Dieblich.

### Berliner Nachrichten.

In der Dubrow.

In der nächsten Umgebung Berlins wird durch die Spekulationslust des Fiskus der Wald leider immer dünner. Man muß schon weite Touren machen, um in der Mark noch wirklich schönen Wald zu bewundern. Wiederholt haben wir zum regen Besuch des romantischen, stellenweise urwaldähnlichen Blumental bei Strausberg mit dem herrlichen Samengrund geraten. Nicht minder empfehlenswert ist selbst für milde Wintertage, wenn kein Schnee liegt, ein Ausflug in die Dubrow hinter Königs-Musterhausen. Die Dubrow ist seit Jahrhunderten königliches Jagdrevier, und preussische Könige suchten sich zum Jagdvergnügen nicht gerade die schlechtesten Forsten aus. Hier jagte schon der Große Kurfürst. Unter dem „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I., der im Schloß Musterhausen von seinen schweren Regierungsjahren ausruhte und die sogenannten Tabakskollegien abhielt, kamen die Dubrower Reijerjagden in Schwung. Die Dubrower Forst ist von der Natur wie geschaffen zum Reijergrund. Weitenweit sind die nächsten Eisenbahnlinien entfernt. Da Waldhauffen gänzlich fehlen, hat auch das moderne Auto keinen Platz. Selbst die nächsten Dörfer Bät, Gräbendorf, Prieros und Klein-Körns sind weitentlegen. Die Forsthäuser Frauensee, Sauberg, Dubrow und Neubrück bilden die einzigen menschlichen Ansiedlungen. Auf den Seen, welche die Dubrow durchschneiden, ist der Verkehr auch nur gering. Fährt man mit dem Dampfer oder Motorboot nach Teupitz durch den Hölzernen See und die Smölde, so ist man über-

rascht von der traumhaften Stille dieser Gewässer, von den hochragenden Ufern und ihrer fast schivernünftigen Waldsamkeit. Mit vortrefflichem Instinkt haben sich die Reijer an der Nordseite der langgestreckten Smölde angebaut. Seit Jahrhunderten halten sie hier ihre berühmten Horste besetzt, haben sich auch durch das Jagdvergnügen der Menschen nicht vertreiben lassen. Unter dem Soldatenkönig wurden die Reijer mit dem Fellen gejagt und „gebeizt“. Abgerichtete Falken stiegen in der Luft über den Reijer, schossen auf ihn herab und drückten ihn zur Erde, wo er von den Jägern in Empfang genommen, mit einem Ring „gebeizt“ und wieder in die Freiheit entlassen wurde. Später wandelte sich die aus dem Mittelalter entlehnte Sitte der Reijerbeize in regelrechtes Morden der Vögel aus dem Nest heraus, ein Vergnügen eigener Art, wie es nun mal höflichem Geschmack entspricht und sich, übrigens auch noch in anderer Form, ja bis in die neueste Zeit erhalten hat. Aus edlem Weidwerk ward ein Massenabmürken mit Pulver und Blei. Mähelich in der zweiten Hälfte des Juli wird es in der Dubrow an der Smölde lebendig. Dann ist die Brut am besten schußfähig. Die noch nicht recht klüglichen jungen Reijer stehen freischend aufrecht in den Nestern, geben ein treffsicheres Ziel und werden einfach zu Tausenden heruntergeknallt. Die Reijerhorste befinden sich stets in den Wipfeln alter Eichen. Hier sieht man sie zu Hunderten dicht beieinander. Manche Eichen tragen nur ein Nest, andere drei und vier. Alle aber leiden beträchtlich unter der nichts weniger als sauberen Wirtschaft der Reijerfamilien. Sie sterben langsam ab und vermehren durch Entlaubung die Schußfähigkeit. Fällt der junge Reijer vor dem Flüggewerden aus dem Nest, so überlassen ihn die Alten seinem Schicksal. Mitunter stürzen auch ganze Nester, die den Storchnefern ähneln, herab. Schön sieht es also in dieser Reijerkolonie nicht aus, doch ist die Beobachtung des Treibens der Tiere ungemein interessant.

Wer mit der Gölzener Bahn bis Groß-Beften fährt, von da über die Gallunnsbrücke am Payer Bodersee vorbei nach Forsthaus Sauberg wandert, erhält dort meist ohne Schwierigkeit die Erlaubnis, durch das Wildgatter nach Forsthaus Dubrow und zu den Reijerhorsten zu gehen. Den Rückweg nimmt man an den Seen entlang südlich über Forsthaus Neubrück nach Bahnstation Groß-Körns oder nördlich über Prieros nach Bahnstation Friedersdorf. Beide Wege sind gleich großartig. Der Wildreichum ist derart, daß kein besonderes Glück dazu gehört, auf Girische oder gar auf ein Rudel vierbeiniger Schwarzgröde zu stoßen.

### Allgemeine Ortskrankenkasse für das Versicherungsamt Niederbarnim.

Der Kreistag des Kreises Niederbarnim, der kürzlich tagte, fahte neben einer Reihe anderer wichtiger Entscheidungen den Beschluß, für den ganzen Umfang des Versicherungsamtes Niederbarnim eine allgemeine Ortskrankenkasse zu errichten. Der Dezernent, Regierungsassessor Dr. Vormann, berichtete unter Zugrundelegung des ermittelten Zahlenmaterials über den Stand der öffentlichen Krankenversorgung im Kreise und erläuterte im Anschluß daran eingehend die Gründe, die für die Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenkasse sprechen. Im Kreise Niederbarnim bestehen zurzeit 98 Kassen, von denen 34 auf Grund der Reichsversicherungsordnung aufgelöst werden müssen. Da auch die übrigen Ortskrankenkassen aufzulösen sind, mit denen die Bezirke dieser Kassen vereinigt werden sollen, so ergab sich hieraus für den Kreis Niederbarnim eine völlige Neuorganisation des Krankenkassenwesens. Auf Grund eingehender Ermittlungen sei der Kreisabschluss dazu gekommen, dem Kreistage die Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenkasse vorzuschlagen. Der Kreistag lehnte den von dem Amtsrat Wrede-Schönweide gestellten Antrag, eine besondere Landkrankenkasse zu errichten, ab.

Dürfte auch gegen eine Zentralisation der Ortskrankenkassen an sich nichts einzuwenden sein, so muß es doch als ein ganz unerhörter Eingriff in die Selbstverwaltung der bestehenden Kassen bezeichnet werden, wenn ein Beschluß von solch weittragender Bedeutung zustande kommen konnte, ohne daß die Organe der bestehenden Kassen auch nur gehört wurden, ja daß ihnen nicht einmal eine einzige Mitteilung über dies Vorhaben gemacht wurde. Es erscheint dies um so unverständlicher, als bekanntermaßen die Mehrzahl der Ortskassen bei dem Versicherungsamt den Antrag auf Zulassung oder auf Ausgestaltung zur sogenannten allgemeinen Ortskasse gestellt haben; ein Bescheid darüber ist den Kassen noch nicht zuteil geworden und so muß ein solches Vorgehen den schärfsten Widerspruch herausfordern. Der Eifer für eine solche Zentralisation erscheint auch um so befremdlicher, als bislang dieselbe Behörde recht wenig dazu getan hat, wenn es sich darum handelte, dem sich gerade im Kreise Niederbarnim recht breit machenden Innungsunfug zu begegnen, der sich darin betätigte, Innungs-zwergklassen zu gründen. Es dürfte angebracht sein, daß die Kassenorgane diesem Streich mit dem allerhöchsten Protest begegneten, denn alles was bislang zum Wohl der Versicherten geleistet wurde, ist der Arbeit aller Beteiligten in den Selbstverwaltungsorganen der einzelnen Kassen zu danken, die jetzt in einer recht sonderbaren Art beiseite geschoben werden.

Parlamentarischen Besuch erhielt gestern das städtische Obdach durch eine Anzahl von Mitgliedern des Abgeordnetenhaus. Sie fanden alles vorzüglich eingerichtet und sollen selbst die Abendsuppe gekostet haben. Um das Obdach richtig kennen zu lernen, hätten sie auch eine Nacht auf den Brüdchen durchkosten sollen.

Umfangreiche Futterdefraudationen beim 1. Garde-Drägerregiment bildeten den Gegenstand einer Anzeige, die gestern das Kriegsgericht der Garde-Kavallerie-Regiment beschäftigte. Auf der Anklagebank saß der Sergeant Wäge von der 1. Eskadron des 1. Garde-Drägerregiments. Es wurde ihm militärisch geartete Missetatung von Proviant aus den Futtermagazinen in Tempelhof zur Last gelegt. Seit etwa drei Jahren war der Angeklagte Futtermeister. Er bekam als solcher noch eine Zulage, kam aber trotzdem mit seinem Gelde nicht recht aus. Um aus dem Geldverlegenheiten herauszukommen, setzte er sich mit dem Kasernenarbeiter S. in Verbindung, der ihm öfter kleinere Summen vorstreckte. Während des letzten Wanders fand er ihm schließlich fünfzig Mark. S. hatte aber recht schlechte Aussichten auf die Wiedererlangung der verlehren Gelder. Der Futtermeister wollte nun mit einem Schläge keine Schulden los werden und gleichzeitig etwas Geld für die Hofmutter in der Tasche haben. Er ließ sich zu Zerbungen verleiten, die nicht allein für ihn verhängnisvoll werden sollten sondern auch für andere beteiligte Personen. S. kam mit S. dahin überein, Hafer, der vom Tempelhofer Proviantamt abgeholt wurde und für die Pferde der Schwadron bestimmt war, auf dem Hofe eines

Kohlenhändlers S. in Tempelhof dirigieren zu lassen und ihn an S. zu verkaufen. Den Drägerregiment, die den Wagen zu fahren hatten, wurde vorgefpielt, der Hafer sollte verkauft werden, um aus dem Erlös Erbsen für die Regimentpferde einzukaufen. So wurde dem im Oktober die erste Fuhrer Hafer zu S. gefahren. Es waren im ganzen 40 Zentner. In gewissen Zeitabständen folgten dann noch zwei weitere Wagenladungen, so daß im ganzen 120 Zentner Hafer unterschlagen und an S. verkauft wurden. Für den Zentner wurden 7 M. gezahlt, so daß im ganzen etwa 840 M. bei den Schiebungen herauskamen. S. erhielt nun auch die vorgefpielten Gelder heraus und außerdem bekam er für seine „ärztlichen Bemühungen“ einen kleinen Anteil bei dem Geschäft. Während die Schiebungen nicht im Dezember entdeckt worden, so hätte der Angeklagte sicher noch manche Fuhrer stücklichen Hafer nach dem Hofe des S. transportieren lassen. Er wurde dann verhaftet. Nach den Angaben des Beschuldigten stammen die defraudierten Haferporträte aus der Wanderverzeit. Die letzte Lieferung konnte nicht mehr bezüglichen werden, weil inzwischen die Verhaftung des Futtermeisters angeordnet worden war. In der gestrigen Verhandlung vor dem Kriegsgericht hat der Verteidiger des Angeklagten Rechtsanwalt Ulrich um recht milde Strafe für seinen Klienten. S. habe ein reumütiges Geständnis abgelegt und sei infolge seiner Schulden auf die schiefe Bahn geraten. Das Gericht beurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis und erkannte außerdem auf Degradation sowie auf Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung eines Patienten der städtischen Anstalt in Buch hatte sich vor dem Kriegsgericht der Igl. Kommandantur der Maschinerie Dobrinski zu verantworten. Vor seiner Einstellung ins Meer war der Angeklagte Wärter in der städtischen Heilstätte in Buch. Unter den Patienten befand sich seinerzeit auch der Hausdiener John. J. litt an Rückenmarkserkrankung und war bereits vollständig verblödet. Da er sich häufig verunreinigte, mußte er viel gebadet werden. Eines Nachmittags lag er auch wieder in der Badewanne, als der Angeklagte, der J. bediente, plötzlich abgerufen wurde. Er drehte schnell den Hahn der Mischbatterie an der Wanne auf, so daß halb kaltes und halb heißes Wasser in die Wanne laufen mußte. Als kurz darauf ein anderer Wärter den Baderaum betrat, lag der Patient fast bewußtlos im Bad. Das Wasser wies eine Temperatur von 55 Grad Wärme auf. Man holte J. sofort aus der Wanne heraus, und am anderen Tage starb er. Der Körper des Unglücklichen war bis zu jener Stelle an der Brust, bis zu der er im Wasser gelegen hatte, verbrüht. Man glaubte nun, daß der Tod des Mannes infolge der Verbrühung herbeigeführt sei, und gegen J. wurde daraufhin die Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. In der Verhandlung vor dem Kriegsgericht wurde so wohl seitens des Beschuldigten als auch seitens eines Wärters, der als Zeuge vernommen wurde, bekundet, daß die Mischbatterie an der Badewanne nicht immer ordnungsgemäß funktionierte. Die als Sachverständige geladenen Kerze erklärten übereinstimmend, daß die Verbrühung allein den Tod des J. nicht verschuldet hätte. Der Patient sei an jenen Tagen in einem derart krankhaften Zustand gewesen, daß man stündlich sein Ableben erwartete. Wohl könne der Tod durch die Verbrühung beschleunigt worden sein. Die eigentliche Todesursache sei wohl eine Herzlähmung gewesen. Das Gericht ließ auf Grund dieser Gutachten die Anklage wegen fahrlässiger Tötung fallen, nahm nur fahrlässige Körperverletzung an und erkannte auf die milde Sühne von 20 M. Geldstrafe.

Der Zentralfriedhof der Stadtynode in Wählenbeck soll wieder veräußert werden. Die Spekulation mit diesem großen Grundstück ist vollständig fehlgeschlagen. Das Grundstück eignet sich nicht zu Begräbniswecken, es liegt zu tief, ist überbewohnt und angefeuchtet und hat infolge der Nähe des Rieckfeldes der Gemeinde Pantow einen so hohen Grundwasserstand, daß die Särge schwimmen würden. Der Anlage der Stadtynode gegen Pantow auf Einstellung bezug. Beschränkung ist kein Erfolg beschieden gewesen.

Durch die Wachsamkeit eines vierjährigen Mädchens unschädlich gemacht wurde ein dreier Eindracher in der Andreasstraße. Der „Arbeiter“ Paul Kaufholz, der schon wiederholt bestraft ist, stieg abends spät, während ein Schankwirt mit seiner Frau vorn im Geschäftsräum zu tun hatte, durch ein Fenster in die am Hof im Erdgeschoß gelegene Wohnung ein und war gerade dabei, alles Mitnehmendwerte zusammenzupacken, als das vierjährige Töchterchen des Ehepaars erwachte. Die Kleine sprang aus dem Bett, lief im Hemdchen nach vorn und sagte den Eltern, daß ein fremder Mann in der Wohnung sei. Der Wirt und einige Gäste eilten nun noch hinten und sahen gerade noch, wie der Eindracher sich mit der Beute zum Fenster hinausschwang. Sie ergriffen ihn noch an einem Bein, zogen ihn wieder in die Wohnung hinein, nahmen ihm die Beute, die er zum größten Teil in den Taschen, auf dem Leibe und unter den Kleidern verborgen hatte, ab, gaben ihm eine Tracht Prügel und brachten ihn dann nach der Revierwache. Die Kriminalpolizei führte den Ertrappten dem Untersuchungsrichter vor.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einer königlichen Equipage ereignete sich in der Nacht zum Freitag an der Ecke der Dorotheen- und Reustädtischen Kirchstraße. Der Wagen, in dem sich Flügeladjutant, Korvettenkapitän Freiherr von Balcke befand, verlor kurz vor einem Straßenbahnwagen der Linie U die Schienen zu kreuzen. Es erfolgte ein Zusammenstoß beider Gefährte, bei welchem die Equipage schwer beschädigt wurde. Korvettenkapitän von Balcke kam mit einigen Hautabschürfungen davon. — Ein anderer Zusammenstoß zwischen einem Motoromnibus und einem Müllwagen ereignete sich am Freitagmorgen um 9 Uhr am Hausvogteiplatz. Der Motorbus 6550 der Linie 2 wollte den Hausvogteiplatz passieren, als ein in schneller Fahrt sich befindlicher Müllwagen heranramte. Der Fahrer vermochte die Pferde nicht mehr zum Stehen zu bringen und es erfolgte ein heftiger Zusammenstoß, bei welchem die Deichselstange des Müllwagens dem Chauffeur Friedrich Schulenburg, Schreinerstr. 15, wohnhaft, in den Unterleib drang. S. hat schwere innere Verletzungen erlitten hatte, wurde nach der Unfallstation am Spittelmarkt und von da in die Klinik am Mariannen-Ufer geschafft.

Ein tödlicher Betriebsunfall ereignete sich gestern nachmittags auf dem Grundstück Lindenstr. 3. Im zweiten Stock des Quergebäudes im dritten Hof befindet sich die Bugusspapierfabrik von Ranes u. Co. Dort war der Maschinenmeister Schudach mit der Ausbesserung einer Prägemaschine beschäftigt. Als er den Kopf in das abgestellte Werk hineingesteckt hatte, um den Fehler besser sehen zu können, kam ein Arbeiter an der Maschine vorbei und berührte durch einen Fehltritt einen Hebel, durch den das Werk in Bewegung gesetzt wurde. Ehe der Meister seinen Kopf zurückziehen konnte, hatte ihn das Getriebe erfasst und total zerquetscht, so daß schon nach kurzer Zeit sein Tod eintrat. Ein Arzt konnte nicht mehr helfen. Der so auf schreckliche Weise um Leben gekommene hinterläßt drei kleine Waisen, da seine Frau vor Weihnachten plötzlich verstarb.

Fußballspiele der Arbeiter-Turn- und Sportvereine. Am Sonntag finden folgende Spiele statt: Pächte 17 — Pächte 9 in Reinickendorf, Müll- und Thuner Straße; Pächte 1 — Spanbau in Trepow, Adenicker Landstraße. — Die Spiele beginnen um 3 Uhr nachmittags.

Verloren gegangen ist am Freitag vormittag ein Paket, enthaltend eine Vörlampe, Völkchen, Bleichzere und Aufreißer, auf dem Wege Prinz-Heinrich-Straße in Pantow nach Berlin, Carmen-Sylva-Straße. Da der Verlierer schon 18 Wochen arbeitslos ist und die Gegenstände ersetzen muß, wird der Finder gebeten, das Paket in der Parteipost Pantow, Wählenstr. 80, abzugeben.



# Vorort-Nachrichten.

## Sichtenberg.

**Stadtvorordnetenwahl.** Die alte Majorität der Interims-Stadtvorordnetenversammlung hat bekanntlich die Wahl des Genossen Glöckner im 2. Bezirk der 2. Abteilung, sowie die des Genossen Dill im 18. Bezirk der 3. Abteilung für ungültig erklärt. Glöckners preussische „Untertänigkeit“ soll um einige Tage zu kurz gewesen sein. Bei dem Genossen Dill wurde damals die Vollwertigkeit als Hausbesitzer verneint. Nunmehr hat der Magistrat die Nachwahlen ausgeschrieben. Im 2. Bezirk erfolgt sie am Montag, den 24. Februar, von mittags 12 Uhr bis nachmittags 8 Uhr. Das Wahllokal ist das Restaurant von Hugo Briehl, Jungstraße 33. Für den 18. Bezirk der 3. Abteilung ist die Wahl auf Sonntag, den 23. Februar, angesetzt worden. Gewählt wird von mittags 12 Uhr bis nachmittags 7 Uhr. Für die Wahlen sind die für 1912 aufgestellten Wählerlisten maßgebend. Alle in dieser Liste eingetragenen Wähler haben das Stimmrecht. Es muß dafür gesorgt werden, daß keiner von ihnen der Wahl fern bleibt.

## Weissensee.

Abgewiesen worden sind die Grundbesitzervereine „1884“ und „All“, die sich gegen einige von der Gemeindevertretung gefaßten Beschlüsse beschwerdeführend an den Minister gewandt hatten. Insbesondere betraf es die Beschlüsse über Heranziehung der Anlieger zu den Kosten der Bürgersteigregulierung, die Einrichtung des Säuglingskrankenhauses sowie des Ledigenheimes. Den Beschwerdeführern ist jetzt der Bescheid geworden, daß, wenn die Gemeindevertretung im Interesse der Allgemeinheit Beschlüsse fassen, dagegen nichts eingewendet werden könne. Demnach scheint die Massenproduktion von Beschwerden durch die beiden Grundbesitzervereine auch „da oben“ schon als Querscheitler betrachtet zu werden. In Hausbesitzkreisen erwartet man weiter schlußlich die Erledigung der Einsprüche gegen die Kanalisationsleistungen, die schon länger als ein Jahr schweben und dadurch den Hausbesitz mit einem hohen Gebührenlast belasten. Auch hier liegt die Schuld an den beiden Grundbesitzervereinen, die für kein Verhandeln und keine Einigung ernstlich zu haben sind.

## Nieder-Schöneweide.

In der Gemeindevertretersitzung teilte der Gemeindevorsteher mit, daß die Firma Rüfen u. Söhne, an die die Gemeinde wegen mangelhafter Ausführung bei der Friedhofkapelle eine Schadensersatzforderung von 4000 M. gestellt hat, in Konkurs geraten sei. Die Vertretung beschloß, die Forderung beim Konkursverwalter anzumelden. Die Einleihe von 12000 M. zum Ausbau des Spielplatzes wurde von der Kreisparlase bewilligt. Am 1. Februar ist die offizielle Abnahme der neuen Alarmeinrichtung erfolgt, mit diesem Tage hat die Alarmierung mittels Hupe aufgehört. Dem Antrage des Turnvereins Nieder-Schöneweide, ihm statt drei vier Turnabende zu gewähren, wurde auf Anraten des Genossen Bengsch stattgegeben; dies jedoch nur auf Widerruf, falls sich noch ein anderer Turnverein um die Mißbenutzung der Gemeindefurnhalle bewerben sollte. Im Etat sind 400 M. für Jugendpflege vorgesehen; die Anfrage unseres Genossen, ob diese 400 M. mit dem feinerzeit vom Pfarrer Bregendorf, Vorsitzenden des nationalen Ortsvereins für den Pfadfinderbund, gestellten Antrag identisch seien, wurde bejaht. Genosse Bengsch erklärte, unter diesen Umständen nicht für diesen Betrag stimmen zu können, da sonst noch andere Vereine ähnliche Anträge stellen könnten. Legte man jedoch diese 400 M. als Fonds an, woraus auch andere Vereine oder Personen, die sich mit der Jugendpflege beschäftigen, zur Beschaffung von Gerätschaften oder sonstigen Materialien schöpfen können, so seien auch die sozialdemokratischen Vertreter dafür. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Daß unsere Genossen recht hatten, sollte sich gleich zeigen. Der Gemeindevorsteher teilte mit, daß der Verein Frauenhilfe sich eine weibliche Hilfskraft angestellt hat, die die Beaufsichtigung der weiblichen Schulpflege übernimmt und auch bei den Schularbeiten behilflich sein solle. Die Angestellte soll 1000 M. Gehalt bekommen. Der Verein beantragt nun, daß die Gemeinde 500 M. zufließen möge. Der Antrag wurde abgelehnt. Der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1913 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 832 152,50 M., das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 85 672,26 M. Aus dem vorhergehenden Rechnungsjahr sind 80 000 M. übernommen gegen 20 000 M. im Vorjahre. Das Ordinarium der Ortskanalisation schließt in Einnahme und Ausgabe mit 45 420,77 M. ab, hier ist ein Minus von 2285,06 M. zu verzeichnen. Der Etat der Gemeindegasanstalt balanciert mit 192 000 M. Die Gesamtsumme der der Gemeinde gehörenden Kapitalien, Legate und Stiftungen nach dem Stande vom 1. Januar 1913 beträgt 894 265,69 M., die Gesamtschulden betragen nach dem Stande vom 1. April 1912 2 300 501 M. Der Gemeindefeuerversicherung für das Steuerjahr 1913/14 ist auf 100 Proz. der Zuschlag zur Gewerbesteuer für die 1. und 2. Klasse auf 200 Proz., für die 3. und 4. Klasse auf 150 Proz. festgesetzt. Die Gemeindegewerbesteuer beträgt für die bebauten Grundstücke 2,4 und die der ungebauten 4,8 vom Tausend.

## Ober-Schöneweide.

Die Schuldeputation für die Volksschulen scheint ein recht stark entwickeltes Gerechtigkeitsgefühl ihr eigen zu nennen. Allgemein ist bekannt, wie manhaft diese Deputation es seiner Zeit hinnaht, als der Gemeindevorsteher, ohne irgend welche Mitteilung furerhand eine Vertagung der Regierung in die Tat umsetzte, und dem Arbeiterverein die Benutzung der Gemeindefurnhallen entzog. Diefelbe Schuldeputation hat danach allen möglichen Vereinen die Schullokale zur Verfügung gestellt und der neueste Streich ist der, daß dem Ruderverein Jungdeutschland der Rechenaal der dritten Gemeindefurnhalle als Versammlungsraum überlassen wurde. Dieser Verein ist ein Schwund der honesten jetzigen Bürgerturns. Wenn auch seine Leistungen mit dem Sport, wie er von normalen Staatsbürgern gepflegt wird, nichts gemein hat, so gibt er doch verschiedenen Personen, welche sich um ihn bemühen, reichlich Gelegenheit, sich bei den hohen Persönlichkeiten, welche dem Verein bei gelegentlichen Veranlassungen aufgepfropft werden, in empfehlende Erinnerung zu legen. Die Einwohnerchaft des Ortes hat alle Ursache, gegen diese Maßnahmen der Schuldeputation den schärfsten Protest einzulegen, zumal aus dieser Körperschaft gesessentlich alle Elemente ferngehalten werden, denen an wirklich gefunder Entwicklung der Schulverhältnisse gelegen ist. Die Vertreter der Arbeiterchaft werden Gelegenheit nehmen, diese Zustände in der Gemeindevertretung entsprechend zu brandmarken.

## Mariendorf.

Mit der Anlegung eines Volksparks und dem Gewerch der hierfür erforderlichen Grundstücke beschäftigte sich die letzte Gemeindevertretersitzung. Begründend für die Vorlage wies der Vorsteher darauf hin, daß seit langer Zeit in der Bürgerchaft der Wunsch rege sei, eine Erholungsstätte für die Einwohnerchaft und zugleich einen Anziehungspunkt des Ortes zu schaffen. Ein Grundstod für einen solchen Park sei bereits in dem im Besitz der Gemeinde befindlichen, an der Kixdorfer Straße gelegenen Lehmannschen Gelände vorhanden. Sollte man jedoch etwas Entsprechendes schaffen, so sei der Ankauf des an der Chaussee- und Albrechtstraße gelegenen Vorlandes notwendig. Ihm sei es nun gelungen, den Ankauf zum Abschluß zu bringen; er unterbreite das Projekt daher der Vertretung zur Prüfung und Beschlußfassung. Zum Ankauf des ganzen Terrains sei eine Summe von 2 317 000 M. erforderlich. Die Herstellung des Parks erfordere etwa 100 000 M. und die Anlegung und Regulierung der Straßen 480 000 M. Zinsen und sonstige Unkosten würden insgesamt eine Ausgabe für den Park, Straßenregulierung und das übrig bleibende Gelände von 3 219 000 M. erfordern. Der Park würde eine

Größe von 70 Morgen haben; an Bauland würden im Norden des Parks an der Albrechtstraße 4360 Quadratrunder und im Süden 1635 Quadratrunder an der Dorfstraße verbleiben. Legte man den im Orte zu erwartenden Verkaufspreis zugrunde, so ergebe sich, daß der größte Teil der Ausgaben durch die zu erwartende Einnahme für Bauland gedeckt werde. Da das Projekt aus laufenden Mitteln nicht zur Durchführung zu bringen sei, empfehle er der Vertretung, im Prinzip dem Plane zuzustimmen und zu diesem Zweck die Aufnahme einer Anleihe in der geforderten Höhe zu beschließen. — In der Diskussion sprach sich Gemeindevorsteher Sauer dahin aus, daß er die Verantwortung für ein derartiges Millionenprojekt nicht übernehmen könne, er bitte um Verziugung der ganzen Angelegenheit, bis die Vermehrung der Gemeindevertretung durchgeführt sei. Auch die Herren Th. Rood und G. Raab wandten sich gegen den Plan. Herr Schöffe Bohmer beantragte, die ganze Angelegenheit zur näheren Prüfung einer aus Sachverständigen zusammengesetzten Kommission zu überweisen. — Genosse Reichardt verwies darauf, daß man seit Jahren danach strebe, im Interesse der Gemeinde etwas zu schaffen. Er und seine Freunde hätten die Sachlage genau geprüft. Durch die Kommissionsberatung solle das Projekt nur verschleppt resp. beerdigt werden. Ueberdies müsse das, was in Langwitz geschaffen worden sei, in Mariendorf möglich sein, noch dazu, wenn man in Betracht zieht, daß das in Mariendorf dafür vorgesehene Terrain von der Natur besonders begünstigt sei. — Genosse Weber wandte sich besonders gegen die Ausführungen des Herrn Sauer. Wenn derselbe seine Zustimmung zu dem Projekte davon abhängig mache, um erst zu sehen, ob und in welchem Maße die Hausbesitzer dadurch belastet würden, so sei das naiste Interessentpolitik. — Herr Rahn, der gleichfalls gegen die Vorlage sprach, behauptete sogar, daß er seit Zustellung derselben zwei schlaflose Nächte verbracht habe. — Am Schlusse der sehr ausgedehnten Debatte hielt der Gemeindevorsteher den bürgerlichen Vertretern vor Augen, daß speziell sie und die Kreise, die hinter ihnen stehen, es gewesen seien, welche seit seinem Amtsantritt ihn auf diesem Wege vorwärts gedrängt hätten; um so größer sei jetzt sein Entsaunen über ihre sonderbare Stellungnahme. Wenn man noch länger mit dem Projekte warte, werde es um so teurer werden. Im Jahre 1910 sei es möglich gewesen, das ganze Terrain für den Preis von 600 000 M. zu erhalten. Der Etat für das nächste Jahr werde so gestaltet sein, daß mit einer Steuererhöhung nicht gerechnet zu werden brauche. Im übrigen ersuche er die Vertreter dringend, die Generaldebatte jetzt zu beschließen und seinem Vorschlage zuzustimmen. Er habe die Angelegenheit deshalb in öffentlicher Sitzung vorgelegt, um der gesamten Einwohnerchaft die Stellungnahme der Vertretung bekannt werden zu lassen. Unsere Genossen und ein Teil der bürgerlichen Vertreter stimmten hierauf dem Vorschlage des Vorsteher zu und lehnten den Antrag auf Verzeimung in eine Kommission ab. Hierauf wurde in geheimer Sitzung die Spezialberatung über diese Angelegenheit weiter gepflogen.

## Spandau.

Die Stadtvorordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit der Einrichtung einer Nachrichtenstelle, welche dem Magistrat unterstehen soll und wesentliche Nachrichten an die Presse übermitteln soll. Die Stadt, hatte mittelft, handelt es sich darum, eine Verbindung zwischen den Stadtverordneten und der Presse heranzustellen. Es soll vermieden werden, daß einzelne Zeitungen durch grobe Vertrauensbrüche Mitteilungen aus geheimen Sitzungen usw. bringen. Genosse Piesch beantragte, daß auch der „Vorwärts“, der hier einen großen Kreisleser habe und seit langen Jahren auch vom Magistrat eingehend gelesen werde, unter den in der Vorlage aufgeführten Zeitungen, denen Nachrichten zugehen sollen, aufgenommen werde. Stadt, hatte damit darauf aufmerksam, daß die Vorlage nur zur Kenntnisnahme vorliege. Die Versammlung erklärte sich mit der Einrichtung der Nachrichtenstelle einverstanden.

Den Straßenbahnangelegenheiten sollen die Alterszulagen vom 1. Januar 1913 wie in anderen städtischen Betrieben von Tag zu Tag erhöht werden. Stadt, Schob beantragte, die Zulage vom 1. Juli d. J. zu zahlen. Genosse Piesch macht darauf aufmerksam, daß seine Partei schon immer für Aufbesserung der miserablen Löhne der Straßenbahnarbeiter eingetreten sei. Beschlossen wurde, die Zulage schon am 1. Juli 1912 zu zahlen.

Eine Magistratsvorlage verlangte die Zustimmung dazu, daß die Zahl der Stadtverordneten vom 1. Januar 1914 ab von 48 auf 54 vermehrt wird. Die Einteilung der Wahlbezirke für die dritte Wählerabteilung soll bestehen bleiben und nach Abschluß der Steueranlegung revidiert werden. Hierzu lag ein Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins vor, für die Wähler der ersten und zweiten Wahlabteilung gleichfalls die Bezirkswahlen, wie bei der dritten Wahlabteilung, einzuführen. Stadt, Walter bemerkte hierzu: Die gemischte Kommission habe sich für Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten ausgesprochen, empfahl aber, den Antrag des Wahlvereins abzulehnen. Stadt, Kuhl stellte im Auftrage der der liberalen Fraktion den Antrag, für die zweite Abteilung die Bezirkswahlen einzuführen und hierzu drei Bezirke im Inneren der Stadt und eins auf dem Rottenbamm in Aussicht zu nehmen. Genosse Pieper sprach sich für Vermehrung der Stadtverordnetenzahl aus. Er hält gleichfalls die Einführung der Bezirkswahl für die zweite Abteilung unbedingt für erforderlich, wenn auch die Zahl der Wähler zurückgegangen sei. Genosse Piesch brandmarkte das Wahlrecht als ein ganz eienendes. 40 Wähler mit dem großen Geldsack der ersten Abteilung hätten jetzt soviel Recht wie die 21 000 Wähler der dritten Abteilung. Im weiteren Verlauf der Debatte kam es noch zu einer persönlichen scharfen Debatte zwischen den Stadtv. Schob und Weber. Angenommen wurde die Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten von 48 auf 54, gleichzeitig der Antrag Kuhl, für die zweite Wahlabteilung 4 Wahllokale einzurichten.

Der Antrag, die Gewerbegerichtsahlen an einem Sonntag stattfinden zu lassen, wurde von Genossen Pieper begründet. Die Wahlbeteiligung an einem Sonntag sei viel stärker, weil die Wähler keinen Lohnausfall hätten. Stadt, Weber gab die Erklärung ab, daß die liberale Fraktion für die Sonntagswahl eintreten werde. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, weil einige „liberale“ Stadtverordnete sich bei der Abstimmung brühten.

Die Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises soll nach einem Beschlusse der gemischten Kommission und des Magistrats eingeführt werden. Die Einführung einer Arbeitslosenversicherung ist vom Magistrat abgelehnt worden. Stadt, Kantorowicz ist der Meinung, daß die Arbeitslosenversicherung nur gelöst werden könne, wenn sich die Groß-Berliner Gemeinden zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammenschließen. Es sei aber immerhin schon ein Fortschritt, wenn der städtische Arbeitsnachweise eingeführt werde. Genosse Pieper erklärte sich für Einführung eines städtischen Arbeitsnachweises, trat aber gleichzeitig auch für spätere Einführung der Arbeitslosenversicherung ein. Stadt, Kette erklärte namens der Kommunalen Vereinigung, daß dieselbe gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung sei. Der fleißige Arbeiter, der immer Arbeit habe, würde hierdurch durch Zahlung von Beiträgen zugunsten der arbeitslosen Elemente und der gewollten Arbeitslosigkeit belastet werden. Die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises wurde beschloffen.

Für den Neubau der 3. Gemeindefurnhalle in der Wiesenstraße wurden 399 200 M. gefordert. Nach langer Diskussion und Vorbringung zahlreicher Wünsche wurde beschloffen, die Vorlage zu nochmaliger Beratung an die Kommission zurückzuweisen.

Für Regulierung der Straßen in der Umgebung des neuen Rathauses werden 148 000 M. bewilligt.

Nach Erledigung einer Reihe weniger wichtiger Vorlagen wird in die geheime Sitzung eingetreten.

Nachmittags 3 Uhr, Papst-Kasse 15: Gedächtnisfeier für O. Friedrich Gedächtnisrede Herr Walter Kasse. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Abgemene Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. S. 29). Hamburg. Filiale Berlin S. Sonnabend, 8. Februar, abends 9 1/2 Uhr, bei Hoffmann, Dragonerstr. 15: Mitgliederversammlung.

# Gerichts-Zeitung.

Verein „Arbeiterjugendheim für Berlin und Umgegend“ vor dem Kammergericht.

Genosse Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld war bekanntlich als Vorsitzender des Vereins Arbeiterjugendheim für Berlin und Umgegend wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht I hatte seine Berufung verworfen. Es wurde dem Angeklagten zum Vorwurf gemacht, daß er ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und die Satzungen des Vereins nicht dem Polizeipräsidenten eingereicht habe, obwohl es ein politischer Verein sei. Genosse Rosenfeld hatte sich dazu nicht für verpflichtet erachtet und betont, der Verein, der lediglich Gelder zur Errichtung von Jugendheimen sammelt, sei kein politischer Verein. Das Landgericht übernahm nun für seine Auffassung, daß es sich doch um einen politischen Verein handle, im wesentlichen die Gründe des Urteils des Ober-Vorwaltungsgerichts, das feinerzeit den Verein „Arbeiterjugendheim“ für einen politischen erklärt hat.

Das Kammergericht verhandelte gestern über die vom Angeklagten eingelegte Revision.

Der Angeklagte rügte besonders, daß der Vorbericht der Begriffs des politischen Vereins im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes nicht richtig gemüßigt habe und daß er außer acht gelassen habe, daß für die Feststellung, ob ein solcher Verein vorliege, da die Tätigkeit des Vereins selber entscheidend sein müsse. Der Verein habe sich aber darauf beschränkt, Gelder zur Beschaffung von Jugendheimen zu sammeln.

Der zweite Strafsenat des Kammergerichts verwarf die Revision mit folgender Begründung: Festgestellt sei vom Landgericht, daß der Verein Jugendheim zum mindesten einen Teil der Funktionen der Jugendausschüsse übernommen habe und daß er durch sein Wirken bezwecke, die Ziele der Sozialdemokratie zu fördern. Darin sei aber mit Recht vom Landgericht eine Förderung von politischen Interessen und eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten gesehen worden.

Werden nun die auf Bekämpfung der Sozialdemokratie abzielenden Jugendvereine auch unter Anklage gestellt werden oder gilt als Rechtsbehelf: entgegen dem Gesetz kommt es auf die politische Richtung des Angeklagten an?

## Ein kranker Zeuge.

In einem krankhaften Gedächtniswund litt ein Zeuge, der gestern in einer Verhandlung vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I erscheinen mußte. Angeklagt wegen Beihilfe zum Glücksspiel war der Schankwirt Karl Schönwalder.

Vor einiger Zeit lief von einer Frau J. bei der Kriminalpolizei eine Anzeige ein, in welcher diese erklärte, daß ihr Mann kein ganzes Geld in dem Lokal des Angeklagten beim Betteln auf französische Pferde verliere. Als Zeuge hierfür war ein Friseur Otto Mengel angegeben, der vor dem Untersuchungsrichter eidlich vernommen, die in der Anzeige behaupteten Dinge bestätigte. In der weiteren Verhandlung erklärte dieser Zeuge plötzlich, daß er den Angeklagten überhaupt nicht kenne. Als ihm von dem Vorsitzenden vorgehalten wurde, daß er doch schon in dieser Sache und sogar eidlich vernommen worden sei, erklärte der Zeuge, daß er vordem noch niemals das Kriminalgericht betreten habe und er auch weder vernommen worden sei, noch einen Eid geleistet habe. Als ihm der Vorsitzende nunmehr seine Unterschrift in dem Protokoll vorwies, erklärte der Zeuge, daß dies allerdings seine Unterschrift sei, er könne sich jedoch nicht darauf besinnen, jemals vernommen worden zu sein. Wenn dies der Fall sei, so könne er jedenfalls nur Unfug ausgesagt haben, denn er wisse von der ganzen Sache nichts. Auf Fragen des Vorsitzenden erklärte der Zeuge dann, daß er öfter solche „Aufstände“ habe, er könne dann nicht arbeiten und fahre gewöhnlich in diesem Falle zu seinen Eltern, um sich vier Wochen lang auszukurieren. — Von dem Verteidiger wurde für den Fall, daß das Gericht auf die frühere beschriebene Aussage des Zeugen Gewicht legen würde, der Antrag gestellt, den Zeugen auf seinen Geisteszustand beobachten zu lassen. Das Gericht hielt jene Aussagen jedoch für völlig unglaubwürdig und erkannte auf Freisprechung des Angeklagten.

# Aus aller Welt.

## Der verliebte Pfarrer.

In England erregt zurzeit die recht sonderbare Geschichte von dem Pfarrer Knight aus Leeds nicht wenig Aufsehen. Am 18. Januar des Jahres meldeten die Zeitungen, daß am vorhergehenden Tage der Pfarrer Knight von den Klippen bei Flamborough ins Meer hinabgestürzt sei. Es hieß, der Pfarrer habe in der eindringenden Dunkelheit eine photographische Aufnahme mit Blitzlicht machen wollen, als ihm im Weiseln seiner Frau das Unglück ereichte. Frau Knight lief dann zum nächsten Bauernhof, wo sie von dem Abturg berichtete. Trotz eifrigen Suchens am Fuße der abschüssigen Felsen war von dem Pfarrer nichts zu finden. Man war jedoch allgemein überzeugt, daß Pfarrer Knight tot sei. Zu seinem Andenken wurde in der Kirche eine Totenfeier veranstaltet und der Hilfsprediger schrieb ihm im Gemeindefoten einen rührenden Nachruf, in dem es hieß: „Unser lieber Pfarrer hat und ein Beispiel hinterlassen. Sein Lebenswandel war schön und rein und ein paar Jahre der von ihm geleisteten Dienste sind hundert Jahre alltäglicher Arbeit wert. Was uns nottut, ist die Inspiration eines Lebenswandels wie des feineren.“

Verchiedene Umstände trugen jedoch dazu bei, daß Zweifel an der Richtigkeit der von Frau Knight erzählten Geschichte aufstauden. Ein Barbier in Leeds berichtete, daß sich am Tage vor dem Abturg ein Mann, der ungewissheit der Pfarrer gewesen sei, bei ihm die langen Haare kurz schneiden ließ, was dem Kunden ein ganz anderes Aussehen verliehen habe. Ferner vorkam mit dem Pfarrer eine junge Dame, die als Lehrerin in der Sonntagsschule der Gemeinde seit längerer Zeit mit dem Seelsorger auf äußerst freundschaftlichem Fuße stand. Man erinnerte sich wieder der engen Beziehungen, die zwischen den beiden Verstorbenen bestanden und schloßte Verdacht, der sich als vollauf bekräftigt erwies, als plötzlich die Nachricht eintraf, daß sich der Pfarrer Knight mit seiner Geliebten auf dem nach Australien fahrenden Dampfer „Waharai“ befindet.

Nun berichtete Frau Knight, daß die Geschichte von dem Abturg erfunden sei. Es stellte sich heraus, daß die arme Frau seit längerer Zeit von dem frommen Seelsorger aufs brutalste mißhandelt worden war, daß sie mehr als einmal mit dem Tode bedroht worden, daß er sie gezwungen, ihm nach Flamborough zu folgen, wo er sie auf der Klippe einfach verlassen habe. So vollständig hatte der Pfarrer seine Frau terrorisiert, daß sie selbst nach seinem Verschwinden noch seinen Willen tat.

Wie die Geschichte bis jetzt steht, wird man dem Hilfsprediger seine Sympathie nicht vorenthalten können. Ein größeres Weh als die Empfehlung, aus dem Lebenswandel des Pfarrers Knight Inspiration zu schöpfen, könnte wohl keinem Sittenhüter passieren.

Prechtelgilde Gemeinde. Sonntag, den 9. Februar, vormittags 9 Uhr, Papst-Kasse 15/17, Reudän: „Deutsches“, und Tegeli: Schöperstraße 30: Prechtelgilde Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Alina Franfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. W. Die: „Goethes Faust.“



**Zwei deutsche Militärflieger ins Meer abgestürzt.**

Eine Fliegertragödie, bei der zwei Flieger ihr Leben einbühten, wird uns aus Danzig gemeldet. Kapitänleutnant Jenech und Obermaschinistmaat Diekmann, die Freitagvormittag 10 Uhr in Puhig auf dem Flugzeug „Westpreußen“ zu einem Ueberlandflug nach Stolp aufgestiegen waren, mußten wegen widriger Winde bei Neustadt umkehren und in Danzig landen. Sie flogen um 4 Uhr zur Rückfahrt nach Puhig wieder auf. Neben dem Meere bei Joppot brach plötzlich der eine Flügel des Flugzeugs, das ins Meer stürzte. Beide Flieger fanden den Tod in den Wellen. Das Flugzeug ist noch nicht geborgen.

**Der entsetzte Kronprinz.**

Von den Kaiserjagen in Königsberg berichtet eine Königsberger bürgerliche Zeitung folgende Episode:

Am Vordemmal wandte sich der Kronprinz an die dort aufgestellten Kriegervereine mit kurzen Ansprachen. Einen jungen Magistratsanwärter fragte der Kronprinz, was er wohl für ein Geball beziehe. „Keuzig Marx monatlich, kaiserliche Hoheit!“ Der Kronprinz sah den jungen Mann darauf entsetzt an und fragte ihn wie erleichtert aufatmend: „Über es steigt doch noch?“ Das Entsetzen des Kronprinzen beweist, daß ihm gar nicht bekannt ist, wie überaus niedrig die Gehälter der Unterbeamten sind. Natürlich kann er sich keinen Begriff davon machen, in welchem großen Maße das Volk leidet, wenn er gelegentlich mal an Festtagen jemand fragt, wie hoch sein Gehalt sei.

**Kleine Notizen.**

Der Flieger Bienciers wegen Meineid verurteilt. Nach sieben-tägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht in Leipzig wurde am Donnerstag der bekannte Flieger Bienciers wegen betrügerischen Bankrotts und Meineids unter Publizität mildernden Umständen zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Vier Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet. Die Mitangeklagte Frau Deniel wurde wegen Beihilfe zum Bankrott und Fälschung eidesstattlicher Versicherung unter Publizität mildernden Umständen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, von denen ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet wird.

Ein schwerer Diebstahl. Aus dem Postamt Dornach (Elsass) wurde in der Nacht zum Freitag von Eindringern ein Kassen-

schrant gestohlen und mittels eines zweirädrigen Karrens fortgeführt. Man fand den Schrant erbrochen auf einer Wiese bei Girzbach. Ueber den Umfang der Beute, die den Dieben in die Hände gefallen ist, ist noch nichts Genaueres bekannt.

Grubenkatastrophe in Japan. In einem Bergwerk in der Nähe des japanischen Ortes Futuoko wurden 150 Mann infolge einer Minenexplosion verschüttet. Man hat keine Hoffnung, den Unglücklichen Hilfe bringen zu können.

Der New Yorker Polizeikampf. In New York wurde am Donnerstag der Polizeihauptmann Walsh, der eingekleidet, Bestechungsgelder angenommen zu haben, vom Dienst enthoben, ebenso ein Polizeioberwachtmeister und zwei andere Polizeihauptleute, die Walsh in seinem Gesandnis genannt haben soll. Der Fall Walsh wird am Montag vor die Grandjury kommen.

**Jugendveranstaltungen.**

Neutöln. Sonntag, den 9. Februar, pünktlich 2 1/2 Uhr, spricht im „Kaisergarten“, Karlsplatzstr. 6-10, Herr Dr. C. Lieblich (prakt. Arzt) über: Sexuelle Hygiene. Die arbeitende Jugend wird erlucht, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

Richtenberg. Am Sonntag, den 9. Februar, findet ein Besuch der Arbeiter-Volkshandlung statt. Treffpunkt pünktlich nachmittags 1 1/2 Uhr am Bahnhof Frankfurter Allee. Fahrgehalt beträgt 30 Pf.

Alle jugendlichen Arbeiterinnen, Arbeiter und Lehrlinge Richtenbergs sind hierzu eingeladen.

Romawies. Die Arbeiterjugend von Romawies unternimmt am Sonntag, den 9. Februar, einen Spaziergang nach Radnower Schloß. Die Teilnehmer versammeln sich um 1 Uhr im Jugendheim. Abmarsch 1 1/2 Uhr.

Des Weiteren machen wir darauf aufmerksam, daß für die Mitglieder des Jugendheims eine Sparsparung getroffen ist; unternommen werden die Touren (Sächsische Schweiz, Märkische Schweiz, Ederwälder-Heidenwälder, Mühlendorfer Kalteberge usw.) Die Eltern wollen ihre erwachsenen Söhne und Töchter ganz besonders auf diese Veranstaltungen aufmerksam machen. Niederbayer nicht vergessen.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn des Treppens - Treppenhaut - wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Nachhabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementqualifikation beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

Recherche. 1. und 2. Teil. - N. R. 777. 1. Die Frau kann intervenieren. 2. Sofern die Kinder die Räume gemietet haben, nein. 3. Eine Verpflichtung, derartige Fragen zu beantworten, besteht nicht. 4. Solche Verträge wären anfechtbar. - N. R. 86. 1. Nein. 2. Bei der Anmeldung. 3. Ja, soweit die Mittel nicht etwa zur Befreiung von Aussteuer gebraucht werden. 4. Auf Erfordern des Standesbeamten ja. 5. Ja. - N. R. 14. Redit ja. - N. R. 87. An das Gericht, in dessen Bezirk Ihr Schwiegermutter verstorben ist. - N. R. 88. Ja, sofern der Unfall im Dienst passiert ist. Andernfalls besteht, wenn die Unfallversicherung vorhanden und Dienstunfähigkeit eingetreten ist, Anspruch auf Pension. -

- N. 421. 1. Auf Befehlen des Vormundes beim des Vormund-schottsgericht, ja. 2. Ja. 3. Bis zur Auseinanderlegung gelten die vier Kinder als Minderjährige. - N. 17. 1. Nur dann, wenn Krankheit vorliegt. Die durch die Schwangerschaft entstehenden Beschwerden gelten nicht als Krankheit im Sinne des Gesetzes. 2. Die Bänderuntersuchung ist während der Dauer von sechs Wochen zu geschähen. - N. 9. 150. Die Klage erscheint durchführbar und ist bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Versicherungsvertrag geschlossen ist, anhängig zu machen. Der Gerichts-foltennachschuß beträgt 3,50 M. - Streitfrage. 1. Es erfolgt häufig Be-zahlung. In der Regel auf halbe Tage. 2. Ueberliefern. - N. 222. 1. Der Eigentümer erscheint schadenlospflichtig. 2. Die Weiterversicherung in der von Ihnen erwähnten Weise ist zweckmäßig. Der Umtausch muß vor Ablauf von zwei Jahren erfolgen. - N. 35. Der Rietsstempel ist richtig berechnet. Zum Abdruck der ganzen Tabelle reicht der Raum des Briefkastens nicht aus. Zur Erstattung des Stempels sind Sie nur dann verpflichtet, wenn im Rietsvertrage vorgesehen. - N. 6. 1000. Die Auslage könnte nachteilig sein. Lassen Sie deswegen eine Berechnung Ihrer Steuern durch den Anwalt beantragen. -

Marktpreise von Berlin am 6. Februar 1913, nach Ermittlungen des Königl. Hofschätzamts. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,60 bis 19,70, mittel 19,40-19,54, geringe 19,30-19,38. Roggen, gute Sorte 00,00-16,80, mittel 00,00-00,00, geringe 00,00-00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,40-18,20, mittel 16,90-17,30, geringe 15,80-16,50. Hafer, gute Sorte 18,60-20,40, mittel 17,00-18,50 (jei Bogen und ab Bahn).

Kartoffelpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-30,00. Speisebohnen, weiße 35,00-50,00. Linsen 35,00-60,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 6,00-10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,80. Schweinefleisch 1,60-2,30. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Ralle 1,60-3,30. Ferkel 1,40-3,60. Gekochte 1,60-3,00. Würste 1,00-2,40. Schmalz 1,50-3,20. Eier 0,80-1,50. 60 Stück Straub 4,00-24,00.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	6. 2.	5. 2.	6. 2.	5. 2.		6. 2.	5. 2.	6. 2.	5. 2.
Remel, Mühl	200 <sup>1)</sup>	+18	am	am <sup>2)</sup>	Saale, Großh.	302	+20	am	am <sup>3)</sup>
Bregel, Unterburg	70 <sup>1)</sup>	+48			Havel, Spandau <sup>4)</sup>	90	+2		
Beißel, Horn	238	+28			Havel, Rathenow <sup>4)</sup>	132 <sup>1)</sup>	+10		
Oder, Ratibor	308	-25			Spree, Spremberg <sup>4)</sup>	222	+72		
Krollen	184	-2			Seeff.	91	-1		
Frankfurt	169 <sup>1)</sup>	+3			Weser, Minden	405	-31		
Wartbe, Schrimm	108 <sup>1)</sup>	+24			Mind.	511	-9		
Landberg	94	-20			Weser, Magdeburg	476	-10		
Reghe, Borsum	61	+13			Raub	367	+10		
Elbe, Zeitz	253	+188			Röln	511	-22		
Dresden	58	+106			Elbe, Heilbronn	198	-15		
Durs	282	+52			Weser, Hannau	820	+22		
Magdeburg	205	+44			Weser, Lier	281	-70		

<sup>1)</sup> + bedeutet Hoch, - Fall. - <sup>2)</sup> Unterpegel. - <sup>3)</sup> Höchststand. - <sup>4)</sup> Übergang.

# Anzug-Woche

Dauer vom 8. bis 16. Februar

## Ausnahme-Preise für Herren- und Jünglings-Anzüge

Herren-Jackeff-Anzüge	hell und dunkel gestreift sowie karierte Buckskins	13.25
Herren-Jackeff-Anzüge	braun, oliv, grau und grünlich mellierte Cheviots	21.75
Herren-Jackeff-Anzüge	marengo oder blau Cheviot, auch mit gestreifter Hose	27.50
Herren-Jackeff-Anzüge	Cheviots und Kammgarnarten in den schönsten Mustern	33.50
Herren-Jackeff-Anzüge	aus Maßstoffresten, in vornehmer Ausführung	46.75
Jüngl.-Jackeff-Anzüge	gemusterie Cheviots, Größen 38 bis 44	11.50
Jüngl.-Jackeff-Anzüge	marengo Cheviot, auch mit gestreifter Hose, Größen 38 bis 44	17.50
Jüngl.-Jackeff-Anzüge	Kammgarnarten, hell und dunkel gemusterie, Größen 38 bis 44, Einheitspreis	24.50

**Knaben-Anzüge** für jedes Alter in unerreicht großer Auswahl

# Kleiderwerke Baer Sohn

Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Nachdruck verboten!

Haupt-Katalog Nr. 46 (Neueste Mod en) kostenfrei



# MAGGI'S Suppen

1 Würfel für 2-3 Teller 10 Pf  
Mehr als 40 Sorten.

die besten!





Photographierin Umsonst

Meine Filialen sind nur: Berlin, Friedrichstraße 108... Bromsilber-Vergrößerung... GröÙe 42 x 50 cm...

Leihhaus Moritzplatz 58a

„Vorwärts“-Leser erhalten 10% Rabatt. Kaufen Sie von Kavaliere wenig getrag. Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster...

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 fettgedruckte Worte).

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr...

Verkäufe.

Herrenkleidung & Wandbleibhaus. Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jacketanzüge, Webroanzüge...

3ehn Prozent Rabatt im Inventurausverkauf. Totalausverkauf von angestrichelten Gardinen, Stores, Kissen...

Es lohnt nur bei Max Beth, 88, Große Frankfurterstraße 88, altschöne Firma, zu kaufen. Man wird reich und billig bedient.

Rehfeld, Badstraße 49, Wohnungsbearbeitungen 165,- an, auch außerhalb. Rehfeld, Badstraße 49, Umbau, Tischler 45,-.

Fahrräder. Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Kaufgesuche. Höchstzahlend, Restaure, Jagdgebisse...

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel...

Getragene Herrengarderobe. Leihhaus Brunnenstraße 70. Betten, Stand 9,-, Brunnenstraße 70, im Keller.

Reisende, 1-3 Fenster Tischportieren, Tischportieren, Madrasportieren, neueste Muster, Fenster...

Geschäftsverkäufe. Edelstahl mit Vorkarren, Paßabend, Vereine, bis 30 Paße, sofort billig zu verkaufen.

Möbel. Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wirthalten und einzelne Stücke auf Kredit...

Wangen, Dreimarken kauft Grohmann, Spandauerstraße 2, 21/3. Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei...

Verschiedenes. Zisch-Ensemble, Schläger auf Schläger! Bornholmerstraße 9a. Varenanwait Bejel, Tischlerstraße 9a.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Täfelchen! außerordentlich billig! Vormärtsler 5 Prozent Rabatt...

Tuchdecken, Leinwanddecken, Tischdecken, 1,35, 1,55, 1,95, 2,45, 2,95, 3,35, 4,25, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Paße.

Tischlermeister gibt Möbel auf Teilzahlung bei beliebiger Anzahlung zum Kassenspreis. Stein-Gelegenheitskäufe in gebrauchten und zurückgekauften Möbeln...

Englische Wohnungsbearbeitung, Studie, herrliche Küche, alles noch neu, labeliert billig. Plak, Kofenholzerstraße 57, vorn III rechts.

Wagnabfälle, alte Goldschmelzerei, Restaure, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei...

Wohnungen. Osterstraße 17, Neudöln: Zwei Dreizimmer-Bohnungen, dazwischen, mit Warmwasser-Verzorgung...

Leihhaus Moritzplatz 58a: fassen Sie spottbillig von Kavaliere wenig getragene Jacketanzüge, Webroanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Ulster, Hemdfelder, auch Bauanzüge...

Wochenbetten, Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletts, Bische spottbillig. Wandbleibhaus Kärntnerplatz 7.

Privatkaufen verkaufe englische Ruhbaumwirtschaft, noch neu, mit hochmodernen Kältemaschinen, Kältegebläse, Kältepumpe, Teppich 195,-, Gaszentralheizung 30,-, Umbau 40,-, Voran, Neue Schönhauserstraße 11, II. Dändler verleben.

Musikinstrumente. Piano, gutes, 175,-, verkauft Krüger, Friedenthalerstraße 2 (Königsdor). Pianino, hohes, guter Ton, 120,-, (Teilzahlung), Handl, Turmstraße 9.

Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Restaure, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei...

Schlafstellen. Schlafstelle, Stearns, Dresdenstraße 107.

Monatsanzüge und Winterpaletts von 5 Paße sowie Hosen von 1,50, Webroanzüge von 12,00, Frack von 2,50, Sonde für torquente Figuren...

Wochenbetten, Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletts, Bische spottbillig. Wandbleibhaus Kärntnerplatz 7.

Möbel! Für Brautleute günstige Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung geben ichon Studie und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung dabei ausgeschloffen. Bei Kaufverträgen und Arbeitslohngeleit anerkannt größte Küche. Möbelgeschäft R. Grottelstraße 38, 8te Grottelstraße.

Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Restaure, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei...

Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Restaure, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei...

Arbeitsmarkt. Ein tüchtiger 22/12 Zigaretten-Arbeiter Spezial für mit Wandbild und runde ohne Wandbild Arbeit dauernde, gutbezahlte Arbeit bei G. Gerber & Cie., Zigaretten-Fabrik, Zürich.

Teppiche (Kardentische), Gardinen, Steppdecken, enorm billig. Bauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Vormärtsler 10 Prozent!

Monats-Garderoben-Gand verkauft spottbillig wenig getragene Jacketanzüge, Webroanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Ulster, Hemdfelder, auch Bauanzüge. Brünzstraße 28, I (Göhaus Ritterstraße).

Ruhbaumwirtschaft, bildhüchne Studie, herrliche Kücheeinrichtung für jeden annehmbaren Preis veranschaulicht. Händler verleben. Sauer, Große Frankfurterstraße 85, eine Treppe.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt beim Bilderverlag, Weinmeisterstraße 2, 22489.

Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Restaure, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei...

Arbeitsmarkt. Ein tüchtiger 22/12 Zigaretten-Arbeiter Spezial für mit Wandbild und runde ohne Wandbild Arbeit dauernde, gutbezahlte Arbeit bei G. Gerber & Cie., Zigaretten-Fabrik, Zürich.

Ohne Geld 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Holzmöbelen, Betten, Bische, Kinderwagen, Besuch oder Postkarte. Rehfeld (leibf), Androssstraße 4 (Schleißer Bahnhof).

Wochenbetten, Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletts, Bische spottbillig. Wandbleibhaus Kärntnerplatz 7.

Möbel! Für Brautleute günstige Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung geben ichon Studie und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung dabei ausgeschloffen. Bei Kaufverträgen und Arbeitslohngeleit anerkannt größte Küche. Möbelgeschäft R. Grottelstraße 38, 8te Grottelstraße.

Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Restaure, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei...

Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Restaure, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei...

Arbeitsmarkt. Ein tüchtiger 22/12 Zigaretten-Arbeiter Spezial für mit Wandbild und runde ohne Wandbild Arbeit dauernde, gutbezahlte Arbeit bei G. Gerber & Cie., Zigaretten-Fabrik, Zürich.

Einfarbige Gardinen, Hosen, Anzüge, Ulster billig zu verkaufen. Rahanzüge von 40 Paße an. Probel, Reichsbergerstraße 178 II. 22/5.

Wochenbetten, Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletts, Bische spottbillig. Wandbleibhaus Kärntnerplatz 7.

Möbel! Für Brautleute günstige Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung geben ichon Studie und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung dabei ausgeschloffen. Bei Kaufverträgen und Arbeitslohngeleit anerkannt größte Küche. Möbelgeschäft R. Grottelstraße 38, 8te Grottelstraße.

Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Restaure, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei...

Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Restaure, Jagdgebisse, Goldschmelzerei, Wagnabfälle, Jagdgebisse, Goldschmelzerei...

Arbeitsmarkt. Ein tüchtiger 22/12 Zigaretten-Arbeiter Spezial für mit Wandbild und runde ohne Wandbild Arbeit dauernde, gutbezahlte Arbeit bei G. Gerber & Cie., Zigaretten-Fabrik, Zürich.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neudöln. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Wiese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Gust. Singer & Co., Berlin SW.



Aus Industrie und Handel.

Bankenfusion.

Während die Kassen der Kaufmannschaft in ihrem neuesten Jahresbericht der Auffassung Raum geben, daß eine weitere Konzentration im Bankgewerbe in Gestalt der Aufsaugung von Provinzbanken durch die Berliner Großbanken nicht zu erwarten sei, vollzieht sich bereits wieder eine bedeutungsvolle Bankenverschmelzung: Die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) nimmt die Breslauer Diskonto-Bank in sich auf.

Die Breslauer Diskonto-Bank begann im Jahre 1870 mit einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark zu arbeiten. Seit 1896 erstrebte sie durch ein ausgedehntes Filialsystem einen größeren Geschäftskreis. Bis Ende des vergangenen Jahrhunderts war das Kapital auf 50 Millionen erhöht worden. Im Jahre 1902 konnte die Selbständigkeit der Diskonto nicht aufrecht erhalten werden. Die Bank gab die 1896 gegründete Berliner Niederlassung an die Darmstädter Bank ab, legte ihr Aktienkapital bis auf 25 Millionen herab. Gleichzeitig schloß sie einen Vertrag mit der Darmstädter Bank, daß sie für 10 Jahre auf eigene Filialen in Berlin verzichte und alle Berliner Geschäfte der Darmstädter übertrage. Bei den Erneuerungsverhandlungen dieses Vertrages ist nun die offizielle Verschmelzung der beiden Institute beschlossen worden. Zur Begründung dieses Schrittes weisen die Verwaltungen der Banken darauf hin, daß zwei andere Großbanken in Schlesien festere Füße gefaßt hätten: Die Dresdener Bank durch

Aufnahme der Breslauer Wechsel-Bank und die Deutsche Bank durch Vergrößerung des ihr nahestehenden Schlesiens Bankvereins. Unter der Flagge einer Großbank geführt würde die Breslauer Diskonto-Bank die Konkurrenz gegen diese Institute mit größerem Erfolg bestehen können. Die Breslauer Diskonto-Bank sieht durch etwa 14 Filialen in Schlesien mit der schlesischen Industrie in engen Beziehungen. Sie verfügt über ein Kapital von 25 Millionen, das sich unter Hinzurechnung des verwalteten auf etwa 120 Millionen beläuft. Die Darmstädter Bank besitzt 160 Millionen Aktien — und etwa 915 Millionen gesamtes verwaltetes Kapital. Die Verschmelzung der Institute geschieht durch Aktienaustausch und Veranschlagung an die Aktionäre der Breslauer Diskonto-Bank. Eine Kapitalerhöhung der Darmstädter Bank ist einstweilen nicht beabsichtigt.

Gleichzeitig veröffentlicht die Breslauer Diskonto-Bank ihren Abschluß für 1912. Danach ist der Bruttogewinn von 3,09 auf 4,23 Millionen gestiegen. Wiederum soll eine Dividende von 6 Proz. ausgeschüttet werden.

Film-Konvention.

Die internationale Film-Konvention ist nicht von langer Dauer gewesen. Die deutschen Fabrikanten verlangten das Recht, den Filmbesitzern (die sich zwischen Fabrikant und Kinobesitzer schieben) außer vereinbarten Abattifügen noch einen besonderen Rabatt von 5 Proz. zu gewähren. Da das die ausländischen Konventionsmitglieder ablehnten, traten sämtliche deutsche sowie einige ausländische Filmfabrikanten aus. Darauf erklärten die in der Kon-

vention Verbleibenden, daß sie an die Firmen (Verleiher und Theater) überhaupt nicht liefern würden, die von den Ausgetretenen Filmbesitzer bezögen. Dieser Beschluß, der durch einen Vorkauf der ausländischen Firmen die im Inland hergestellten Filme verdrängen würde, scheint aber noch kein endgültiger zu sein. Vorläufig hat man eine aus Fabrikanten, Verleihern und Theaterbesitzern bestehende Kommission gewählt, die den Konflikt aus der Welt schaffen soll.

In der Eisenindustrie scheint die Hochkonjunktur trotz der politischen Wirren anzuhalten. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisen-erzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Januar 1913 insgesamt 1609 700 Tonnen gegen 1568 000 Tonnen im Dezember 1912 und 1385 500 Tonnen im Januar 1912. Der Januarverkauf des Stahlwerksverbandes belief sich auf 630 000 gegen 478 000 Tonnen im Vorjahr und 632 000 Tonnen im Dezember 1912.

Konjunktur in der Großschifffahrt. Der Aufsichtsrat der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft beschloß die Ausschüttung einer vierzehnjährigen Dividende gegenüber elf Prozent im Vorjahre.

Eingegangene Druckschriften.

Die Wunder der Natur. Liefer. 19-22. Erscheint in 66 Hefen. a 60 H. Bong u. Co., Berlin W. 57. Grundriß der sozialen Hygiene. Von Dr. K. Fischer. 14 B., geb. 14,50 M. A. Springer, Berlin W. 9. Das Einigungsamt. Herausgegeben von R. v. Schütz, Dr. G. Penner und A. Rath. A. Springer, Berlin W. 9. Jährlich 12 Hefte.

Warenhaus

LACHMANN & SCHOLZ

Turmstr. 76

Ottostr. 1.

95 Pf. TAGE.

Billiger Verkauf

weisser Waren.

Advertisement for Lachmann & Scholz featuring various goods like porcelain, woodware, glassware, and textiles, all priced at 95 Pf. The ad is organized into a grid of categories including Porzellan, Holzwaren, Steingut, Glaswaren, Handschuhe, Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Weisse Waren, Taschentücher, Damenwäsche, Schürzen, Weisswaren, Strümpfe, and Korsette.



**Universitätsbibliothek.** 5491-93. **Sarsühele.** Dorfgeschichte von F. Auerbach. — 5494. **Otto der Schöne.** Von G. Rinzel. — 5495. **Alexander, König von Graf Robineau.** — 5496. 1 + 1 = 3. Von G. Rosenberger. — 5497. **Aus den Erzählungen eines alten Tambours.** Von E. Hofer. — 5498. **Berühmte Kriminalfälle.** Von Dr. W. Reubheim. — 5499. **Christ. Martin Wieland.** Von G. Werfer. (Dichterbiographie.) — 5500. **Der heilige Heilige.** Novellen von G. Boffe. — Einzelnummer 20 Pf. 24. Reclam, Leipzig.  
**Zeit im Bild.** Sondernummer „München“. 30 Pf. Verlag in München, Germaniastr. 9.  
**Frauen-Stimmrecht.** Heft 11. Monatshefte von Anita Kugspurg. 40 Pf. E. Reinhardt, München.

**Deutsche Juristen-Zeitung.** Nr. 3. 1918. Begründet von Laband, Hamn, Feinig. Erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Vierteljährlich 4 M. D. Liebmann, Berlin W. 57.  
**Die Arbeitsverhältnisse der Eisen-, Metall-, Möbel-, Werkzeug-, Revolver- und Automatenfabriker Deutschlands.** 3 Bände. 300 Seiten. Verlag A. Schilde u. Co., Stuttgart.  
**Otto Ludwigs Werte.** 2 Bände, a 1,75 M. Mit Biographie und Einleitungen versehen von Dr. H. Gieseler. Goldene Klassiker-Bibliothek. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin.  
**Illustrierte Geschichte des Weltkrieges.** Heft 2-6. Von H. Gieseler. Erscheint in circa 40 Heften a 50 Pf. A. Harlbedens Verlag, Wien I.

**Geschäftsbericht 1912 des Deutschen Metallarbeiterverbandes.** (Bermaltung Braunschweig.) 75 S. D. Hammer Schmidt, Braunschweig.  
**Die Umschau.** Nr. 6. Erscheint wöchentlich. 40 Pf. Verlag: Frankfurt a. M. Belmannstr. 21.  
**Die Rabattfarmarte.** Von Dr. F. Simoth. 80 Pf. E. Rarros, Halle a. S.  
**Jahrbuch 1912 des Zentralverbandes aller in der Schneiderei beschäftigten Personen.** 76 S. Selbstverlag in Hamburg.  
**100 Jahre deutsche Zukunft.** Von M. Heintzinger. 1 M. Vogel & Vogel, Leipzig.  
**Der Panther.** Heft 14. Herausgeber H. Ripe. 40 Pf. Monatlich zwei Hefte. Dr. B. Rinkhardt, Leipzig.

# Kaufhaus Gebr. Preuß

Moabit, Beußel-, Ecke Huttenstraße

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft

Größte Auswahl! **Zur Einsegnung** Größte Preiswürdigkeit!

**Fertige Kleider**

in schwarz, weiß und farbig

- Einsegnungskleider in Cheviot, reine Wolle . . . von M. 13<sup>75</sup> an
- Einsegnungskleider . Popeline, moderne Fassons . . . 16<sup>75</sup> .
- Einsegnungskleider . pa. Satintuch, beste Verarbeit. . . 21<sup>00</sup> .
- Farbige Prüfungskleider in großer Auswahl . . . 18<sup>75</sup> .

**Kleiderstoffe**

in schwarz, weiß und farbig

- Eoliennes in allen modernen Farben . . . . . von M. 2<sup>95</sup> an
- Voiles-Marquissettes, neueste Farben . . . . . 1<sup>95</sup> .
- Popelines, reine Wolle, ca. 100 breit . . . . . 1<sup>50</sup> .
- Ein großer Posten reinw. Croisés, ca. 90 und 110 breit . . von 95 Pf. an

Während der **Ausstattungs-Tage** gewähren wir **10 %** oder **doppelte Rabattmarken**

**Emil Preuß**  
58 Turmstr. 58  
Eleg. Herren-Moden 1913  
empfehle nach Maß  
Herren-Rock u. Sakko-Anzüge  
1 und 2 reihig  
48<sup>00</sup> 52<sup>00</sup> 56<sup>00</sup> 60<sup>00</sup> 64<sup>00</sup> — 78<sup>00</sup>  
Herren-Ülster und -Paletots  
1 und 2 reihig  
45<sup>00</sup> 48<sup>00</sup> 51<sup>00</sup> 54<sup>00</sup> 57<sup>00</sup> 60<sup>00</sup> — 75<sup>00</sup>

Für beste Verarbeitung und vorzüglichen Sitz bürgt der gute Ruf meiner Firma.

Hervorragende Auswahl in **Stoffen!** Deutsch u. engl. Fabrikate, in d. neuest. Mustern.

Werkstätte mit fest engagiertem Zuschneider im Hause.

Lieferant d. Konsumgenossensch. Berlin u. Umgegend.

**Martha Jacob,**  
Wurstfabrik mit elektrischem Betrieb, Grolmanstr. 46.  
Hauptgeschäft **Kantstr. 138.** Stpl. 7039.  
Passauer Str. 3, Uhlandstr. 50, Kurfürstendamm 123,  
Suarrenstr. 63, Friedrichstr. 31, **Kommandantenstr. 16.**  
Friedenau, Kaiser-Allee 101, Grolmanstr. 46.

Polnische . . . Pfd. 1.10 M.	Kalbsleberwurst Pfd. 1.80 M.
Schlesische . . . 1.—	H. Leberwurst . . . 1.40
Extrawurst . . . 1.—	Rindfleischwurst . 1.20
Dampfwurst . . . 85 Pf.	Zwiebelleberwurst . 90 Pf.
W.Cervelatwurstch. P. 20	Wiener . . . . . 3 Paar 50
Fraustücker . Paar 10	Saucischen . . . 25
Rinderhesssem. Kch. Pfd. 65 Pf.	Kalbskamm . . . Pfd. 85 Pf.
Kamm . . . . . 80	Kalbsbug . . . . . 90
Fehrlippe . . . . . 85	Kalbsbrust . . . . . 90
Schieres . . . Pfd. 1.00-1.10 M.	Kotelette . . . . . Pfd. 1.20 M.
Rossbeef . . . . . Pfd. 1.30	Schnitzel . . . Pfd. 1.60-2.00

**Buchhandlung Vorwärts**  
SW. 65, Lindenstr. 69  
(Aden).  
Zu empfehlen ist: 246/8  
**Der Kleingarten,**  
seine Anlage,  
Einrichtung und Bewirtschaftung  
von **Max Heddörffer.**  
Preis brosch. 60 Pf.

**Praktisches Taschenbuch für Gartenfreunde.**  
Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgartens.  
Von **Max Heddörffer.**  
Mit 127 Textabbildungen.  
Preis geb. 3.50 M.

Zur **Einsegnung**



Nur eigene Konfektion

**Einsegnungs-Anzüge**  
aus schwarzen Stoffen, ein- und zweireihig verarbeitet  
14.—, 16.—, 19.—, 21.—, 24.—, 27.—

**Dunkelblaue Cheviot- und Kammgarn-Anzüge**  
in den neuesten Formen  
15.—, 18.—, 21.—, 24.—, 27.—, 29.—  
32.—, 36.—, 40.—, 42.—, 45.—, 50.—

Anfertigung nach Maß innerhalb 24 Stunden.

**M. SCHULMEISTER**  
BERLIN S.O.  
Kottbuser Tor.

**Zöpfe und Perücken**  
Gegr. 1898  
Haargeschäft  
Neukölln, Erkstr. 8

**Verkaufsstellen:**  
Nogatstraße 19-20  
Weisestraße 32  
(Ecke Leinestraße)  
Weisestraße 9  
Steinmetzstraße 102  
Hobrechtstraße 77



**Verkaufsstellen:**  
Donaustraße 114  
Weserstraße 52  
Bergstraße 151-152  
Wipperstraße 20  
Niemetzstraße 4  
Hermannstraße 36

**Nicht für Wiederverkäufer. Nur so lange Vorräte reichen.**

Bohnen, Rundbohnen . . . . . Pfd. 18 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 16 Pf.	Bohnen, Langbohnen . . . . . Pfd. 22 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 20 Pf.
Linsen . . . . . Pfd. 15 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 13 1/2 Pf.	Linsen, mittel . . . . . Pfd. 19 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 17 Pf.
Linsen, mittel . . . . . Pfd. 22 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 20 Pf.	Linsen, große . . . . . Pfd. 28 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 25 Pf.
Erbsen, gelbe Viktoria . . . . . Pfd. 17 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 15 1/4 Pf.	Erbsen, gelbe Viktoria . . . . . Pfd. 19 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 17 Pf.
Erbsen, grüne . . . . . Pfd. 18 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 16 1/4 Pf.	Erbsen, geschälte . . . . . Pfd. 24 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 21 1/2 Pf.
Erbsen, geschälte, halbe . . . . . Pfd. 20 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 18 Pf.	Feinstes 000 Weizenmehl . . . . . Pfd. 17 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 15 1/4 Pf.
Feinstes Kaiserzugsmehl . . . . . Pfd. 20 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 18 Pf.	

**Feinster Magdeburger Sauerkohl**  
Pfund 4 Pf. mit 10 Proz. Rabattmarken, also **netto nur ca. 3 1/2 Pfennig.**

ff. Pflaumenmus . . . . . Pfd. 22 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 20 Pf.	ff. Kunsthonig . . . . . Pfd. 28 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 25 1/4 Pf.
ff. Frischobstmarmelade . . . . . Pfd. 30 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 27 Pf.	ff. Schokolade, -Block und -Hausalt . . . . . Pfd. 70 Pf. mit 10 Proz. Rabattm. netto ca. 63 Pf.

**Kakao . . . . . Pfd. 70 Pf.**  
mit 10 Proz. Rabattmarken **netto ca. 63 Pf.**

Feinste Tee-Mischungen . . . . . Pfd. 4.00, 2.80, 2.20, 1.80 M.  
Feinste echte Braunschweiger Wurstwaren.  
Feinste Braunschweiger Konserven, feinste Hildesheimer Präserven,  
alles in besten Qualitäten zu billigsten Preisen  
mit 10 Proz. Rabattmarken.

**Schmalz** Roh und Braten **64** Pf. netto ohne Rabattmarken.

**Gebser, Schwanke & Co.**  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

**Leihhaus Apollo** neben **Friedrichstr. 215 I.** Apollo-Theater  
Kauf Sie von Kavaliere getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig.  
Sonntags geöffnet.  
**Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.**  
Gegen Vorzeigung dieser Annonce 10 % Rabatt.  
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Diepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.